

RheinlandPfalz



Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung



NACHRICHTENBLATT
Heft 47 / 2007

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

IM BLICKPUNKT

25 Jahre „Nachrichten“ über Flurbereinigung, Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung

- im Wandel der Zeit -

Ministerialdirigent i. R. Felix Zillien, Mainz

Die „Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung“ (Hefte 1/1982 bis 38/2002) und das folgende „Nachrichtenblatt Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung“ (seit Heft 39/2003) können inzwischen auf eine 25-jährige Geschichte zurückblicken. Gemessen an der über 200-jährigen Geschichte preußischer Agrargesetzgebung und den ersten Ordnungsmaßnahmen für die ländlichen Räume durch die einstigen Auseinandersetzungsbehörden über die nachfolgenden Landeskulturbehörden bis hin zu den heutigen Dienststellen im Wandel der Zeiten ist dies ein relativ kurzer Zeitraum. Gleichwohl sind die letzten 25 Jahre bedeutsam, weil sie von einem tief greifenden strukturellen Funktionswandel und von völlig neuen Rahmenbedingungen in den ländlichen Regionen geprägt sind.

Vor diesem Hintergrund stehen die Instrumente der Landentwicklung und ländlichen Bodenordnung auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes vor großen Herausforderungen. Sie sind jedoch zugleich der Schlüssel zur Problemlösung, da ihre entscheidende Stärke darin liegt, die unterschiedlichen Aufgaben und Flächenansprüche bodenordnerisch und koordinierend aufeinander abzustimmen. Es geht heute dabei um einen umfassenden Ansatz zur Entwicklung des ländlichen Raumes als Lebens-, Natur-, Kultur- und Erholungsraum. Rheinland-Pfalz setzt dabei auf die „Integrierte ländliche Entwicklung“. Diese schließt alle Themenfelder ein: Land- und Forstwirtschaft, Weinbau, Fragen der Flächennutzung für Handel, Gewerbe, Dienstleistungen, Verkehr und Handwerk sowie für Sozial- und Kulturbereiche bis hin zur Dorferneuerung, Jugendarbeit und Touristik. Daher gilt die breit gefächerte Entwicklung des ländlichen Raumes als eines der zentralen politischen Anliegen unseres Landes. Staatsminister Hendrik Hering hat der Landentwicklung zu Recht eine „Vorreiterrolle“ in Rheinland-Pfalz beigemessen.

Die vor 25 Jahren ins Leben gerufenen „Nachrichten“ haben diese Herausforderungen an den ländlichen Raum im Wandel der Zeit als „Nachschlagewerk“ im Sinne eines umfassenden Informationsmediums ebenso fachkundig wie flexibel begleitet. Für den interessierten Leser - ob im „aktiven Dienst“ oder im so genannten „Ruhestand“, ob innerhalb oder außerhalb der Verwaltung, ob innerhalb oder außerhalb des Landes Rheinland-Pfalz - stellen die „Nachrichten“ eine wahre Fundgrube aus den weiten Aufgabenfeldern der Ländlichen Bodenordnung und Landentwicklung auf den Grundlagen des Flurbereinigungsgesetzes dar. Sie dienen zugleich der Aus- und Fortbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ja, sie sind eine „Informationsbörse“ im wohlverstandenen Sinne.

Die bislang erschienenen „65 Nachrichten“ einschließlich der 19 erschienenen Sonderhefte haben im Laufe von 25 Jahren einen Umfang von 6806 Druckseiten erreicht. Die behandelten Themenbereiche lassen sich skizzenhaft und mehr nur summarisch wie folgt zusammenfassen:

- 82 Schwerpunktthemen („Im Blickpunkt“) mit grundsätzlichen Abhandlungen und speziellen Aufgabengebieten
- 673 Fachbeiträge aus den Tätigkeitsbereichen von Ländlicher Bodenordnung und Landentwicklung
- 125 Berichte über wichtige flurbereinigungsrechtliche Gerichtsentscheidungen und aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz
- 70 Buchbesprechungen aus den Aufgabengebieten der Ländlichen Bodenordnung und Landentwicklung

- 1262 Literaturhinweise zu Themen aus dem vorgenannten Aufgabenbereich
- 4672 Personalnachrichten (Neuzugänge, Abgänge, Ehrungen, Prüfungen, Beförderungen/ Ernennungen, Geburtstage, Todesfälle aus der Verwaltung)
- 716 Informationen, Presseberichte und Lesermeinungen.

Neben den fachlichen Beiträgen mit kontinuierlicher Thematik jeweils aktuell „auf der Höhe der Zeit“ sind nicht zuletzt auch die „Personalien“ von Wichtigkeit: Fördern sie doch das Zusammengehörigkeitsgefühl der großen „Mitarbeiterfamilie“ und vermitteln sie auch den Pensionären und Rentnern Erinnerungswerte an frühere Zeiten gemeinsamer Arbeit und beruflicher Wegbegleitung.

Die von den „Nachrichten“ seit nunmehr 25 Jahren ausgehende „Botschaft“ war in der Vergangenheit stets hilfreich und gab wichtige Orientierungswerte, vor allem gegenüber allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie werden auch zukünftig von gleicher Bedeutung sein. Deshalb sollten sie, ja müssen sie zukunftsweisend erhalten und fortgesetzt werden; denn sie gehören zum begleitenden Mitvollzug der „Integrierten ländlichen Entwicklung“ in Rheinland-Pfalz, weil sie „geistige Brücken“ zu den Menschen bauen, die an der ländlichen Entwicklung mitwirken und von dieser Entwicklung Nutzen haben!

Dieser Nutzen gilt letztlich allen Menschen im gesamten ländlichen Raum, der die Vielfalt von Rheinland-Pfalz prägt: Nehmen doch die ländlichen Räume etwa 70 Prozent der Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz ein. Mehr als 50 Prozent der Einwohner von Rheinland-Pfalz leben im ländlichen Raum. Stellt man also zusammenfassend die Frage nach den Strategien und Zielen für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz, so kann die Antwort nur lauten: Die ländlichen Räume müssen gleichrangig neben allen weiteren Raumtypen stehen und für sie muss zugleich das Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gelten.

Daher muss es das Ziel sein, strukturpolitische Konsense zu finden, um die Eigenkräfte in den entwicklungsfähigen ländlichen Räumen zu stärken. Hierbei müssen alle Instrumente - nicht zuletzt die der ländlichen Bodenordnung und Landentwicklung auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes - und alle Förderkonzepte in integrierte Handlungsstrategien für die ländlichen Räume einmünden.

Wichtig dabei ist eine konsequente, zielorientierte Koordination der teils ressortübergreifenden Handlungs- und Maßnahmenkonzepte sowie die Förderung der Regionen, basierend auf den „vor Ort“ entworfenen und breit diskutierten regionalen Entwicklungskonzepten. Wenn diese Zielsetzungen von allen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung konsequent verfolgt und die dazu notwendigen Fördergelder bereitgestellt werden, dann haben die Menschen in den ländlichen Räumen berechnete Hoffnungen auf eine gute und gesicherte Zukunft!

Vor diesem Hintergrund gelten Dank und Anerkennung allen, die bisher an den „Nachrichten“ mitgewirkt haben, insbesondere die Schriftleitung und die ungezählten Autoren sowie diejenigen, die die Herausgabe und Verbreitung der „Nachrichten“ ermöglicht haben.

Diese auf Zukunft ausgerichtete Dankbarkeit muss auch denen gezollt werden, die sich dafür einsetzen, dass die „Nachrichten“ auch weiterhin als wichtiges Begleitinstrument zur „Integrierten Ländlichen Entwicklung“ von Rheinland-Pfalz fortgesetzt werden.

Folglich kann der abschließende Wunsch für die „Nachrichten“ nur lauten: „Ad multos annos!“

FACHBEITRÄGE

Flurbereinigung: Erfolgsfaktor der ländlichen Entwicklung ^{*)}

Minister Hendrik Hering, MWVLW, Mainz

Anrede,

zunächst möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung zu Ihrer Mitgliederversammlung bedanken.

Ich freue mich hier bei Ihnen in Bernkastel-Kues sein zu können. Es ist dies heute keine „normale“ Mitgliederversammlung.

Sie haben die Mitgliederversammlung verknüpft mit einem Festakt, den Sie anlässlich eines Jubiläums heute begehen.

Der Verband der Teilnehmergeinschaften (VTG) besteht seit zehn Jahren. Dies ist ein guter Grund für eine Feier.

Denn wenn man nach diesen zehn Jahren eine Bilanz zieht, dann kann man von einer Erfolgsgeschichte sprechen, die der VTG geschrieben hat. Sicherlich muss bei Jubiläen wie auch bei Trauerfeiern immer etwas aufgepasst werden, was die Festredner sagen.

Häufig werden Ereignisse, die im Zusammenhang mit der Feierlichkeit stehen, schöngeredet.

Damit sollen die Angehörigen getröstet oder den Festgästen die Stimmung nicht vermiest werden. Da brauchen Sie bei Ihrem Jubiläum keine Angst zu haben.

Wer die zehnjährige junge Geschichte des VTG's verfolgt hat, der weiß, was in den zurückliegenden Jahren durch Ihren Verband geleistet wurde:

- Für die Teilnehmergeinschaften in den laufenden Bodenordnungsverfahren,
- für die Gemeinden zur Unterstützung ihrer Gemeindeentwicklung und damit
- für den gesamten ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren,

der VTG feiert heute in Bernkastel-Kues.

Bernkastel-Kues wie auch die gesamte Moselregion verdeutlichen aus nächster Nähe die erfolgreiche Arbeit des Verbandes für die Flurbereinigung und für den ländlichen Raum.

Mit den Flurbereinigungsverfahren an der Mosel wurde und wird ein ganz entscheidendes Fundament für den Erhalt des Steillagenweinbaus gelegt.

An den Orten, an denen bis heute keine Bodenordnung erfolgte, kann man erkennen, welche negativen Folgen mit der fehlenden Bodenordnung verbunden sein können.

Hier in Bernkastel oder in der Nähe in Wehlen werden derzeit Verfahren durchgeführt, nicht weil die Flurbereinigung eine nette Sache ist.

Mit Flurbereinigung ist für die Beteiligten über viele Jahre Arbeit und Mühe verbunden, sie kostet zudem Geld. Trotzdem werden diese Verfahren durchgeführt, weil der Einzelne wie auch die gesamte Region davon profitieren.

Sie ist dringend notwendig für den Fortbestand der Weinbaubetriebe.

Und - sie ist notwendig für den Erhalt der Kulturlandschaft.

Der VTG ist gerade in den Steillagen an der Mosel ein Garant für das Gelingen solcher Verfahren.

^{*)} Rede des Ministers für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Hendrik Hering, anlässlich der Mitgliederversammlung des Verbandes der Teilnehmergeinschaften (VTG), am Montag, 26. März 2007, 17.00 Uhr, in Bernkastel-Kues

Wer außer Ihnen verfügt denn über das entsprechende Know-how im Ausbau in diesen topografisch schwierigen Gebieten?

Meine Damen und Herren,

der Verband der Teilnehmergeinschaften zeigt seit mittlerweile zehn Jahren, wie man sich auch in schwierigen Situationen verhalten muss.

Man muss seine Geschicke in die eigene Hand nehmen.

Man muss seine Ideen und seine Ziele offensiv vertreten.

Das haben Sie seit der Gründung Ihres Verbandes getan.

Ihr Verband repräsentiert mittlerweile weit über 400 Teilnehmergeinschaften - bei der Verbandsgründung vor zehn Jahren waren es gerade einmal 242 Teilnehmergeinschaften.

Auf einer Verfahrensfläche von insgesamt rd. 140.000 Hektar vertreten Sie damit die Interessen von fast 150.000 Grundeigentümern.

Mehr braucht man eigentlich zur Bedeutung des Verbandes nicht zu sagen.

Ich will aber trotzdem nochmals auf einige Eckpunkte und Schwierigkeiten eingehen, die gerade in der Startphase aufgetreten waren und die Sie als Verband - erfolgreich - überwinden mussten.

Ziel der Verbandsgründung war es, in der Flurbereinigung eine klare Trennung von staatlichen und privaten Aufgaben vorzunehmen und damit ein effizienteres Arbeiten zu erreichen.

Die gemeinschaftlichen Arbeiten sollten durch die unmittelbar vom Verfahren betroffene Teilnehmergeinschaft und nicht vom Land übernommen werden.

Dann musste die Integration der damals selbständigen Wasser- und Bodenverbände bewältigt werden.

Dies war bei den damals bestehenden regional unterschiedlichen Beitrags- und Verrechnungssätzen der einzelnen Wasser- und Bodenverbände eine gewaltige Aufgabe.

Sie mussten im Zusammenhang mit den Wasser- und Bodenverbänden den Personalbestand

zurückführen, was Ihnen auf sozialverträgliche Art und Weise gelang.

Es galt einen effizienten Baumaschinenpark aufzubauen, der landesweit eingesetzt werden kann.

Dass Sie dabei erfolgreich waren, zeigt sich gerade hier an der Mosel, wo Arbeiten in den Steillagen nur von den Mitarbeitern des VTG mit den erforderlichen Spezialmaschinen erledigt werden können. Sie mussten eine völlig neue Geschäftsstelle aufbauen.

Insbesondere die Diskussion über den Standort der Geschäftsstelle war nicht einfach, weil viele regionalpolitische Elemente die Sachargumente überlagerten.

In der Verwaltung waren der Aufbau eines Verbundkontos und die Übernahme des gesamten Kassen- und Rechnungswesens die größten Herausforderungen.

Über dieses Verbundkonto werden alle im Zusammenhang mit den laufenden Flurbereinigungsverfahren stehenden Zahlungen abgewickelt.

Bei über 400 Verfahren ist das eine gewaltige Aufgabe.

So mussten im letzten Jahr zeitweise über 9 Mio. Euro Zuwendungen und Eigenleistungen für Ihre Mitglieder zwischenfinanziert werden.

Seit dem Jahr 2000 werden zur Finanzierung der Bodenordnungsverfahren auch EU-Mittel eingesetzt.

Dies hat erfreulicherweise zu einem Zufluss zusätzlicher Fördermittel geführt.

Damit verbunden sind aber auch große bürokratische Hürden.

Dies erfordert ein aufwändiges Finanzmanagement, das nur vom VTG mit den Möglichkeiten zur Vorfinanzierung der Fördermittel bewältigt werden kann.

Diese Beispiele zeigen, der VTG wird zur Durchführung der Bodenordnung als landesweit tätiger Dachverband gebraucht, ich gehe einen Schritt weiter - er ist unverzichtbar.

Fazit aus meiner Sicht ist:

Der VTG hat die Arbeiten der Teilnehmergeinschaften professionalisiert.

Meine Damen und Herren,

Der VTG hat sich über die Jahre wachsende Anerkennung bei seinen Mitgliedern erworben und damit für die Zukunft eine gute Basis für die Durchführung von Bodenordnungsverfahren geschaffen.

Der VTG ist zu einem Sprachrohr des ländlichen Raumes geworden, der auch politisch Gehör findet.

Die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren wurde durchaus in der Vergangenheit kritisch gesehen.

Im Zusammenhang mit anstehenden Mittelkürzungen hat man immer wieder mit einem, manchmal mit zwei Augen auf die Ansätze der Flurbereinigung geschaut.

Heute ist die ländliche Bodenordnung unstrittig.

Sie ist ein Instrument, mit dem eine umfassende Verbesserung des ländlichen Raumes möglich ist. Zu dieser Erkenntnis hat auch die Arbeit des VTG beigetragen.

Mit Bodenordnungsverfahren können vielfältige Ziele verfolgt werden:

An erster Stelle nenne ich die nach wie vor notwendigen agrarstrukturellen Verbesserungen, die es unseren Betrieben ermöglichen sollen, wettbewerbsfähiger zu werden.

Sie ist in der Lage einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur zur Unterstützung der Gemeindeentwicklung oder zum nachhaltigen Landschaftsschutz zu leisten.

In der Vergangenheit war das vielfach nur Insidern bekannt.

Mit Hilfe Ihres Verbandes konnte dieses Wissen auch den anderen Akteuren im ländlichen Raum bewusst gemacht werden.

Dass die Bodenordnung auch in meinem Haus eine zentrale Rolle für die Entwicklung des ländlichen Raumes spielt, habe ich erst kürzlich bei der Präsentation des ländlichen Entwicklungsprogramms PAUL (Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung) deutlich gemacht.

Durch das Programm PAUL werden die agrarstrukturpolitischen Weichen für die Jahre 2007 - 2013 gestellt.

Damit werden rd. 245 Mio. Euro EU-Mittel für diesen Zeitraum für Rheinland-Pfalz gesichert.

Im Zusammenhang mit den wettbewerbsverbessernden Maßnahmen spielt dabei die Bodenordnung neben der einzelbetrieblichen Investitionsförderung die entscheidende Rolle.

Es ist gerade in Rheinland-Pfalz wichtig, die strukturellen Voraussetzungen unserer Landwirte und Winzer durch Bodenordnung deutlich zu verbessern, um damit die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe dauerhaft zu sichern.

Weil sie aus Sicht der Landesregierung ein leistungsfähiges Instrument zur Verbesserung der agrarstrukturellen Verhältnisse darstellt, haben wir die Bodenordnung auch in PAUL fest verankert.

Sie soll zukunftsorientierten Wachstumsbetrieben angemessene Produktionsbedingungen in der Außenwirtschaft ermöglichen, da die rheinland-pfälzische Landwirtschaft und der Weinbau in einem Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen stehen, die in vielen Fällen über eine wesentlich günstigere Flurverfassung verfügen.

Größere, besser geformte und gut erschlossene Bewirtschaftungsflächen sparen gerade in einem klassischen Realteilungsgebiet wie Rheinland-Pfalz Arbeits- und Maschinenkosten.

Neben der Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen kann die Bodenordnung auch gezielt eine integrierte Entwicklung des ländlichen Raumes unterstützen.

Ich nenne aber auch die Unterstützung der Kommune bei Entwicklungsvorhaben wie der Ausweisung von Wohn- oder Gewerbegebieten oder bei der Verbesserung der innerörtlichen Verhältnisse.

Die Umsetzung größerer Infrastrukturvorhaben oder die landwirtschaftsverträgliche Umsetzung von Naturschutz- oder Hochwasserschutzmaßnahmen sind häufig nur mit Hilfe von begleitenden Bodenordnungsverfahren realisierbar.

Mit der Einbindung der Bodenordnung in PAUL wird der Einsatz des Instrumentes für die nächsten sieben Jahre finanziell abgesichert.

Trotz der Kürzung der EU-Mittel gegenüber der alten Förderperiode 2000 - 2006 um 25 % wird deutlich, dass die Landesregierung nicht nur Worte sondern finanziell gesehen Taten folgen lässt.

So kann 2007 und 2008 jeweils mit einem Zuschussvolumen von bis zu 13 Mio. Euro jährlich gerechnet werden.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) nicht weiter gekürzt werden.

Meine Damen und Herren,

der VTG ist ein Sprachrohr, das die Bedeutung der Bodenordnung für die Agrarstrukturverbesserung und den ländlichen Raum im politischen Leben herausstellt.

Damit wird es in der politischen Diskussion - gerade vor dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel - einfacher, eine der Bedeutung angemessene Finanzausstattung für die Zukunft zu sichern.

Insofern leistet Ihr Verband eine wichtige, bisweilen mühsame und kräftezehrende Lobbyarbeit, die letztlich dem gesamten ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz zugute kommt.

Diese Arbeit des Verbandes lässt mich auf einen mir ganz wichtigen weiteren Punkt kommen.

Auf der Vorstandsebene werden Ihre Leistungen ehrenamtlich erbracht.

Mit diesem ehrenamtlichen Engagement ist es Ihnen gelungen, sich zu einem erfolgreichen Dienstleister zu entwickeln.

Das zeigt, dass mit bürgerschaftlichem Engagement etwas erreicht werden kann.

Ihr Verband fördert dieses bürgerschaftliche Engagement noch dadurch, dass er Fortbildungsveranstaltungen und Schulungen für seine Mitglieder anbietet.

Davon profitieren alle Teilnehmergemeinschaften bzw. die Vorstände der Teilnehmergemeinschaften.

Denn letztlich wird ja die gesamte Flurbereinigung durch den jeweiligen Teilnehmervorstand ehrenamtlich getragen.

Für dieses ehrenamtliche Engagement möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken.

Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Initiative zur Entwicklung des ländlichen Raumes insgesamt.

Nur durch Einbindung der Menschen vor Ort können wir es erreichen, dass der ländliche Raum trotz seiner vielen Probleme und Herausforderungen langfristig lebenswert bleibt.

Das haben wir auch in unserem Konzept zur integrierten ländlichen Entwicklung verankert, mit dem wir die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz unterstützen.

Was das ehrenamtliche Engagement angeht, ist der ländliche Raum wesentlich fleißiger als die Großstädte.

Die Engagementquote liegt im ländlichen Raum bei knapp 40 %, in den Großstädten nur bei 25 %.

Das zeigt, dass die Menschen vor Ort ein wichtiges Kapital des ländlichen Raumes darstellen.

Ihr Vorstand will das heutige Jubiläum zum Anlass nehmen, einige verdiente ehrenamtlich tätige Personen besonders auszuzeichnen.

Eine solche Auswahl ist sicherlich bei der Vielzahl der ehrenamtlich aktiven Vorstandsmitglieder im VTG wie auch in den Teilnehmergemeinschaften sehr schwierig.

Insofern kann die Ehrung dieser Personen nur stellvertretend für all diejenigen sein, die sich seit vielen Jahren als Vorsitzender einer Teilnehmergemeinschaft engagieren.

Ich freue mich gemeinsam mit Ihnen Herr Präsident Billen nun den von Ihnen ausgewählten ehrenamtlich tätigen Personen Dank und Anerkennung aussprechen zu können.

Ich darf Sie Herr Billen bitten, die zu ehrenden Teilnehmervorstände nach vorne kommen zu lassen.

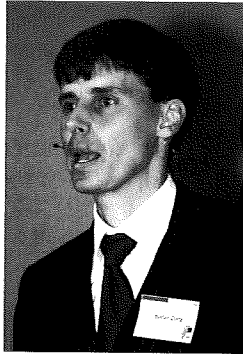
Wortprotokoll

Forum Ländlicher Raum – Abschlussveranstaltung in Stromberg am 03.09.07

Stefan Post, Worms

Es spricht Stefan Dietz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen, nachdem Sie den Weg bei optimalem Tagungswetter hier nach Stromberg gefunden haben, zu dieser Abschlussveranstaltung der Veranstaltungsreihe des Forums Ländlicher Raum.



Dieses besondere Anliegen dokumentieren sie, indem sie heute anwesend sind. Es sind über die Hälfte der Landrätinnen und Landräte des Landes heute anwesend. Es sind eine Vielzahl von Abgeordneten aus dem rheinland-pfälzischen Landtag, aus dem Bundestag sogar und auch Europaabgeordnete anwesend. Über 62 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen haben den Weg hierher gefunden. Viele Vertreter der Landwirtschaft, der Wirtschaft, alles wichtige Akteure für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes. Ich bin froh, dass Sie heute alle hier sind.

Sie haben bei verschiedenen Veranstaltungen, die in diesem Jahr im ganzen Land stattgefunden haben, mitgewirkt und haben Ideen und Vorschläge eingebracht, wie die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz weitergehen soll. Heute, in dieser Abschlussveranstaltung geht es darum, die Zwischenergebnisse als Strategiepapier vorzustellen. Heute soll es auch darum gehen, gute Beispiele zu hören und mit Leben zu füllen. Begrüßen Sie mit mir zusammen den Initiator und Gastgeber der heutigen Veranstaltung, den Herrn Staatsminister Hendrik Hering.

Meine Damen und Herren, es gibt besondere Herausforderungen, vor denen der ländliche Raum steht. Das ist der **demografische Wandel**, ein Wandel, von dem in besonderem Maße ländliche Räume betroffen sein werden. Die Bevölkerung wird durchschnittlich älter und wir werden auch weniger.

Es spricht Hendrik Hering:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie so zahlreich zu dieser Abschlussveranstaltung des Forums ländlicher Raum gekommen sind. Wir sind sehr begeistert über die hohe Anzahl der Gäste. Das zeigt ja, sie alle sind wichtige Akteure für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes.

Nach wie vor wird es den **Strukturwandel in der Landwirtschaft** geben. Und die Entscheidung der Europäischen Union, sich zunehmend aus der Marktregulierung zurückzunehmen, wird dazu führen, dass dieser Strukturwandel auch in der Zukunft weitergehen wird und darauf muss sich die Politik, muss sich der ländliche Raum einstellen. Und natürlich haben die zunehmende Arbeitsteilung der Wirtschaft und die **Globalisierung** auch Auswirkungen bis in die ländlichen Räume.



Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ländliche Raum hat aber auch besondere Stärken und Chancen. Die besonderen Stärken des ländlichen Raumes sind Sie, als die Menschen, die dort eine besondere Beziehung zu ihrer Region haben, in der sie leben, die auch die Bereitschaft mit sich bringen, sich im besonderen Maße, auch über Fachgrenzen und über geografische Grenzen hinaus, zu engagieren.

Wir finden hier in der Landwirtschaft auch intakte Kultur- und Naturlandschaften vor, die dazu führen, dass Menschen sich in hohem Maße mit diesen Landschaften identifizieren. Das ist die Grundvoraussetzung, dass wir ein wirtschaftliches Potenzial im ländlichen Raum haben. Die Tatsache, dass

sieben bis acht Millionen Menschen als Gäste jährlich nach Rheinland-Pfalz kommen, hat damit auch etwas zu tun. In keinem Bundesland außer Berlin kommen auch so viele ausländische Gäste. Die Touristen, die hier ihren Urlaub verbringen generieren einen Umsatz von 6,3 Milliarden Euro. Wir können insbesondere auch Familien mit Kindern eine **hohe Lebensqualität** bieten, eine höhere als das in den Zentren der Fall ist.

Es ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, die Entwicklung, die gute Entwicklung der ländlichen Räume, die wir im Land Rheinland-Pfalz verzeichnen können, auch weiterhin zu begleiten und positive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wenn wir ein Strategiepapier über die Zukunft ländlicher Räume konzipieren wollen, dann kann dies nicht am grünen Tisch in Mainz geschehen. Sie sind die Experten, was sinnvolle, Ziel führende Ansätze für eine Regionalentwicklung betrifft. Deswegen haben wir die Initiative ergriffen, das Forum Ländlicher Raum zu organisieren. Wir hatten fünf Veranstaltungen durchgeführt, beginnend im Norden in der Grafschaft, über die Westpfalz, über den Mittelrhein und Saarburg bis in die Südpfalz. Überall sind sehr viele Akteure der Einladung gefolgt, haben sich daran beteiligt und Vorschläge unterbreitet. Wir haben jede Äußerung aufgenommen und haben für alle Veranstaltungen auch Wortprotokolle gefertigt. Wir werden das auch für die Fortschreibung des Strategiepapiers weiter aufarbeiten. Und die Texte werden wir später an sie verteilen. Und wir werden heute auf dieser Abschlussveranstaltung mit dem Strategiepapier einen Zwischenstand feststellen, den wir in einer Reihe von Veranstaltungen weiter entwickeln werden. Darüber später mehr.

Heute werden wir Ihnen im Anschluss auch den Text des Zwischenstandes des Strategiepapiers verteilen. Dieses greift alle Initiativen und Vorschläge auf, die bei den fünf Veranstaltungen unterbreitet worden sind und die wir auch von anderer Seite geliefert bekommen haben. Es soll insbesondere zum eigenen Engagement motivieren. Es soll Vorschläge unterbreiten, die gemeinsam mit anderen Akteuren zu bearbeiten sind und es soll Handlungsfelder aufgreifen.

Wir haben auch einige Ausführungen bezüglich der Förderprogramme des Landes eingefügt. Wir werden dort deutliche Schwerpunkte bilden, wo Menschen eigene Initiative ergreifen.

Wir halten es auch für notwendig, ein solches Strategiepapier zu verfassen, weil wir zu der Aussage stehen, dass wir beides brauchen: Metropolregionen und den ländlicher Raum.

Es darf kein Gegensatz gebildet werden zwischen ländlichen Räumen und Metropolregionen. Und wir wenden uns dagegen, wenn einige die Strategie verfolgen und sagen, man müsse Fördermittel schwerpunktmäßig in Metropolregionen investieren, weil dort höhere Renditen erzielt werden können für das Wirtschaftswachstum. Wir halten das für falsch. Wir wollen beides, wir wollen auch für **gleiche Lebensverhältnisse**, für die gleiche Entwicklung in allen Räumen sorgen.

Ziele der Landesregierung für die ländliche Entwicklung sind als erstes natürlich der Erhalt und die Stärkung der Wirtschaftskraft, die Schaffung sicherer und zukunftsfähiger **Arbeitsplätze**, weil das für die Menschen die wichtigsten Voraussetzungen sind, in den ländlichen Regionen zu verbleiben. Insbesondere ist es für jüngere Familien wichtig, die Entscheidung zu treffen, wo zukünftig der Lebensmittelpunkt sein wird.

Zunehmend treffen Firmen ihre Investitionsentscheidung danach, welche Regionen zukünftig in der Lage sind, eine ausreichende Anzahl gut **qualifizierter Fachkräfte** zu binden. Das wird ein ganz entscheidender Standortfaktor werden, weil der Fachkräftemangel, der sich jetzt schon abzeichnet, das beherrschende Thema für die Standortpolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden wird. Wir müssen dokumentieren, dass gerade der ländliche Raum gute Lebensbedingungen für junge Familien bieten kann, dass es attraktiv für junge Familien ist, sich dort anzusiedeln und dort ideale Rahmenbedingungen zu finden.

Zur Weiterentwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes muss natürlich auch das ganz wichtige Anliegen gehören, die **Land- und Forstwirtschaft** zu stärken, als wichtige Akteure und Voraussetzungen für die Entfaltung verschiedener Wertschöpfungsketten des ländlichen Raumes.

Es wird nach wie vor ein Schwerpunkt unserer Politik sein, das **ökologische Potenzial** zu entwickeln. Wir wollen eine ländliche Entwicklung, die nachhaltig ist und dazu gehört auch, dass die Umwelt naturgerecht gestaltet wird. Das geht gut miteinander, beides in Einklang zu bringen, die Landwirtschaft und die Ökologie.

Zielsetzung ist es auch, dass uns eine sichere Entwicklung ortsnaher Versorgungsstrukturen gelingt. Auch darüber müssen wir uns unterhalten, was die Anforderungen an **regionale Versorgungsstrukturen** sind. Wie können wir sie auch im Hinblick auf den demografischen Wandel gestalten?

Meine Damen und Herren, ILEK und Leader sind wichtige Erfolgsgaranten für eine solche nachhaltige integrierte Entwicklung im ländlichen Raum. Und der große Erfolg, den die Projekte der Integrierten Ländlichen Entwicklung haben, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Menschen gerade im ländlichen Raum bereit sind, sich für ihre Region im besonderen Maße zu engagieren und auch das Bewusstsein mit sich bringen, dass nicht jeder nur seinen persönlichen Bereich betrachten darf, als Unternehmer, als Landwirt, als Kommunalpolitiker. Die Politik darf nicht stur ihren eigenen Fachstrang verfolgen. Interessen müssen gebündelt werden, damit alle profitieren. Diese Voraussetzung schaffen ILEK, aber auch die Leader-Projekte, die wir auf den Weg gebracht haben. Wir haben uns entschieden, beides weiter fortzuführen. Und ein Teil von Ihnen ist ja auch gekommen, um heute zu erfahren: Welche Regionen werden zukünftig die Leader-Regionen sein? Wie geht das weiter? Auch diese Fragen werden wir im späteren Verlauf der Veranstaltung beantworten.

Welche Handlungsansätze haben wir im Zwischenstand niedergelegt? Als erstes - und das ist das Wichtigste und Ausgangspunkt für die ländliche Entwicklung - haben wir festgelegt, die Förderung von **Landwirtschaft und Weinbau** im Förderprogramm zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu halten und zu stärken.

Ein ganz wichtiger Ansatz, der dort niedergelegt worden ist: Wir wollen auch dort, wo wir Flächenmanagement und Flurbereinigungsverfahren im Rahmen der integrierten Ländlichen Entwicklung auf den Weg bringen, auch andere Wertschöpfungspotenziale zur Entfaltung bringen. Ein positives Beispiel ist mit Sicherheit der Calmontklettersteig an der Mosel oder der Ölsberg am Mittelrhein. Mit Flurbereinigung schafft man nicht nur bessere Strukturen für den Weinbau sondern auch touristisch hoch attraktive Angebote, die dann auch den Regionen insgesamt zu Gute kommen. Damit schaffen wir auch die Voraussetzungen, dass in hohem Maße Arbeitsplätze durch Tourismus in Rheinland-Pfalz initiiert werden.

Die Förderung gerade von **kleinen und Kleinstunternehmen** im ländlichen Bereich gehört zu unserem Programm. Wir haben die Entscheidung getroffen, dass wir in verschiedenen Programmen die Mindestfördersumme herab gesenkt haben, um auch Kleinstbetriebe von Förderprogrammen profitieren zu lassen. Wir haben auch die Entscheidung getroffen, dass wir für Kleinstunternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen, wissend, dass bei diesen kleinen Unternehmen das Wachstum daran scheitert, das sie besonders in der Existenzgrün-

dungsphase zu wenig Eigenkapital haben. Auch dafür wollen wir die Voraussetzung schaffen und dieses zukünftig noch verbessern, um noch effizienter gerade für Kleinstunternehmen im ländlichen Bereich Kapital bereitstellen zu können.

Er gehört dazu, der Bereich der Energieversorgung, der **erneuerbaren Energien**, bei dem wir gemeinsam, auch mit den Kollegen des Umweltministeriums erarbeiten wollen, was wir im Bereich erneuerbarer Energien an Energiekonzepten benötigen, damit solche und viele Anlagen - gerade von Landwirten - auch wirtschaftlich rentierlich auf Dauer betrieben werden können.

Da ist weiterhin eine Sache, die uns als wichtiges Anliegen für eine bessere Ausstattung ländlicher Räume in Veranstaltungen sehr häufig vorgetragen wird: die **Breitbandversorgung**, wissend, dass manche Regionen auch im Land Rheinland-Pfalz - obwohl wir besser dastehen als im Bundesvergleich - keine Breitbandversorgung haben. Ich meine die Regionen, wo die Existenzmöglichkeit einiger Firmen nicht gegeben ist, weil sie auf schnelles Internet dringend angewiesen sind. Auch eine Benachteiligung bei den Bildungschancen kennzeichnet diese Regionen. Deswegen haben wir auch hierfür Konzeptionen vorgetragen. Wir haben dem Bund auch belegen können, dass im Rahmen der GAK-Förderung zukünftig Gelder bereitgestellt werden sollten. Wir werden Machbarkeitsstudien vorlegen.

Insgesamt werden wir in Pilotprojekten auch mit dem Instrument der **Machbarkeitsstudien** arbeiten, die nicht nur für einzelne Regionen gemacht werden, sondern im Internet und in anderen Netzwerken allen Regionen zur Verfügung gestellt werden sollen. Eine gute Idee soll nicht nur einmal im Land Rheinland-Pfalz umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, zu den Handlungsansätzen mit denen wir uns intensiv auseinandersetzen müssen gehört natürlich auch die Frage, welche **Nahversorgung** im ländlichen Bereich noch vorhanden ist. Es gab bisher keine gute Datengrundlage, in welcher Gemeinde es in welcher Größenordnung noch die eine oder andere Nahversorgung gibt. Wir haben eine entsprechende Studie in Auftrag gegeben und wollen noch Konzeptionen erarbeiten und auch fördern, wie Nahversorgung in manchen ländlichen Regionen verbessert werden kann. Dazu gehört auch ein multifunktionaler Ansatz, bei dem vieles gebündelt wird, wissend, dass der Handel auch entdeckt, dass für ihn hier ein interessantes wirtschaftliches Feld vorhanden ist. Es gehört dazu, dass wir uns Gedanken machen,

wie **Nahverkehrssysteme** im ländlichen Bereich aufrechterhalten und weiterentwickelt werden können, um die ländliche Versorgung mit Nahverkehr auf hohem Niveau zu erhalten. Wir haben uns entschlossen, die Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes um 177 Mio. Euro durch Landesmittel zu kompensieren, um die Angebote im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten. In manchen Regionen sorgen wir sogar für die Reaktivierung von Bahnenlinien. Wir müssen uns aber auch mit flexiblen Konzepten auseinandersetzen und mit Bürgerbussen und Ruf-Taxis auch hier entsprechende Projekte entwickeln.

Es gehört im Rahmen der **Innenentwicklung** dazu, auch in Kooperation mit den Kollegen des Innenministeriums, dass wir die Förderschwerpunkte - auch im Rahmen der Dorferneuerung - auf verstärkte Innenentwicklung richten. Auch das ist eine wichtige Aufgabe des neuen Landesentwicklungsprogrammes IV.

Es gehört dazu das Projekt **Gesundheitswirtschaft**, dass wir mit den Kollegen vom Sozialministerium auf den Weg gebracht haben, wissend, dass dieser Bereich einer der größten Wachstumsmärkte der Zukunft sein wird, gerade auch für ländliche Räume.

Es seien die Stichworte genannt, wie **Gesundheitstourismus**, Wellness/Fitness aber auch der Bereich Pflege, der natürlich zu einem Wachstumsmarkt gehören wird. Diese neuen Dienstleistungen werden gerade im ländlichen Bereich bestehen können, ausgehend davon, dass die Menschen möglichst lange in ihrem Anvertrauten leben wollen. Auf Grund erhöhter Einkommensmöglichkeiten, die wir heute haben, werden wir bereit sein, entsprechende Dienstleistungen nachzufragen, vor allem in ländlichen Räumen.

Es gehört dazu, meine Damen und Herren, dass wir den Bereich der **Berufsqualifizierung** verstärken. Wir müssen einen verstärkten Dialog zwischen Schule und Wirtschaft führen. Eine Region muss in der Lage sein, für die Firmen, die ein besonderes Potenzial haben, auch die ausreichende Anzahl von Fachkräften bereitzustellen. Das wird nur dann der Fall sein, wenn sich Schülerinnen und Schüler rechtzeitig damit auseinandersetzen, welche Qualifikationen in der Region, in der sie leben bleiben möchten, nachgefragt werden. Nur dann können sie Ziel gerichtet Schulausbildung und Berufsausbildung erwerben. Das wollen wir im Dialog verstärken. Dazu gehört natürlich auch der verstärkte Ausbau von **Ganztagschulen**, wissend dass wir gerade im ländlichen Bereich für eine verstärkte Vereinbarkeit von Familie und

Beruf Strukturen verbessern müssen. Das kann als Motivation für junge Familien dienen, zu sagen: Wir bekennen uns zum ländlichen Bereich und wollen dort auch wohnen.

Es wirft sich die wichtige Frage auf: Wie geht es weiter mit den ganzen Projekten, die vorgeschlagen sind? Wird das Land in der Lage sein, diese Dinge auch zukünftig zu fördern? Hier sind die wichtigsten Förderprogramme auch für den ländlichen Raum genannt. Und es werden auch zukünftig Bundes- und Europamittel zur Verfügung stehen. Zukünftig wird auch der Bund über die **GAK** Bereiche fördern, wie Breitbandversorgung und Nahwärmenetze, als ganz wichtige Infrastrukturen für ländliche Räume. Hierfür wird ein entsprechendes Budget zur Verfügung gestellt.

Und wir haben die Entscheidung getroffen, dass wir in den wichtigen Bereichen der Förderung der Landwirtschaft einen klaren Schwerpunkt auf die Unterstützung durch investive Mittel setzen, dort wo es um die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft geht.

Wir nutzen die Möglichkeiten als Wirtschaftsministerium auch, weil wir das Strukturministerium im ländlichen Bereich sind, um die beiden Förderprogramme **PAUL** und **EFRE** aufeinander abzustimmen, damit Synergieeffekte entstehen.

Und wir werden Wert darauf legen, dass Projekte, die von den Menschen der Region selbst konzipiert worden sind, in Zukunft prioritär gefördert werden. Dort wo in ILEK-Projekten oder in Leader-Projekten die Akteure der Regionen sich zusammengefunden haben und sagen: Das sind Projekte, die wir selbst konzipiert haben, die wir auch bereit sind, ehrenamtlich zu begleiten. Das sind dann auch die Projekte, die zukünftig nach unseren Vorgaben prioritär gefördert werden. Das gilt für die Förderung durch das Wirtschaftsministerium. Wir werden das auch im Dialog mit den Nachbarministerien so gestalten.

Dass wir den Förderschwerpunkt verstärkt auf Projekte setzen, die gemeinsame Projekte der Region sind, führt auch dazu, dass wir als ganz wichtigen Ansatzpunkt **Netzwerke und Zusammenarbeit** verstärken wollen. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine weitere gute Entwicklung ländlicher Räume. In ILEK-Projekten hat es sich gezeigt, dass dort wo Netzwerke konzipiert werden, sinnvolle Projekte entstehen und diese Projekte mit ganz anderer Nachhaltigkeit verfolgt werden.

Deswegen wird zu unserem Ansatz gehören:

- Bildung von Netzwerken,
- Förderung von Kooperationen, Tagungen, Workshops und auch
- Schulungen über Zukunftsprojekte und innovative Projekte.

Wir wollen bewusst anregen, verstärkt Netzwerke auch über den Bereich von ILEK-Projekten hinweg zu konzipieren, insbesondere auch für die Wirtschaft in ländlichen Räumen, dort, wo es gelungen ist, so genannte Cluster zu konzipieren, also **Wissenstransfer** zu organisieren von Fachhochschulen bis in die mittelständischen Kleinbetriebe ländlicher Räume hinein, entstehen regionale Wirtschaftsmotoren und Innovationen können besser umgesetzt werden. Überall, wo Firmen auf solche Netzwerkkooperationen zugreifen können, werden mit dem Faktor zwei Innovationen und neue Produkte konzipiert. Dort wo entsprechende Netzwerke nicht vorhanden sind, ist eine wirtschaftliche Entwicklung schlechter. Gerade kleine Unternehmen in ländlichen Räumen sind auf Kooperationen und Netzwerke angewiesen.

Es gehört dazu, dass wir in unserem Hause das Kompetenznetzwerk nachwachsende Rohstoffe auf den Weg gebracht haben, um Kooperationen zu ermöglichen.

Es gehört dazu, dass das auch im LEP IV verstärkt zum Ausdruck kommt, dass **interkommunale Kooperationen** gefördert werden sollen, wissend, dass wir es uns auf diese Art leisten können, insgesamt für ländliche Räume die gleiche Infrastruktur bereitzustellen. Aber man muss Schwerpunkte bilden, damit insgesamt ländliche Räume auch zukünftig die gleiche Lebensqualität haben. Das muss in sinnvoller Kooperation geschehen.

Für den Bereich der Energieversorgung haben wir ein Modellprojekt im Land Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht, wissend, dass es für viele Liegenschaften der öffentlichen Hand, der Kirchen, der Vereine, auch vieler Privateigentümer nachweisbar sinnvoll wäre, in energetische Sanierungen, in erneuerbare Energien zu investieren. Viele Eigner wissen das auch. Es fehlen allerdings momentan die nötigen finanziellen Mittel, um Investitionen zu tätigen. Wir wollen dazu Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen bilden. Wir wollen Kooperationen bilden zwischen örtlichen Kreditinstituten, zwischen örtlichen Handwerkern, mit Kommunen und Vereinen. Aber auch Privatpersonen, die Investitionen tätigen, sollen als Kooperationspartner in Frage kommen. Dazu wollen wir auch die Hilfe von Kontraktfirmen in Anspruch nehmen.

Wir werden Energieverträge mit den Eigentümern abschließen, so dass es für alle eine Win-Win-Situation gibt. Energiekosten für die Eigentümer werden günstiger, die Wertschöpfung und die Aufträge bleiben in der Region und wir leisten etwas für den Umweltschutz. Auch das sind Projekte, die in enger Kooperation in den Regionen entstehen.

Meine Damen und Herren, wir wollen durch diese Veranstaltung und durch weitere Veranstaltungen den Dialog natürlich fortsetzen und erweitern. Wir haben also nicht vor zu sagen, wir machen jetzt fünf Veranstaltungen des Forums ländlicher Raum, organisieren eine große Abschlussveranstaltung und das war's dann gewesen. Wir wollen das als Ausgangspunkt einer verstärkten Kooperation, einer verstärkten Auseinandersetzung dafür verstehen, wie die Strategie für die Zukunft der Entwicklung ländlicher Räume aussieht. Ich betrachte das Strategiepapier, das wir heute verteilen und diskutieren, als einen Zwischenstand auf den wir aufbauen wollen, den wir weiterentwickeln wollen. Wir wollen insbesondere dort, wo in den Regionen gute Ideen entstehen, die Ideen und Projekte zur Entfaltung bringen, die der Region dienen, diese durch **Machbarkeitsstudien** auf den Weg bringen. Das soll dazu dienen, dass diese Projekte umgesetzt werden können. Wir wollen aber, dass alle Regionen im Land Rheinland-Pfalz davon profitieren. Deswegen wollen wir dort, wo Projekte umgesetzt werden, zukünftig regionale Veranstaltungen organisieren und diese Projekte vorstellen. Dort sollen dann auch andere Akteure aus anderen Regionen Vorschläge unterbreiten können, damit das eine oder andere Projekt besser umgesetzt werden kann. Es soll ein Austausch sein, gute Ideen können übernommen werden. Ein gutes Beispiel muss nicht nur einmal umgesetzt werden, sondern kann auch anderen Regionen dienen. Wir stellen uns vor, dass Machbarkeitsstudien guter Beispiele der Innenentwicklung, für den Nahverkehr, aber auch für Energiekonzepte oder auch Tourismuskonzepte in Auftrag gegeben werden. Immer dort, wo hervorragende Konzepte auf den Weg gebracht worden sind, werden wir Veranstaltungen organisieren und werden diesen Dialog im ländlichen Raum fortsetzen.

Meine Damen und Herren, zur Weiterentwicklung dieser Strategie des Austausches guter Ideen im ländlichen Raum gehört auch, dass wir verstärkt **Schulungen** zu der Thematik der Entwicklung ländlicher Räume organisieren wollen. Wir stellen uns vor, dass die Kommunalakademie zukünftig als Schwerpunkt dieses Thema aufgreift. Wir wollen mit ihnen bewusst kooperieren, wollen überall zusätzlich Schulungsangebote auch zu den The-

men nachwachsende Rohstoffe, Sicherung der Grundversorgung aber auch für einen nachhaltigen Nahverkehr in ländlichen Räumen organisieren und weitere wichtige Zukunftsthemen einbinden.

Ganz wichtige Akteure, die für die Landesregierung aktiv sind, sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum, die nicht nur den ILEK-Prozess sondern alle wichtigen Initiativen der ländlichen Räume vor Ort seitens des Ministeriums begleiten, die zukünftig noch verstärkt die Funktionen von **Netzwerkknospunkten** übernehmen. Informationen über die Zukunft ländlicher Räume sollen gebündelt werden. Über „Runder-Tisch-Moderationen“ sollen entsprechende Austauschprozesse stattfinden, so dass gute Ideen gemeinsam entwickelt und ausgetauscht werden können.

Meine Damen und Herren, wir wollen eine **Akademie Ländlicher Raum** initiieren. Das soll keine Akademie an einem festen Ort sein, mit einem festen Gebäude. Das soll eine wandernde Akademie sein. Wir werden Schulungen in der Fläche anbieten - in den verschiedenen Landkreisen und Regionen, auch dort, wo wir Akteure haben, die gute Ideen umgesetzt haben. In der wandernden Akademie in anderen Regionen werden dann Projekte vorgestellt, wissend dass man auch stolz sein kann, entsprechende Projekte entwickelt zu haben. Bei vor solchen Vorträgen sieht man, dass man von nichts besser lernen kann, als von guten Beispielen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss kommend: Ich bin der festen Überzeugung, dass ländliche Räume eine gute Zukunft haben, wenn es uns gelingt, die Stärken, die der ländliche Raum hat, zu nutzen. Dazu kommt insbesondere, dass Menschen sich gerade in ländlichen Räumen mit ihrer Region identifizieren und die Bereitschaft haben, sich einzubringen, sich für ihre Region zu engagieren, aber nur dann, wenn sie selbst Akteure dieser Entwicklung sind. Wir können von Mainz aus keine Vorgaben machen, welche Projekte in ländlichen Regionen umgesetzt werden sollen. Wir können die Menschen dabei begleiten, wenn sie entsprechende Vorschläge machen und Projekte konzipieren. Darin sehen wir unsere Aufgabe: Solche Dialogprozesse zu initiieren und solche Prozesse zu begleiten. Es ist unsere Aufgabe, sie bei diesen Prozessen zu begleiten, zu unterstützen. Eine Unterstützung, die wir dabei liefern, soll der **Entwurf des Strategiepapiers für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz** sein.

Vielen Dank!

Es spricht Herr Dietz:

Im nächsten Teil erwartet uns ein spannender Reigen von Gästen. Herr Minister Hering hat es beschrieben, von nichts kann man besser lernen, als von erfolgreichen Beispielen. Diese Gäste haben teilweise weite Wege hierher zurückgelegt, um über ihren Beitrag zum ländlichen Raum zu berichten.

In der Gesprächsrunde werde ich zunächst jeden Gast einzeln zu mir bitten. Im zweiten Teil, bei der Diskussion, sind Sie dann gefragt, Ihre Anregungen und Fragen einzubringen.

Ein Aspekt, wenn es darum geht, die Entwicklung ländlicher Räume zu diskutieren - auch das ist schon angekommen - ist die Versorgung in Dörfern. Gerade dort, wo wenige Menschen in kleinen Orten zusammenleben, hat der Tante Emma-Laden meistens bereits zugesperrt.

Eine Frage, die wir unserem ersten Gesprächspartner stellen wollen, ist die Frage, ob denn ein rollender Supermarkt auf Rädern das Ei des Kolumbus sein kann. Ich darf Dr. Steinkamp zu mir bitten.

Neben mir steht Dr. Reinhard Steinkamp, der Repräsentant und der Entwickler eines erfolgreichen mittelständischen Unternehmens. Viele von Ihnen kennen das vielleicht, dienstags um 11 Uhr kommt das Auto mit Butter, Lebensmitteln und anderen Dingen. Das ist nicht nur ein Modell aus vergangenen Tagen. Dieses Modell wurde mit Leben gefüllt und viele Bürger in den ländlichen Regionen werden so bereits versorgt.

Beschreiben Sie doch bitte kurz, wie aus dem Hühnereierhandel das heutige Unternehmen Heiko geworden ist.

Es spricht Dr. Reinhard Steinkamp:

Der Hühnerhof wurde 1950 gegründet und hat 20 Jahre von dem Verkauf von Hühnereiern und Frischgeflügel gelebt. Daraus wurde Anfang der 70er Jahre, im Zuge der ersten Welle des Ladensterbens, der erste rollende Supermarkt. Heute haben wir 65 Verkaufsfahrzeuge und decken den nördlichen Bereich von Rheinland-Pfalz, das südliche Nordrhein-Westfalen, Luxemburg und Ost-Belgien ab.

Es spricht Herr Dietz:

Wer sind denn Ihre Kunden, deren täglichen Bedarf Sie decken?



Es spricht Dr. Steinkamp:

Wir haben 30.000 Privatkunden, keine Geschäfte oder Gaststätten, nur Privatkunden. Unser Zusatz im Firmennamen heißt: KaufzuHaus. Wir halten also direkt vor der Haustüre. Wir haben ein Durchschnittsalter der Kunden von 73,4 Jahren. Davon sind ca. 10 % behindert, entweder mobilitätseingeschränkt oder geistig behindert. Dies kaufen dann in der Regel in Begleitung ein.

Es spricht Herr Dietz:

Wie entwickelt sich das, was Sie als Sortiment anbieten?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Das Sortiment richtet sich schon ein bisschen nach dem Markt. Wir hatten in den letzten Jahren des Öfteren einen Wechsel im Sortiment. Ursprünglich waren die Schwerpunkte Butter und Eier, daraus wurde jetzt unser Lebensmittelhandel. Die Schwerpunkte sind natürlich auch zeitlich geprägt. Bei Obst und Gemüse haben wir im Moment eine große Nachfrage, gefolgt von Fleisch- und Wurstwaren. Das hängt auch mit der Verfügbarkeit zusammen. Wenn das Stichwort Frische fällt, ist die Möglichkeit, sich zu versorgen in den ländlichen Regionen eingeschränkt. Das kann daran liegen,

dass kein Führerschein da ist, dass man selbst eingeschränkt ist oder das einfach die Zeit nicht da ist, um einkaufen zu fahren. Deswegen haben wir unser großes Frischesortiment, welches auch stark nachgefragt wird.

Es spricht Herr Dietz:

Um es etwas plastischer zu machen: Jeder hat die Vorstellung, dass in besonders kleinen Orten ein stationärer Laden nicht funktioniert. Beschränken Sie sich auf diese kleinen Orte oder gehen Sie auch in größere Orte hinein?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Der Ursprung sind sicherlich die ganz kleinen Gemeinden. Diese kleinen Gemeinden hatten durch das Ladensterben direkt einen Bedarf, an Lebensmittel heranzukommen. Mittlerweile hat sich das erweitert.

Wir sind ansässig in der Nähe von Prüm. Wir fahren bis an die Randbezirke von Koblenz, Richtung Köln, Bonn und Aachen, sowie auch in Richtung Trier und bis an den Hunsrück heran. Das sind Gemeinden von der Größe eines Aussiedlerhofes bis zu 600 Einwohnern. Es sind aber auch Städte dabei wie z. B. Euskirchen, Prüm oder Bitburg. Ein sehr breit

gefächerter Rahmen. Das sind 1.800 Gemeinden. Von diesen Gemeinden haben 80 % kein Lebensmittelgeschäft mehr. Das heißt, 1.400 Orte, die wir anfahren, haben kein Lebensmittelgeschäft mehr.

Es spricht Herr Dietz:

Im Zusammenhang mit stationären Läden gibt es noch einen anderen Aspekt. Es geht ja auch um die soziale Funktion. Man kommt ins Gespräch und es gibt zusätzliche Funktionen, die dort eine Rolle spielen. Ich würde spontan sagen, bei einem Auto, das hin und wieder mal kommt, funktioniert das nicht so wie bei einem stationären Laden.

Es spricht Dr. Steinkamp:

Das würde ich nicht so sehen. Der Verkaufsfahrer oder die Verkaufsfahrerin nimmt mit dem Kunden oder der Kundin durchaus ein sehr intensives Verhältnis auf. Wir kommen 1 bis 2 Mal die Woche, in vielen Fällen sind das also 50 bis 100 Besuche pro Jahr. Meistens ist das für die Leute der einzige Kontakt neben dem Arztbesuch oder einem Kind, das vorbei schaut. Insofern haben unsere Verkaufsfahrer auch eine soziale Ausgleichsfunktion. Wir haben aber auch Haltestellen, bei denen sich mehrere Kunden einfinden. Da kommen dann auch schon mal die Nachbarn dazu. Wir fahren theoretisch jedes 2. Haus an. Zunächst also die Gartenstraße 12, dann die Gartenstraße 16, die 14 müsste dann also entweder zur 12 oder 16 gehen. Das ist eigentlich eine Kleinigkeit.

Regional ist das auch sehr verschieden. In der Eifel sind die Haltepunkte sehr verstreut, an der Mosel wird es dann schon geselliger. Dort finden sich von 1 bis 15 Kunden an. Wir haben keine Sammelhaltestellen. Das heißt also, wir sind nicht etwa auf dem Marktplatz, sondern wir fahren die Privathaushalte an.

Es spricht Herr Dietz:

Die Vorstellung, dass es einen zentralen Treffpunkt gibt, zu dem die Leute hinströmen, so dass er auch eine soziale Bündelungsfunktion hat, - haben Sie dieses Modell einmal ausprobiert?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Geselliger kann man es machen, wenn man die entsprechende Verkaufsfahrerin oder den entsprechenden Verkaufsfahrer hat. Da ist schon eine gewisse Persönlichkeit gefordert, die sich auch gerne mit den Kunden unterhält. Das Gesellige

entsteht also in der Regel über das Zusammenspiel zwischen Kunde und Fahrer. Natürlich spielt auch das Sortiment eine große Rolle. Je breit gefächerter es ist, umso mehr Leute kann man ansprechen. Dagegen spricht natürlich auch die Wirtschaftlichkeit. Wir haben ein begrenztes Sortiment. Wir stellen uns die Frage, welche Waren müssen wir mindestens haben, um ein Grundbedürfnis zu decken. Auch die Kunden sind sehr unterschiedlich. Teilweise geht es auch um private Probleme, z. B. „Mein Mann hat mich gestern verlassen“ bis zu Berichten über Diagnosen aus Krankenhäusern. Es gibt auch Fragen wie z. B. „Können Sie mir helfen, ich komme nicht in meine Jacke hinein?“.

Da gibt es die gesamte Bandbreite, die man sich vorstellen kann.

Es spricht Herr Dietz:

Sie haben jetzt schon das Sortiment angesprochen. Da geht es aber auch um die Briefmarke, um den Toto-Lotto-Schein oder um anderes. Können Sie solche Zusatzfunktionen außerhalb des Lebensmittelbereiches mit abdecken?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Technisch geht alles, auch eine Toto-Lotto-Aannahmestelle. Hier regiert das Gesetz der Wirtschaftlichkeit. Was sehr gut läuft, sind Fotoentwicklungsdienste. Interesse haben die Kunden auch an einem Sortiment an Samen für den Hausgarten. Einen Schwerpunkt haben wir natürlich im Bereich Fleisch und Wurst, das hängt mit dem Sterben der Metzgereien zusammen. Trotz des Fleischskandals in den letzten Jahren nimmt dieses Segment bei uns stark zu, das liegt auch an dem Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Fahrer. Ein weiteres wichtiges Segment sind Zeitungen, insbesondere Fernsehzeitungen bei unserer Hauptzielgruppe.

Es spricht Herr Dietz:

Wie kommen Sie in neue Dörfer hinein, in denen es keinen Laden mehr gibt, oder in denen es nur noch einen unsicheren Laden gibt? Werden Sie angesprochen, oder wie kommen Sie dort hinein?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Es gibt Bürgermeister, die anrufen und sagen: Der letzte Laden schließt. Wir haben aber auch andere Kanäle. Wir gehen auch mit Werbung in die Dörfer hinein, bei denen wir meinen, dass sich die Kundenzahl verdichten müsste. Die wichtigste Werbung ist

jedoch die Mund-zu-Mund-Propaganda, wenn uns die Kunden direkt weiterempfehlen.

Es spricht Herr Dietz:

Sie würden nicht hier stehen, wenn Sie nicht überzeugt wären, dass das Modell eines mobilen Supermarktes eine Zukunft hat. Wie sehen Sie insgesamt die zukünftige Entwicklung?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Ich sehe die Zukunft positiv aus unserer Sicht. Der Trend zu immer größeren Flächen im Einzelhandel ist ungebrochen. Große Ketten, große Discounter überlegen, ob sie von 500 auf 800 qm Verkaufsfläche gehen oder von 800 auf 1.000 qm. So lange dieser Trend, ich sage dazu, durchaus auch von Politikern, weiterhin gefördert wird, muss man auch mit den Konsequenzen leben. Das heißt, dass die Einzelhandelsgeschäfte sterben. Das ganze ist natürlich etwas komplizierter als diese krasse Schwarz-Weiß-Malerei jetzt. Das Angebot bei den Stationären ist natürlich erheblich größer als bei uns. Das können wir gewichtsmäßig und auch platzmäßig gar nicht leisten. Auf der anderen Seite entsteht natürlich durch die Überalterung der Bevölkerung ein starkes Bedürfnis. Die älteren Leute sind völlig überfordert mit den Regalen im Supermarkt. Sie kennen sich im Sortiment nicht aus - ich setze jetzt voraus, sie können den Supermarkt noch erreichen. Können sie den Supermarkt nicht mehr erreichen, ist das natürlich eine ganz andere Fragestellung. Wir befinden uns in einem Wettbewerb mit einem sehr unpersönlichen Verkauf.

Wenn unsere Verkaufsfahrer oder auch andere Händler eine persönliche Komponente dagegen setzen, haben sie in der Regel das Geschäft gewonnen. Im stationären Supermarkt werden sehr viele Fehler im Bereich Service und Verkauf gemacht. Bei Discountern wie räumt einen niemand die Sachen in eine Tüte oder trägt die Einkäufe nach Hause.

Es spricht Herr Dietz:

Schaffen Sie es, mit dieser Versorgung an der Haustüre, jeden Ort zu bedienen?

Es spricht Dr. Steinkamp:

Prinzipiell schon. Die Verkaufsfahrzeuge könnten im Grunde weitere Orte mit anfahren, sie werden dann auch größer und können ein breiteres Sortiment aufnehmen. Es gibt jedoch eine Grenze. Das

sind mehrgeschossige Häuser. Zentrale Gebäude mit mehr als 2 oder 3 Geschossen sind schwierig. Das hört sich etwas kurios an, aber es dauert einfach zu lange, bis ein Kunde aus dem zweiten oder dritten Stock ins Parterre zum Verkaufswagen kommen kann. Unsere Geschäftsidee bezieht sich wirklich nur auf ländliche Räume.

In den Städten sind auch andere Projektideen gescheitert. Ich denke, dass der stationäre Handel hier sein festes Standbein haben wird. Wir versuchen das im ländlichen Bereich aufzugreifen.

Es spricht Herr Dietz:

Vielen Dank. Es gibt also Hoffnung für die Leute, die im ländlichen Bereich leben. Es freut mich für Sie, und für Ihre Mitarbeiter, dass das ganze funktioniert und auch profitabel funktioniert. Danke schön, Herr Dr. Steinkamp.

Ich darf Ihnen nun die Alternative aufzeigen. Wenn der Laden nicht zu mir kommt, muss ich zum Laden kommen. Wir stellen jetzt die Frage, nach dem öffentlichen Personennahverkehr. Ich darf den Landrat des Landkreises Südwestpfalz zu mir bitten, Herrn Hans-Jörg Duppré.

Ich heiße Sie herzlich Willkommen, Herr Landrat Duppré. Sie kommen aus einer Region mit vielen Reizen, mit vielen relativ kleinen Dörfern. Dort gibt es viele Menschen, die das Bedürfnis haben, mobil zu sein. Beschreiben Sie doch ganz kurz die Ausgangssituation im Landkreis Südwestpfalz.

Es spricht Herr Duppré:

Die Struktur sieht folgendermaßen aus: Wir haben 84 Gemeinden und Städte. Die kleinste Gemeinde hat unter 20 Einwohner. Die größte Stadt über 8.000. Das ganze ist also mehr kleinteilig. Das ist verteilt auf einer Fläche von 1.000 qkm, wir haben also 110 Einwohner pro qkm. Das ist eine sehr dünne Besiedlung. Wir haben uns dann mit der Verkehrsstruktur auseinander gesetzt. Wir haben eine Nord-Süd-Verbindung, das ist die B270 und die A62. In Ost-West-Richtung haben wir die A8 und in Ergänzung dazu die B10.

Parallel dazu läuft auch die Schienenstrecke. Viele unserer insbesondere kleinen Ortsgemeinden liegen fernab dieser Verkehrsachsen. Deswegen haben wir uns in den 80er Jahren grundsätzlich mit der Frage befasst, was wir im Bereich ÖPNV wollen. Da gab es eine extreme Position: „Lasst die Finger vom ÖPNV als kommunale Aufgabe, denn der Individualverkehr wird zukünftig in den

ländlichen Regionen auch bei älteren Menschen das Rückgrat der Mobilität sein.“ Andere haben gesagt, wir müssten das extrem ausbauen, damit der ländliche Raum attraktiv bleibt. Wir haben das sehr eingehend diskutiert, haben uns angeschaut was andere machen, wir haben auch Gutachten in Auftrag gegeben. Wir haben anschließend Grundsatzentscheidungen getroffen. Ich will mal einige davon nennen:

1. Wir wollen für jede unserer Gemeinden eine Mindestversorgung haben. Jede Ortsgemeinde wird von Montag bis Samstag mit vier Fahrten pro Tag bedient. Am Sonntag mindestens mit drei. Das ist die Grundversorgung. Diese ist überall im Landkreis gesichert.
2. Wir haben den Schülerverkehr fast zu 100 % in den Linienverkehr integriert. Der Schülertransport war bis dahin an den Bedürfnissen der Schule orientiert. Jetzt haben wir gesagt: Wir integrieren das voll in die Linie. Das führt natürlich zu einem großen Abstimmungsbedarf mit den Schulen im Landkreis. Dabei haben wir versucht, die Schulanfangszeiten größtenteils mit den Linienbedienungen kompatibel zu machen.
3. Wir haben uns einem starken Verkehrsverbund angeschlossen. Nämlich dem VRN, dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar.

Das ist mittlerweile alles umgesetzt. Daher ist die Versorgung seit Mitte der 80er Jahre bei uns gesichert.

Es spricht Herr Dietz:

Wie haben Sie das gelöst, was die vier Fahrten an Wochentagen angeht?

Es spricht Herr Duppré:

Wir haben das natürlich an den Notwendigkeiten der einzelnen Orte orientiert. Natürlich werden die Fahrtenpaare vor allem morgens und abends angeboten.

Wir haben weiterhin ein Instrument angesetzt, dass vor allen Dingen am Wochenende einen starken Zuspruch findet: Das ist das Modell des Anrufsammeltaxis. Dieses Modell ist im VRN sehr gut ausgebaut und sehr gut eingeübt. Das heißt, wir haben Linien, auf denen fährt nach festen Zeiten, nach festen Fahrplänen und mit festen Haltestellen der Bus. Aber er fährt nur dann, wenn sie rechtzeitig vor Beginn diese Fahrt auch bestellen. Das heißt also, nur der Bedarf, der tatsächlich nachgefragt wird, wird auch befriedigt. Ist Bedarf da, so fährt der Bus. Meistens ist das ein kleiner Bus. Ist der Bedarf nicht da, dann fährt der Bus nicht. Dieses Angebot wird sehr stark an Wochenenden und an Feiertagen



genutzt. Hauptnutzer sind dann vor allem junge Leute, die am Wochenende in die Städte fahren, um dort etwas zu unternehmen und die dann aus guten Gründen nicht mit dem eigenen PKW nach Hause fahren wollen.

Es spricht Herr Dietz:

Wie gelingt es aber, die älteren Menschen, die man ja als Hauptzielgruppe im Auge hat, zu erreichen. Wie gelingt es, Möglichkeiten für diese Zielgruppe zu schaffen, mobil zu sein?

Es spricht Herr Duppré:

Das gelingt eigentlich sehr gut. Ich will gar nicht verschweigen, dass es in den Anfangszeiten Schwierigkeiten gab. Es hieß zunächst: Wir können doch nicht irgendwelche Erwachsenen mit den Schulbussen mitfahren lassen, in denen unsere Grundschüler fahren. Das ist mittlerweile jedoch überhaupt kein Problem mehr. Insbesondere die älteren Menschen haben sich gut darauf eingestellt. Wenn sie z. B. einen Arztbesuch machen müssen, dann wissen sie genau, sie müssen mit dem Linienbus, der auch Schüler transportiert zu einer bestimmten Zeit mitfahren. Das ist überhaupt kein Problem mehr.

Es spricht Herr Dietz:

Das klingt natürlich alles sehr schön. Das Hauptargument gegen den ÖPNV ist natürlich die Wirtschaftlichkeit. Das Argument, dass es sich unter einer bestimmten Auslastung einfach nicht mehr rechnet. Wie sehen denn die Finanzen aus, was müssen Sie als Landkreis bezahlen?

Es spricht Herr Duppré:

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Ich habe das Modell des Anrufsammeltaxis vorgestellt. Das hat uns im letzten Jahr etwa 90.000 € gekostet. Wir bekommen natürlich Zuschüsse vom Land. Auch der VRN, unser Verkehrsverbund, unterstützt dieses Modell. Wir haben natürlich auch Erlöse aus Fahrtgeld. Insgesamt bleibt aber eine kommunale Belastung von 50.000 bis 60.000 € pro Jahr. Das ist reine Subvention für dieses Modell. Aber aus den genannten Gründen sind wir der Meinung, dass diese Subvention für die Attraktivität des ländlichen Raumes erbracht werden muss.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist natürlich ein Argument dafür, um im ländlichen Raum zu bleiben. Insofern ist es eine wichtige Grundversorgung. Sie haben ja schon illustriert, dass Sie sich intensiven Rat eingeholt haben und auch über die Grenzen hinaus geschaut haben. Können Sie noch mal kurz aufzeigen, wie Sie vorgegangen sind? Vielleicht können andere von Ihrem Konzept lernen.

Es spricht Herr Duppré:

Wir haben uns bei Kreisen, nicht nur in diesem Bundesland, die Modelle angesehen. Wir haben im Kreistag auch Vertreter aus diesen Kreisen angehört. Wir haben Gutachten eingeholt und wir haben intensive Diskussionen mit den Geschäftsführern des VRN geführt. Wir haben über Konzepte geredet, die sich tatsächlich umsetzen lassen. Beispielsweise haben unsere Schüler ein Netz-Ticket, womit sie zur Schule kommen, dass sie aber auch berechtigt, im gesamten Verbundnetz zu fahren. Davon machen viele unserer Schüler Gebrauch. Ich sehe es bei den eigenen Kindern. Sie fahren z. B. nach der Schule mit dem Netz-Ticket nach Mannheim. Das ist ein sehr gutes Angebot, dass den ÖPNV über den Schulbesuch hinaus für die jungen Leute attraktiv macht.

Es spricht Herr Dietz:

Ich schmunzele ein wenig, wenn ich mir vorstelle, wie in den Schulbussen morgens und mittags die Generationen zusammenfahren. Das ist sicherlich für alle Beteiligten ein wertvoller Prozess. Herr Duppré, Sie sind ja nicht „nur“ Landrat des Landkreises Südwestpfalz, sondern Sie sprechen ja auch stellvertretend für alle Landkreise, denn Sie sind Vorsitzender des Deutschen Landkreistages. Wenn ich Ihnen die Frage stellen darf, was muss passieren, dass die ländlichen Räume insgesamt trotz des demografischen Wandels, attraktiv bleiben?

Es spricht Herr Duppré:

Sie haben es vielleicht mitbekommen, Bundesminister Horst Seehofer hat im letzten Jahr eine große Konferenz organisiert mit dem Thema: Die Zukunft der ländlichen Räume. Diese Konferenzreihe wurde durchaus auch in einer Auseinandersetzung mit dem Ministerkollegen Tiefensee geführt. Dieses Ministerium führt bezeichnenderweise den Titel „Verkehr, Bau und Stadtentwicklung“.

Herr Seehofer hat ja jetzt nach dieser Konferenz gesagt, seine Hauptaufgabe sei die Zukunft der

ländlichen Räume. Wir haben uns deutschlandweit als Landkreise vor knapp 2 Jahren positioniert. Wir haben nach eingehender Diskussion Grundsätze aufgestellt, die wir auch nach außen vertreten. Das hat auch dazu geführt, dass wir im Anschluss ein gemeinsames Strategiepapier zur Zukunft der ländlichen Räume mit dem Deutschen Bauernverband entwickelt und vorgestellt haben.

Es spricht Herr Dietz:

Wunderbar. Auch das, so denke ich, steht für ein gutes Beispiel, das Schule machen kann. Zum Thema, ÖPNV, herzlichen Dank, Herr Duppré.

Wir setzen unser Gespräch fort, bei diesem Thema, dass wir jetzt bereits aus zwei Perspektiven diskutiert haben. Ich darf Herrn Thomas Reck bei mir begrüßen. Thomas Reck ist Unternehmensberater, er wird immer dann gerufen, wenn sich eine Gemeinde darüber Gedanken macht, wie eine stationäre Nahversorgung erhalten oder aufgebaut werden kann. Da gab es die unterschiedlichsten Perspektiven. Herr Reck, was sind Ihre Erfahrungen in Rheinland-Pfalz mit der Nahversorgung?

Es spricht Herr Reck:

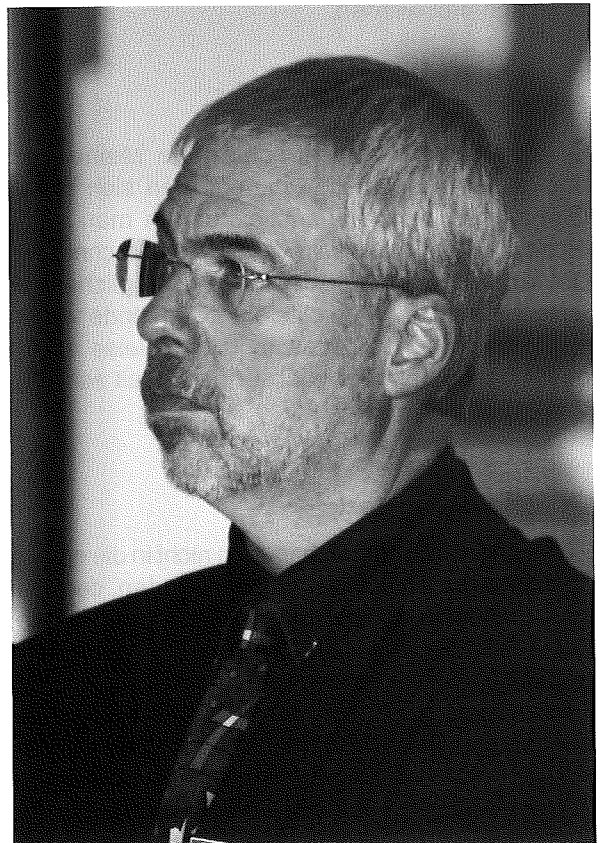
Ich denke, wenn man dieses Thema betrachtet, muss man sich die verschiedenen Ortsgrößenklassen vor Augen führen. Ein generelles Urteil über Rheinland-Pfalz kann man natürlich nicht geben. Ich denke es ist klar, und da bin ich einer Meinung mit Herrn Dr. Steinkamp, dass in Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern die betriebswirtschaftlichen Grundlagen für eine stationäre Nahversorgung nicht gegeben sind. Es gibt natürlich einige Gegenbeispiele von Läden in solch kleinen Ortschaften, die funktionieren. Ich kenne sogar einen Ort, da gibt es zwei Läden. In diesen Fällen reden wir dann aber nicht über betriebswirtschaftlich tragfähige Läden. Das sind dann Läden, wie Tante Emma-Läden, die durch bürgerliches Engagement irgendwie überleben. Von Wirtschaftlichkeit kann hier jedoch keine Rede sein. Anders würde ich die Situation einschätzen, wenn wir über Orte jenseits der 1.000 Einwohner sprechen. Dort ist das Marktpotential eigentlich vorhanden. Dort gibt es hin und wieder durchaus Standorte mit mehr als einem Laden. Da kann man dann sogar über einen Wettbewerb sprechen. Hier sind die Voraussetzungen jedoch so unterschiedlich, dass man keine allgemeingültigen Aussagen treffen kann. An einigen Standorten funktioniert es, meistens auch mit hohem Engagement. Wirkliches Marktpotential gibt es jedoch erst in Orten ab 1.500 Einwohnern.

Es spricht Herr Dietz:

In ganz kleinen Orten gibt es also nur die Lösung der mobilen Versorgung, auch wenn es in einigen wenigen Fällen trotzdem auf stationäre Art funktioniert. Was sind die Formen, die Ansätze bei denen dauerhafte stationäre Nahversorgung funktioniert?

Es spricht Herr Reck:

Das Thema Multifunktionseinrichtungen zieht sich ja landauf, landab durch die Diskussion, auch in ganz Deutschland. Wichtig ist es dabei, sich zunächst darüber klar zu werden, was Multifunktion überhaupt ist, wie man das definiert. Mit Multifunktion meine ich eine Zusatzfunktion, ein zusätzliches Dienstleistungsangebot. Das haben wir in Rheinland-Pfalz Anfang der 90er Jahre ausgearbeitet. Ich sage jetzt mal nur beispielhaft: Briefmarken, Kopierer, die Tasse Kaffee. Das sind natürlich hilfreiche Dinge, hilfreich auch, um eine persönliche Kundenbeziehung aufzubauen. Es gibt Ladenbetreiber, die diese persönliche Beziehung herstellen können. Das sind aber in der Regel keine Dinge, die von der betriebswirtschaftlichen Sicht etwas für die Läden erbringen. Es gibt natürlich in Sachen Multifunktion auch Ansätze, dass die Banken mit im Boot sitzen, z. B. mit Geldautomaten, dass die Post mit dabei ist, es gibt Ansätze im Tourismus und es gibt auch Ideen für medizinische Leistungen.



Damit meine ich vor allem Medikamente. In solchen Bereichen stoßen wir dann sehr schnell auf bürokratische Hemmnisse. Die Frage bei dieser Variante ist natürlich auch, ob der Einzelhändler denn am Gewinn solcher Zusatzleistungen mit beteiligt ist, oder ob diese Leistungen lediglich unter seinem Dach angeboten werden.

Es spricht Herr Dietz:

Macht es denn Sinn, all diese Funktionen zu bündeln?

Es spricht Herr Reck:

Sinn macht es auf jeden Fall, denn dort wo in kleinen Ortschaften kein stationärer Einzelhandel mehr vorhanden ist, ist ja alles andere auch nicht mehr existent. Dort, wo es keinen funktionierenden Einzelhandel mehr gibt, gibt es ja normalerweise auch keine Kneipe mehr, gibt es normalerweise keinen Arzt mehr und gibt es normalerweise auch keine sonstigen Einrichtungen mehr. Von Ausnahmen bitte ich jetzt einmal abzusehen. Es gibt zwar noch rollende Bankschalter, aber auch diese werden immer weniger. Sinnvoll ist diese Koppelung auf jeden Fall, aus meiner Sicht ist es aber besonders wichtig, dass auch von der Rendite etwas in der Kasse des Einzelhändlers hängen bleibt. Es reicht nicht, wenn das alles nur organisatorisch unter einem Dach stattfindet, sondern es muss ein wirklicher Mehrwert erwirtschaftet werden.

Es spricht Herr Dietz:

Da treffen natürlich verschiedene Meinungen aufeinander. Einerseits überlegt man sich in der Gemeinde, welche Dienstleistungen man unter einem Dach bündeln will. Andererseits rechnet der Betriebswirt sofort aus, dass es sich möglicherweise nicht rechnet. Wie sollte eine Gemeinde vorgehen, deren letzter Laden möglicherweise schon geschlossen hat oder in absehbarer Zeit schließt. Wie muss man vorgehen?

Es spricht Herr Reck:

Zunächst ist es ganz wichtig, sich nicht in die eigene Tasche zu lügen. Es gibt einen Leitfaden, der vom Wirtschaftsministerium 2004 verabschiedet wurde. Dabei geht es um Kriterien und Rahmenbedingungen für Neugründer und Betreiber von solchen Läden. Es geht darum, unter welchen Voraussetzungen so etwas funktionieren kann. Dort werden Fragen behandelt, ob das Marktpotential vorhanden ist, ob geeignete Räumlichkeiten vorhanden sind,

wie die Kostensituation aussieht. Eine wichtige Frage ist: Wer beliefert den Laden überhaupt? Das ist heute eines der größten Probleme, das es zu lösen gilt. Wie kommt der Laden überhaupt an seine frische Ware heran? Da hat der rollende Laden Heiko natürlich ganz andere Möglichkeiten. Dieser fährt jeden Tag mit frischer Ware über Land. Auch ein kleiner Laden muss diese frische Qualität vorhalten. Alle diese Fragen müssen mit Hilfe des Leitfadens selbstkritisch abgeklopft werden. Ich sage es noch einmal: Es ist wichtig, sich nicht in die eigene Tasche zu lügen. Wenn man zugeben muss, dass es schon am Marktpotential scheitert, dann muss man eben über andere Dinge nachdenken. Es ist falsch, mit der Brechstange einen Laden aufzubauen, der, sobald die Anschubfinanzierung verbraucht ist, zum Scheitern verurteilt ist.

Es spricht Herr Dietz:

Stichwort: Andere Dinge. Wenn wir einmal über die Grenzen hinaus schauen, findet man dort andere Modelle, die Erfolg versprechend sind, wenn wir über die Sicherstellung der Nahversorgung reden?

Es spricht Herr Reck:

Es gibt Modelle in anderen Bundesländern und auch in benachbarten europäischen Ländern. Wenn man über solche Modellprojekte liest, dann liest man natürlich darüber, wie toll das alles funktioniert. Wie lange solche Modelle funktionieren, ist eine andere Frage, die ich hier leider nicht beantworten kann.

Es spricht Herr Dietz:

Das Ei des Kolumbus haben Sie uns an dieser Stelle also noch nicht mitgebracht. Jeder muss also individuell genau hinschauen. Eine Frage, die ich Ihnen zum Schluss noch stellen möchte ist folgende: Wie weit kann ein Land dabei gehen, durch Maßnahmen in Wettbewerbssituationen einzugreifen? Wenn es darum geht, z. B. bei der Medikamentenversorgung gesetzliche Mittel anzuwenden, greift man natürlich in den Wettbewerb ein. Wie stehen Sie dazu?

Es spricht Herr Reck:

Zunächst muss man sich die grundsätzliche Frage stellen, inwieweit sich die Politik überhaupt einmischen kann und einmischen will. Klar ist, in dem Moment, wo wir über Subventionen wie eine Anschubfinanzierung sprechen, beeinflussen wir

den bestehenden Wettbewerb. Herr Dr. Steinkamp wird mir sicherlich zustimmen: Wenn wir stationäre Läden subventionieren, beeinflussen wir den bestehenden Wettbewerb. Die erste Frage ist natürlich: Will ich das? Die zweite Frage wäre, an welchen Kriterien ich das fest mache. Wenn ich dem einen gestatte, in den Genuss bestimmter Fördermittel oder Fördersubventionstatbestände zu kommen, dann kann ich es dem anderen nicht verwehren. Da müssen zunächst einmal klare Direktiven her, die wir als erstes definieren müssen. Als zweiter wesentlicher Punkt ist es mir sehr wichtig, dass die verschiedenen Ministerien, Gremien oder Kammern die daran arbeiten, enger kooperieren würden. Nach meinem Eindruck existieren hier sehr viele Dinge nebeneinander. Es wäre sehr hilfreich wenn die Förderprogramme und die Ideen enger miteinander verzahnt werden würden.

Es spricht Herr Dietz:

Wir haben also kein Ei des Kolumbus gefunden, aber wir haben viele Ansätze und Herausforderungen gehört, wie man das Problem angehen kann. Vielen Dank Herr Reck zum Thema stationäre Nahversorgung. Jetzt wechseln wir vom Thema Nahversorgung zum Thema Wärme und Energie. Ich darf bei mir den Bürgermeister der Gemeinde Morbach begrüßen, herzlich willkommen Herr Gregor Eibes. Vielen von Ihnen ist Herr Eibes bekannt, ich bin mir sicher, einige von Ihnen gehören zu den bis jetzt schon 1.000 Gästen, die die Energielandschaft in Morbach bereits besichtigt haben. Herr Eibes, was gibt es dort zu sehen?

Es spricht Herr Eibes:

Es gibt mittlerweile einiges dort zu sehen. Wir haben diese Energielandschaft seit dem Jahre 2001 entwickelt. Das war ein ehemaliges Munitionsdepot der amerikanischen Luftwaffe. Wir haben uns damals vorgegeben, dass wir ein Gesamtkonzept im Bereich Erneuerbare Energie wollen, bestehend aus Windkraft, Solarenergie und Biomasse. Das ist mit der Zeit dann Wirklichkeit geworden. Es gibt dort 14 Windkraftanlagen, wir werden im nächsten Jahr die 15. Anlage errichten. Das wird dann die weltweit höchste sein. Diese wird eine Höhe von 210 m erreichen. Wir haben weiterhin ein Fotovoltaikfeld auf 5.000 qm Fläche. Dieses erzeugt 500 kW Energie. Es wird demnächst erweitert um ein großes Testfeld für nachführbare Fotovoltaikanlagen. Weiterhin haben wir eine 500 kW starke Biogasanlage, die mit ihrer Abwärme eine Pelletsanlage versorgt. Weiterhin sollen eine industrielle Biogasanlage und eine Holzpelletsproduktionsanlage entstehen. Darüber hinaus denken wir über eine touristische

Nutzung nach, in Form eines Energielehrpfades und eines Informationszentrums.

Es spricht Herr Dietz:

Da sind jetzt schon viele Aspekte drin. Ich möchte noch einmal auf diesen Verbund zu sprechen kommen, Sie haben es ja schon angesprochen. Das eine hängt mit dem anderen zusammen - Biogas lebt davon, dass man auch die Wärme nutzen kann. Wie fügen sich diese einzelnen Bausteine ineinander?

Es spricht Herr Eibes:

Es war immer unser wichtigstes Ziel, Synergieeffekte zu erzielen. Das funktioniert mittlerweile recht gut. Z. B. werden andere Anlagen mit dem Strom von den Windkraftanlagen versorgt. Die Abwärme der Biogasanlagen wird z. B. auch zur Herstellung von anderen Rohstoffen genutzt. Solche Synergieeffekte, solche Kreisläufe waren immer das, was wir erreichen wollten. Die Komplettversorgung mit regenerativen Energien wird nur über einen vernünftigen Energiemix machbar sein.

Es spricht Herr Dietz:

Sie sprachen schon den Tourismus an. Da gibt es ja gegenüberstehende Meinungen. Wenn man z. B. die Windkraftanlagen betrachtet, dann stößt man ja auf eine Diskussion mit gegenüberstehenden Meinungen. Sie sprachen ja das größte Windrad bereits an und auch das touristische Informationszentrum. Viele Touristen wollen ja die Windkraftanlagen nicht sehen. Wie gehen Sie mit diesen gegensätzlichen Meinungen um?

Es spricht Herr Eibes:

Als wir verkündet haben, dass wir die Energielandschaft touristisch nutzen wollen, sind wir ja zunächst belächelt worden. Jeder weiß ja, dass Windkraftanlagen und Tourismus als gegenläufig bezeichnet werden. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir diese Landschaft, dass wir diese Effekte, die wir dort erzielen, touristisch vermarkten wollen. Es hat sich bewahrheitet, dass es funktioniert. Wir haben in unserer Energielandschaft Touristen aus allen Ländern. Das sind nicht nur Touristen die aus wissenschaftlichem Interesse kommen, sondern Touristen aus allen Ländern. Morgen werden wir Gäste aus Marokko haben, es waren Japaner und Chinesen da, es waren Chilener da, im Oktober wird eine Delegation aus Sri Lanka kommen mit dem dortigen Energieminister. Jeder sieht es so,

dass der Weg den wir dort gehen, der Weg der Zukunft ist.

Es spricht Herr Dietz:

Kommen wir von der äußeren Diskussion mal zu der Akzeptanz im Inneren. Wie wird denn das Projekt bei den Landwirten, bei den Bürgern gesehen?

Es spricht Herr Eibes:

Ich glaube wir haben den einzigen Windpark, der in einem Flächennutzungsplan ausgewiesen wurde, ohne auf eine einzige Gegenstimme aus der Bevölkerung zu treffen. Ich denke das hat zwei Gründe: Zum einen haben wir von Anfang an die Bevölkerung sehr offen in den Prozess eingebunden. Wir haben der Bevölkerung deutlich gemacht, wie die Landschaft durch den Energiepark aussehen wird, wir haben der Bevölkerung auch deutlich gemacht, dass wir ein Gesamtkonzept haben. Wir wollten nicht nur das schnelle Geld durch die Windkraftanlagen, sondern wir wollten eine Zukunft mit einem Energiemix haben. Dieser Energiemix kommt letztendlich auch der Bevölkerung zugute, denn wir haben es uns auch zum Ziel gesetzt, langfristig unsere Gemeinde mit Energie zu versorgen.

Es spricht Herr Dietz:

Wann schaffen Sie das?

Es spricht Herr Eibes:

Das ist natürlich immer noch eine Vision, aber wir sind ihr schon einen Schritt näher gekommen. Im Moment könnten wir die gesamte Energieversorgung noch nicht abdecken, aber wir sind gerade in Gesprächen, bei denen es um entsprechende Speichertechnologien für Energie geht. Wir wollen dafür sorgen, dass Visionen nicht Visionen bleiben. Vor 6 Jahren konnte auch noch keiner glauben, dass wir unsere Energielandschaft so verwirklichen können. Vor 6 Jahren ist der Klimawandel auch nur in der Wissenschaft diskutiert worden, aber ich denke, dass sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren auf diesem Gebiet noch einiges tun wird.

Es spricht Herr Dietz:

Das klingt natürlich alles ein bisschen nach einer regenerativen schönen neuen Welt. So einfach möchte ich Sie natürlich nicht davonkommen lassen. Ich möchte schon noch fragen, ob es nicht auch Konflikte gab. Gab es nicht auch Bereiche, bei denen Sie sagen würden, wenn wir es noch

einmal machen würden, dann würden wir es anders machen?

Es spricht Herr Eibes:

Es gibt natürlich auch Konfliktpotential. Das ist zum einen der Flächenverbrauch. Es gibt natürlich einen Flächenverbrauch, um die nachwachsenden Rohstoffe zu produzieren. Eine Biogasanlage mit 500 kW benötigt 250 ha Fläche. Man kann sich ausmalen, wenn die Anlagen zu dicht aneinander liegen, dass dann Probleme mit dem Flächenverbrauch entstehen. Insbesondere in der Eifel, wo es ja schon einige Biogasanlagen gibt, gibt es da Probleme. Aber in unserer Region ist das Potential noch nicht ausgelastet. Weiterhin können steigende Rohstoffpreise die Wirtschaftlichkeit von Anlagen zunehmend infrage stellen. Ich spreche mich dafür aus, dass Biogasanlagen in der Regel in Zukunft nur genehmigt werden sollen, wenn auch eine entsprechende Wärmeabnahme konzipiert ist. Sie müssen davon ausgehen, der Wirkungsgrad besteht zu zwei Drittel aus Wärmeabnahme und nur zu einem Drittel aus der Abnahme von elektrischer Energie. Das können Sie auf Dauer nur wirtschaftlich gestalten, wenn eine entsprechende Wärmeabnahme da ist. Das ist bei uns der Fall. Und deswegen denke ich, wird unser Konzept auf lange Sicht funktionieren.



Es spricht Herr Dietz:

Das wünschen wir Ihnen natürlich auch. Eine letzte Frage: Wenn diese Landräte oder Bürgermeister für ihre Region Energiekonzepte aufstellen wollen, worauf müssen Sie dann achten? Was wollen Sie Ihnen mit auf den Weg geben?

Es spricht Herr Eibes:

Wichtig ist es, sich nicht entmutigen zu lassen. Bei allem was man tut, stößt man natürlich auf Widerstände.

Vieles wird zunächst als unmöglich dargestellt, auch bei uns war das der Fall. Wir haben uns nicht entmutigen lassen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist es, ganz offen mit der Bevölkerung umzugehen. Man darf der Bevölkerung nicht ein X für ein U vormachen, man muss ganz offen darüber reden, wie das Konzept aussieht. Man muss die Nachteile wie die Vorteile transparent darlegen. Damit sind wir sehr gut gefahren. Ich denke, dass die Bevölkerung auf dem heutigen Stand der Diskussion sehr offen für diese Dinge ist. Die Bevölkerung erwartet auch von uns, dass wir die regenerativen Energien für eine Verbesserung der Zukunft einsetzen.

Es spricht Herr Dietz:

Herzlichen Dank, und ich denke alle sind sehr willkommen, sich die Energielandschaft in Morbach anzuschauen, herzlichen Dank Herr Eibes.

Die Versorgung in ländlichen Räumen hat noch mehr Facetten. Wenn man früher über Infrastruktur nachgedacht hat, dann war man schnell bei Straßen und dann war man schnell beim ÖPNV. Heutzutage wird man immer mehr mit der Frage konfrontiert, sei es jetzt, wenn man mit Familien zu tun hat oder wenn man mit Gewerbebetreibenden zu tun hat: Gibt es denn dort einen schnellen Internetanschluss. Wenn man dann keine gute Antwort hat, dann ist es meist ein KO-Kriterium, was die Standortansiedlung angeht. Ich darf bei mir Frau Marion Gutberlet begrüßen, Regionalplanerin bei der GfL (Gesellschaft für Landentwicklung) und Regionalmanagerin im Norden des Landes, in der Raiffeisenregion. In dieser Funktion hat sie sich im ländlichen Raum schon des Öfteren mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Ist es denn so, dass der ländliche Raum abgehängt wird, wenn er keinen Zugang hat zu schnellen Datenströmen?

Es spricht Frau Gutberlet:

Ich kann dem, was Sie bereits gesagt haben, nur zustimmen. Der ländliche Raum profitiert ganz ungenutzt von schnellen Internetverbindungen, er profitiert davon, wenn er nicht abgehängt wird. Mir ist der Begriff ländlicher Raum zunächst zu pauschal. Da gibt es zum einen die Gewerbebetreibenden und die Industriebetriebe. Auf der anderen Seite stehen die Einwohner. Wenn wir zunächst mittelständische Betriebe betrachten, dann ist es von ganz entscheidender Bedeutung, nicht nur schmalbandig zu kommunizieren sondern breitbandig. Insgesamt geht es darum, Wirtschaftskreisläufe zu stärken, in dem man schnelles Internet ermöglicht. Auch wenn es um den internationalen Wettbewerb geht ist Breitband eine wichtige Grundlage.

Insgesamt sind schnelle Internetverbindungen also sehr wichtig, um Arbeitsplätze in der Wirtschaft zu erhalten und zu schaffen. Arbeitsplätze und Wertschöpfung sind natürlich wichtige Aspekte in ländlichen Räumen, aber auch für normale Menschen im ländlichen Raum ist es wichtig, nicht abgehängt zu werden von schnellen Internetverbindungen. Denn bei aller Wichtigkeit von Arbeitsplätzen und Gewerbe sind natürlich die Einwohner in ländlichen Räumen ganz besonders wichtig. Die normalen Menschen dürfen nicht abgehängt werden, so dass gewährleistet ist, dass die Menschen in den ländlichen Räumen wohnen bleiben. Breitbandinternet ist ein ganz wichtiger weicher Standortfaktor in ländlichen Räumen. Ich nenne nur das Thema Bildung. Gerade wenn es darum geht, Beruf und Familie zu vereinen, kann Breitbandinternet als Grundlage für Telearbeit eine ganz wichtige Voraussetzung sein.

Es spricht Herr Dietz:

Ich kann mir vorstellen, dass so ein weicher Standortfaktor ganz schön hart werden kann, wenn man einem 12-Jährigen erklären muss, dass er an seinem Wohnort keine Filme herunterladen kann. Dann kann dieses Thema auch in Familien sehr schnell zu einer kritischen Diskussion werden, wir müssen gar nicht immer nur an Gewerbe und Industrie denken. Wir wollen jetzt nicht zu technisch werden, trotzdem sollten wir kurz erklären, was denn mit Breitband überhaupt gemeint ist. Sind das dicke Kabel, die irgendwo in der Erde liegen, worum geht es denn eigentlich?

Es spricht Frau Gutberlet:

Breitband heißt ganz einfach schnelle Internetverbindung, ohne jetzt mit Kilobit und so weiter anfangen zu wollen. Es gibt da unterschiedliche Definitionen und Rahmenbedingungen. Es geht also um eine schnelle Internetverbindung, so dass man wirklich Filme herunterladen kann oder spielen kann, wenn ich mal an den privaten Bereich denke. Sie haben die Frage nach dem DSL gestellt. DSL wird oft als Synonym für schnelles Internet verwendet. Ganz oft gibt es aber auch andere Alternativen. Gerade in ländlichen Räumen müssen wir nach anderen Alternativen suchen. Da gibt es Kabel, da gibt es Fernsehkabel, da gibt es Funktechnologien, wie z. B. Wimax-Technologien oder ganz normalen Sichtfunk. Auch Internet über Satellit ist möglich - es gibt sehr viele verschiedene Möglichkeiten. Jedoch nutzen 60 % der Internetnutzer DSL. Also ist es nicht ganz falsch, wenn DSL als Synonym verwendet wird.



Es spricht Herr Dietz:

Es gibt also durchaus technische Alternativen, die vergleichbare Leistungen erbringen können. Es ist klar, dass es auch einen wirtschaftlichen Faktor gibt, wenn man schnelles Internet in der Fläche anbieten will und zu wenige Nutzer hat. Ist das das einzige Hindernis?

Es spricht Frau Gutberlet:

Die fehlende Wirtschaftlichkeit ist natürlich der Hinderungsgrund Nummer 1, das muss man ganz klar sagen. Die Kommunen hören es immer wieder: Es lohnt sich nicht, bei 500 oder noch weniger Abnehmern neue Kabel zu verlegen, um es beispielhaft zu verdeutlichen. Oft ist es aber auch so, dass einfach das falsche Kabel im Boden liegt, welches nicht internetfähig ist. Oft ist es so, dass die Vermittlungsstellen, die Knotenpunkte zu weit weg sind. Das sind spannende technische Details, die ich jetzt nicht weiter ausführen möchte. Oftmals ist die Struktur der Landschaft der Hinderungsgrund. Bei hügeliger Landschaft müssen einfach sehr viele Antennen aufgestellt werden. Theoretisch hat man mit einer Antenne eine Reichweite von 3 km. Oftmals ist es aber so, dass pro Ortsgemeinde eine Antenne aufgestellt werden muss, weil natürliche Hindernisse dazwischen liegen.

Es spricht Herr Dietz:

Jetzt stellt sich die Frage - Herr Minister Hering hat es angekündigt - welche Möglichkeiten denn die Breitbandinitiative der Landesregierung eröffnen wird. Deswegen frage ich Sie: wofür wird denn Geld gebraucht und was können die Kommunen vor Ort konkret tun?

Es spricht Frau Gutberlet:

Was die Kommunen vor Ort tun können und auch tatsächlich tun ist, eine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion zu übernehmen. Z. B. kommen Anbieter in eine Region und sagen: wir würden ja eine Antenne aufstellen, aber wir bräuchten schon mindestens 50 Abnehmer. Das ist für die Kommunen ein wichtiges Kriterium im ländlichen Raum, Mindestabnehmerzahlen präsentieren zu können. Teilweise kann auch ab 20 Abnehmern schon eine Antenne aufgestellt werden. Um jetzt mal herauszubekommen, wie viele potentielle Abnehmer es denn gibt, sind Kommunen die ersten Ansprechpartner, um etwa Informationsveranstaltungen durchzuführen. Es geht also darum, zu informieren und das Interesse abzufragen. Natürlich können die Kommunen auch schulen, vor allem in neuen Informationstechnologien. Es gibt auch die Erfahrung, dass Menschen in ländlichen Regionen weniger interessiert sind an der Nutzung von Breitbandinternet, auch hier können die Kommunen auf das Interesse bei den Bürgern Einfluss nehmen.

Es spricht Herr Dietz:

Gibt es denn konkrete Pläne und Projekte? Gibt es denn Punkte, bei denen die Kommunen sagen, hier müssen wir dringend handeln? Sind Sie da schon ein Stück weiter?

Es spricht Frau Gutberlet:

Die Kommunen sind ganz einfach auf der Suche nach Alternativen, nach Alternativen z. B. zu dem DSL, das die Telekom anbietet. Es gibt z. B. die Möglichkeit, über das Fernsehkabel Ansätze zu praktizieren. So ist es auch bei uns in der Raiffeisenregion. Ein Drittel der Leute können mit DSL versorgt werden, ein weiteres Drittel ist an das Fernsehkabel angeschlossen. Aber was ist jetzt mit dem restlichen Drittel? Das sind dann Kommunen oder Ortsteile, die überhaupt keinen Zugang zu dem Breitband haben. Hier sind die Kommunen dabei, über Funktechnologien nachzudenken. Es müssen also Antennen aufgestellt werden und Empfänger an den Häusern angebracht werden.

Es spricht Herr Dietz:

Es sind also die Kommunen gefordert, den Status quo festzustellen und zu informieren. Natürlich sind die Kommunen selber gespannt darauf, welche Möglichkeiten sich denn durch die Breitbandinitiative bieten. Schnelles Internet wird also mit Sicherheit eine sehr wichtige Infrastruktur sein. Vielen herzlichen Dank, Frau Gutberlet.

Nachdem wir viele einzelne Aspekte intensiv beleuchtet haben, darf ich jetzt Herrn Stefan Braunewell bei mir begrüßen. Herr Braunewell ist Vorsitzender der Landjugend Rheinhessen-Pfalz. Er ist damit quasi beruflich und auch ehrenamtlich der Vertreter der Jugend im ländlichen Raum. Der Vertreter der gesamten Jugend im ländlichen Raum? Wie ist mittlerweile die Zusammensetzung der Landjugend?

Es spricht Herr Braunewell:

Wir haben in ganz Rheinland-Pfalz ca. 5.000 Mitglieder. Früher war die Landjugend stark landwirtschaftlich orientiert. Heute sind es ca. 10 % landwirtschaftliche Mitglieder. Die restlichen 90 % der Mitglieder beschäftigen sich einfach damit, das Leben im ländlichen Raum mitzugestalten.

Es spricht Herr Dietz:

Das passt natürlich bestens zu diesem Forum. In der Vorbereitung haben wir festgestellt, es gibt von der Landjugend ein Positionspapier für die Entwicklung der ländlichen Räume. Da stehen ganz viele Dinge drin, die sehr gut zu dem passen, was uns der Herr Minister Hering vorhin vorgestellt hat. Viele Aspekte sind in beiden Papieren benannt. Ein Aspekt beschäftigt sich vor allem mit der Entwicklung der Dörfer, speziell der Dorfkerne. Worauf kommt es da an?

Es spricht Herr Braunewell?

Uns ist es ganz wichtig, dass intakte Dörfer und intakte Dorfgemeinschaften nur existieren können, wenn auch der Dorfkern geschlossen ist. Wenn wir durch Rheinland-Pfalz fahren, dann fällt uns immer mehr auf, dass es viele Neubaugebiete gibt, in denen man Bauplätze kaufen kann. Wenn man aber dann in die Dorfmitte fährt, dann fallen viele Gebäude auf, die nicht genutzt sind und verfallen, so dass der Dorfkern unattraktiv ist. Uns ist es wichtig, dass man Anreize schafft, in den Dorfkern zu investieren. Das kann heißen, Denkmalschutz wirtschaftlicher und unbürokratischer zu gestalten. Das kann weiterhin heißen, Fördermittel für die Investition in die Dorfkerne zur Verfügung zu stellen.

**Es spricht Herr Dietz:**

Das Thema, das wir eben hatten, hat auch einen wichtigen Stellenwert im Papier der Landjugend. Wie sieht es mit der Breitbandversorgung aus? Wie wichtig ist das?

Es spricht Herr Braunewell:

Wir halten Breitband ebenfalls für essentiell in den ländlichen Räumen. Vor allem geht es darum, Arbeitsplätze zu schaffen. Wir glauben aber auch, dass die ländlichen Räume attraktiv bleiben müssen zum Wohnen. Wenn sie zum Wohnen attraktiv sind, dann heißt das auch, dass man dort arbeiten kann. Beides funktioniert nur, wenn ich Zugang habe zu moderner Breitbandtechnologie, zu Kommunikationsinfrastruktur. Ohne das geht's nicht. Für uns heißt das beispielsweise, dass ein Call-Center, das in Frankfurt steht, genau so gut hier in Stromberg stehen könnte. Wenn die Breitbandtechnologie da ist, können sie hier Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Dadurch werden die Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum wesentlich verbessert.

Es spricht Herr Dietz:

Man könnte also den Spieß herumdrehen. Wir bieten also unsere Vorteile an. Viele Unternehmen wollen sich ja im ländlichen Raum ansiedeln, damit werden dann die Pendlerströme umgedreht. Eine weitere Frage ist die Frage, was für Kinder und Jugendliche getan wird. Damit setzt sich die Landjugend seit Jahren naturgemäß auseinander. Was muss in diesem Bereich passieren?

Es spricht Herr Braunewell:

Zukunft für Kinder und Jugendliche heißt, dass Familien Zukunft haben. Zukunft für Kinder und Jugendliche heißt auch, dass wir Anreize schaffen müssen, junge Familien in den Dörfern zu halten.

Das heißt, wir brauchen eine Kinderbetreuungsinfrastruktur. Junge Familien müssen wählen können. Sie müssen wählen können, ob sie die Kinder zur Betreuung geben wollen oder nicht. Wir als Landjugend wollen die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen verbessern und investieren dafür vor allem sehr viel ehrenamtliches Engagement. Das ist eine Leistung, die der Staat so nie erbringen kann, deswegen erhoffen wir uns in diesem Bereich finanzielle Unterstützung.

Es spricht Herr Dietz:

Brauchen wir denn im Bereich der Kleinkinderbetreuung weitere Projekte in den Dörfern?

Es spricht Herr Braunewell:

In diesem Bereich gibt es ja schon einige Ansätze, wie z. B. die Mehrgenerationenhäuser. Ich denke man muss offen sein für alles. Auch wenn es schwer fällt darüber nachzudenken, Grundschulen zusammenzulegen, oder mehrere Klassen innerhalb einer Schule zusammenzulegen, müssen wir schauen, dass wir für alle Varianten offen bleiben. Wir müssen unbedingt die Zukunftschancen erhalten. Denn wenn wir die Jugend im ländlichen Raum verlieren, verlieren wir auch die Zukunft im ländlichen Raum.

Es spricht Herr Dietz:

Sie haben in Ihrem Positionspapier u. a. auch geschrieben: Gewerbegebiete gemeinsam entwickeln und die Einnahmen teilen. Das hört sicherlich der eine oder andere sehr gerne, andere hören diesen Vorschlag nicht so gerne. Wie stellen Sie sich das vor?

Es spricht Herr Braunewell:

Hier sind über 62 Ortsbürgermeister und Landwirte, habe ich vorhin gehört. Sie werden das sicherlich nicht ganz so gerne hören. Meiner Meinung nach gehört das zum Thema Dorfentwicklung dazu. Wenn man hier durch die Ortschaften fährt, dann sieht man überall Gewerbegebiete. Manche Gemeinden haben sogar 2 Gewerbegebiete. Warum gibt es so viele Gewerbegebiete? Weil die Gemeinden abhängig sind von den Gewerbesteuern. Die Gewerbegebiete sind z. T. nicht ausgelastet und werden auch nie ausgelastet sein. Unser Ansatz ist der Ansatz der interkommunalen Zusammenarbeit. Verschiedene Kommunen nehmen sich einen infrastrukturell günstigen Standort, errichten dort ein Gewerbegebiet und teilen sich dann auch die

Einnahmen. Das ist die einzige Möglichkeit, wie es weitergehen kann. Das ist für uns als Landjugend auch deshalb wichtig, weil die vielen Mitglieder von uns, die ja alle hier wohnen, sich auch hier erholen wollen. Wenn ich überall ein Gewerbegebiet habe, ist das Erholungspotential der Region beeinträchtigt. Weiterhin ist uns auch das Thema Flächenverbrauch sehr wichtig. Das ist vor allem für die Junglandwirte unter uns sehr wichtig. Jeden Tag verlieren wir ca. 150 ha landwirtschaftliche Fläche. Wenn wir der Nachfrage in der Nahrungsmittelproduktion und in der Energieproduktion nachkommen wollen, dann bräuchten wir eigentlich 200 ha landwirtschaftliche Fläche pro Tag mehr.

Es spricht Herr Dietz:

Hier sind Nutzungskonflikte natürlich vorprogrammiert. Die Landjugend schlägt einige Lösungsansätze vor. Ein letztes Statement von Ihnen. Was ist entscheidend dafür, dass es wirklich gute Perspektiven in den ländlichen Räumen gibt?

Es spricht Herr Braunewell:

Entscheidend ist das ehrenamtliche Engagement, das in den ländlichen Regionen besonders ausgeprägt ist. Weiterhin ist es wichtig, dass wir alle gemeinsamen Wege gehen. Alle Menschen, die heute hier sind und alle Menschen im ländlichen Raum müssen zusammen anpacken. Nur wenn alle an einem Strang ziehen, kann es weitergehen. Die Rahmenbedingungen dafür sollen jetzt geschaffen werden. Herr Minister Hering, Ihr Positionspapier steht aus. Wir sind sehr gespannt darauf, was Sie uns alles für Vorschläge unterbreiten.

Es spricht Herr Dietz:

Herzlichen Dank. Wir hatten eben schon eine wunderbare Überleitung darin. Das war gar nicht so abgesprochen. Umso besser. Herr Braunewell sagte es zum Schluss: Das Engagement der Menschen ist letztendlich das entscheidende.

Eine Spezialistin für die Netzwerkarbeit mit den Menschen in ländlichen Räumen haben wir jetzt zu Gast. Ich freue mich, Frau Ute Vieting bei mir begrüßen zu dürfen. Sie ist Regionalmanagerin in der Region Hesselberg in Bayern. Frau Vieting hat dort etwas ganz erstaunliches auf die Beine gestellt, in ihrer Funktion, eine Region über Jahre hinweg zu entwickeln. Ich denke, als erstes sollten Sie uns daran teilhaben lassen, was denn in der Region Hesselberg an Strukturen in den letzten Jahren gewachsen ist.

Es spricht Frau Vieting:

Guten Tag allerseits, bei uns in der Region Heselberg hat es im Jahre 2002 mit der Regionalentwicklung begonnen. Wir haben mittlerweile das Prinzip der drei Säulen verwirklicht. Das ist unser Basisnetzwerk, das wir gegründet haben.

Die erste Säule ist ein Zusammenschluss der Kommunen. Wir haben einen interkommunalen Zusammenschluss von 25 Kommunen, den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der Region. Die Region hat 70.000 Einwohner. Diese Entwicklungsgesellschaft GmbH ist die Säule für die regionale Politik, für die Kommunalverwaltungen. Dann haben wir eine zweite Säule. Das ist die Säule der regionalen Akteure. Darin sind die LAGen (Lokale Aktionsgruppen) gebunden. Diese Säule beinhaltet aber auch die Interessengemeinschaften, die Kirchen, die Vereine und die Verbände, wie z. B. den Bauernverband. Auch Privatpersonen sind hier vertreten, wie z. B. Hausfrauen oder Gruppen. Wir haben in der Lokalen Aktionsgruppe etwa 70 Mitglieder. Dahinter stehen jedoch mittlerweile 2.000 Akteure, die sich in den Regionalentwicklungsprozess einbringen.

Es spricht Herr Dietz:

Haben Sie 2.000 gesagt? Wir sind ja hier ein größeres Forum. Aber wenn man 2.000 Leute organisieren will, dann braucht man ja kleinere Strukturen, kleinere Arbeitsgruppen. Können Sie das ein wenig illustrieren?

Es spricht Frau Vieting:

Es funktioniert ein bisschen nach dem Schneeballprinzip. Das ist ein Aspekt. Das heißt, wir haben nicht auf wenige große Projekte gesetzt, wie das häufig der Fall ist. Das hatte man mir zunächst geraten: Frau Vieting, gehen Sie ein großes Projekt an, dann kriegen Sie den ganzen Prozess leicht ins Rollen. Ich habe aber gesagt, dass wir die Menschen erreichen müssen, die das ganze am Ende alle mittragen. Deswegen haben wir viele kleine Projekte. Wir haben also viele Ansprechpartner, die sich mit diesen Projekten identifizieren und die dort mitmachen. Es ist jetzt im Grunde so, dass sich bei unseren Projekten, ich nenne hier als Beispiel das Projekt Fränkische Moststraße, neue Vereine gegründet haben. Es entstehen also weitere Initiativen, die wir gar nicht initiieren, sondern die von selbst entstehen. Das meine ich mit dem Schneeballprinzip. Der andere wichtige Aspekt bei der Arbeit mit den Akteuren ist das Menschliche. Ich möchte hier speziell die Politiker ansprechen, ich bitte um Nachsicht, nehmen Sie es doch als

einen guten Rat. Wir müssen die Menschen, mit denen wir arbeiten, wertschätzen und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt unserer Arbeit. Wenn ich mich als Regionalmanagerin oder wenn Sie sich als Politiker am Ende für die Presse vor das Projekt stellen und es als ihr Projekt präsentieren, dann werden die Menschen an Interesse verlieren, weil sie sich nicht wertgeschätzt fühlen. Wenn es ihnen aber gelingt, die Projekte zunächst zu initiieren und zu unterstützen, sich dann aber wieder zurückzunehmen, und zu sagen, dies ist ein Projekt von allen, dann hat das den Effekt, dass sich die Akteure wertgeschätzt fühlen und dem Prozess vertrauen. Dann wird aus der Idee, aus der Theorie auch wirklich ein Handeln, ein nachhaltiges Handeln.

**Es spricht Herr Dietz:**

Jetzt sind wir ja schon mitten im Thema. Alle die hier sind, haben schon einige Erfahrungen mit solchen Regionalentwicklungsprozessen. Einige Regionen sind schon eine Weile dabei, andere sind erst vor kurzem eingestiegen. Für manche Politiker ist es natürlich eine große Herausforderung, sich an solche Prozesse zu gewöhnen. Die Politiker sind hier in einer ganz neuen Rolle gefordert. Was müssen denn politisch Verantwortliche lernen, um in diesen Prozessen erfolgreich zu sein?

Es spricht Frau Vieting:

Das ist eine gute Frage. Ich kann das immer nur aus meinen Erfahrungen aus der Region vermitteln. Ich möchte nicht sagen, dass es ein Patentrezept ist. Wir arbeiten mit 25 Kommunen zusammen. Zum einen ist es auch in der interkommunalen Zusammenarbeit wichtig, den Aspekt der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu erreichen. Das ist uns in den 7 Jahren mittlerweile sehr gut gelungen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen mittlerweile zu den Projekten. Das ist ein wichtiger Punkt. Der andere Punkt ist der, dass wir uns ständig weiterentwickeln.

Wir sind es gewohnt, in bestimmten Strukturen zu denken und zu handeln. Es kommt darauf an, auch mal die Perspektive zu wechseln. Es kommt darauf an, auch einmal zu hinterfragen, wie versteht denn der Bürger mich. Ich muss mir vor Augen halten, wie ich mich fühlen würde, wenn mich mein Bürgermeister ansprechen würde. Das heißt z. B. die 25 Bürgermeister treten also in dem Arbeitskreis mal in den Hintergrund, und begeben sich in die Funktion eines Mitgliedes in einem Arbeitskreis und stellen sich somit in die Reihe aller. Wenn so etwas gelingt, dann können Prozesse auch leichter entstehen und wachsen, weil dann auch der Mut da ist.

Das ist für mich eine der Kompetenzen, die wir alle lernen müssen. Wir müssen uns alle weiterentwickeln. Zu dieser Weiterentwicklung gehört auch, uns in unterschiedlichen Rollen gut auszukennen. Das heißt also, mit einem Minister genauso gut reden zu können wie mit einem Mitbürger in einem Projekt.

Es spricht Herr Dietz:

Das heißt also, sich als Bürgermeister weder ganz herauszunehmen noch sich direkt vor jedes Projekt zu stellen, sondern sich mitten in das Geschehen hineinzubegeben.

Es spricht Frau Vieting:

Wir haben etliche Bürgermeister, die in unserem Prozess Projektleitungen übernommen haben. Und das nicht mehr mit dem Kirchturmblick sondern mit dem regionalen Blick. Und auch mit der Kompetenz, sich in die Reihe aller Mitglieder im Arbeitskreis zu stellen. Sie bringen natürlich gleichzeitig all die Erfahrungen ein, die ein Bürgermeister in so einem Projekt hat.

Es spricht Herr Dietz:

Sie haben uns deutlich gemacht, dass es für alle Beteiligten ein Lernprozess ist, der sich mit Sicherheit aber auch lohnt. Ein anderer Aspekt, der bei der Betrachtung ihrer Struktur auffällt, ist, - vor allem wenn man auch die dritte Säule betrachtet - dass es Ihnen gelungen ist, auch die lokale Wirtschaft breit einzubeziehen. Es hat sich eigentlich gezeigt, dass es gar nicht typisch ist für Regionalentwicklungsprozesse, dass die Wirtschaft so breit mit dabei ist. Wie haben Sie es geschafft? Wie konnten Sie in der Region Hesselberg die Unternehmen maßgeblich mitbeteiligen?

Es spricht Frau Vieting:

Uns ist nach 2 Jahren Regionalentwicklung klar geworden, dass wir eigentlich kaum Unternehmer in den Prozessen mit dabei haben. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist. Ich habe es oft gehört, dass es ähnlich läuft. Wir haben gesagt, dass kann nicht angehen, denn eine der wichtigen Säulen in der Region ist die Wirtschaft. Sei es, dass sie Arbeitsplätze und Lehrstellen schafft oder sei es, dass sie den Kommunen Einnahmen bringt. Wir haben also versucht, die Wirtschaft breit mit einzubeziehen. Um den Unternehmer zu betrachten, müssen wir wieder einen Perspektivenwechsel anstellen. Wir müssen uns anschauen, wie ein Unternehmer arbeitet. Ein Unternehmer arbeitet sehr zielorientiert. Wenn ich in 25 Kommunen etwas machen will, dann muss ich durch 25 Gremien hindurch. Das hält ein Unternehmer gar nicht aus. Also haben wir gesagt, wir müssen ein anderes Instrument finden. Wir haben 2003 eine sehr große Konferenz durchgeführt, eine Zukunftskonferenz Wirtschaft. Dabei haben wir in zweieinhalb Tagen mit 160 Leuten zusammen gearbeitet. Wir haben nicht, so wie Sie, konferiert, sondern wir haben in kleinen 8er-Gruppen zusammen gesessen. Wir haben dabei richtig Zukunftsarbeit betrieben. 60 % der Teilnehmer waren Unternehmer. Die anderen 40 % waren Bürgermeister und andere Vertreter aus der Region. Seitdem ist eine neue Philosophie entstanden aus dem „man müsste machen oder Berlin müsste machen oder Brüssel müsste machen“ ist ein „wir müssen machen“ geworden. Aus dieser Konferenz heraus hat sich unsere dritte Säule gebildet. Es hat sich die regionale Wirtschaft zusammengeschlossen zur Hesselberg AG. AG steht nicht für Aktiengesellschaft, sondern für Aktionsgruppe. Darin sind etwa 50 Unternehmen aus der Region organisiert. Diese haben im Schnitt 5,5 Mitarbeiter. Sie sehen also, es sind nicht nur die großen Unternehmen, es ist ein breiter Schnitt durch die Unternehmenslandschaft. Es sind größere Unternehmen dabei, aber auch Ein-Personen-Unternehmen. Diese Unternehmen sagen gemeinsam: Wir wollen die Region stärken.

Es spricht Herr Dietz:

Können Sie näher illustrieren, was dabei an Projekten entsteht, wenn die Wirtschaft wirklich breit mit im Boot sitzt.

Es spricht Frau Vieting:

Ja, natürlich. In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen etwas ganz spannendes verraten. Das hätte ich selbst vorher nicht gedacht.

Ich dachte, die Unternehmen wollen Gewerbegebiete, günstige Bauplätze, Autobahnanschlüsse. Das wollen die Unternehmen ganz und gar nicht. Die Unternehmer sagen: Wir wollen eine starke Region. Wir brauchen eine bestimmte Lebensqualität im ländlichen Raum, in dieser Region. Wir wollen, dass sich unsere Fachkräfte hier wohl fühlen, so dass wir sie hier halten können. Wir wollen, dass wir hier mit unseren Kunden vernünftig Essen gehen können und dass es hier auch Hotels gibt, wo unsere Kunden adäquat übernachten können. Weiterhin muss der Freizeitwert stimmen und andere Aspekte in dieser Richtung sind uns wichtig. Die Unternehmer wünschen sich also ganz andere Dinge, als ich ursprünglich dachte. Das kam aber nur durch den Dialog heraus. Sonst hätte der Bürgermeister weiterhin gedacht, dass die Unternehmen vor allem Straßen und Gewerbegebiete brauchen. Die Unternehmer hätten gemerkt, der Bürgermeister versteht uns nicht. Diese Sichtweise hat z. B. dazu geführt, dass die Unternehmen jetzt regionale Projekte unterstützen, z. B. Projekte im Zusammenhang mit dem Limes. Sie unterstützen auch eine Ausbildungsstelle bei uns in der Geschäftsstelle. Im Verbund mit einem anderen Unternehmer haben wir eine Ausbildungsstelle eingerichtet. Die Unternehmer finanzieren auch die Hesselberg Zeitung. Ich habe ein paar Exemplare draußen ausgelegt. Sie unterstützen regional herausragende Projekte. Sie versuchen damit, mehr Lebensqualität, mehr regionale Stärke in die Region Hesselberg zu bringen und machen damit den Kommunen und auch den Bürgern, also der ersten und der zweiten Säule ein hervorragendes Angebot zur Zusammenarbeit. Somit haben wir unsere drei funktionierenden Säulen.

Es spricht Herr Dietz:

So haben Sie also Ihre drei Säulen optimal zusammengeführt. Nun klingt das ja alles manchmal ein wenig technisch. Ob das jetzt die Verfahren der Beteiligung in Leader, in ILE oder in anderen Entwicklungsprozessen sind. Wie organisieren Sie das denn praktisch? Nicht jeder der 2.000 Akteure wird ja nun in gleicher Weise kommunizieren. Können Sie es für uns plastischer machen, wie man diese Netzwerkknoten knüpft, wie diese praktische Netzwerkarbeit aussieht?

Es spricht Frau Vieting:

Wir hatten natürlich Arbeitskreise, so wie Sie sicherlich auch. Mittlerweile sind diese Arbeitskreise jedoch zurückgegangen und wir arbeiten sehr stark in Projektgruppen, also Projekt bezogen. Aus diesen Projekten entstehen dann Netzwerkknoten.

So gründen sich z. B. aus den Projekten heraus neue Vereine. So gibt es den Verein „Kneipen“. Dieser bündelt die Aktivitäten aller Kneipen. Dann gibt es einen Verein, der heißt „Genusserlebnis“, der ist aus einem Projekt entstanden, in dem wir eine ökologische Station im Grünen, im Sinne von Klassenzimmer im Grünen, eingerichtet haben. Die Vereine nehmen die Arbeit selbst in die Hand, in diesem Beispiel sind etwa zwei neue Arbeitsplätze für Naturpädagoginnen entstanden, die Führungen anbieten. Auch die Gastronomie ist eingebunden, es geht wie in einem Schneeballsystem weiter. Unsere Geschäftsstelle des Regionalmanagements ist in diese Themen schon gar nicht mehr involviert. So entstehen neue Netzwerkknotenpunkte. Alle zwei Monate machen wir eine Sitzung des Lenkungsausschusses, hier sitzen dann alle Projektleiter zusammen. Dann sagen z. B. auch Projektleiter, wir haben Probleme bei dem einen oder anderen Projekt. Ein anderer Projektleiter sagt dann z. B., wir haben diese Probleme auch, können wir das nicht zusammen machen? Ohne dass wir als Regionalmanagement großartig dort einsteigen, funktioniert die Weiterentwicklung. Wichtig ist dabei natürlich, dass man das entsprechende Know-how bereit hält, dass man z. B. die Art zu kommunizieren weiter gibt. Weiterhin muss die Projektleitungserfahrung natürlich auch weiter gegeben werden, dass die Arbeit funktioniert.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist mir noch eine Nachfrage wert. Wie erreichen Sie diese Art von Projektarbeit? Denn es kommt ja sehr viel mehr dabei raus, wenn Sie die Leute lediglich dazu befähigen, es selbst zu machen, als wenn Sie sich selbst vor jedes Projekt stellen. Wie schaffen Sie das?

Es spricht Frau Vieting:

Es gibt natürlich einige Leute, die man ein bisschen führen muss. Das muss man dann natürlich auch erkennen und aufgreifen. Z. B. sagen wir dann: Wir organisieren diese Veranstaltung. Wir laden ein, wir machen die Termine, wir organisieren den Ort. Wir gucken, dass alle technischen Rahmenbedingungen verfügbar sind, wenn kopiert werden muss, machen wir das auch. Das sind die einen. Dann gibt es aber andere Menschen, die wollen das einfach selber machen. Da muss man dann wirklich den Mut haben, die Menschen das machen zu lassen. Man muss sie fragen, was sie brauchen, aber dann muss man sich die Gruppe wirklich einarbeiten lassen. Sie werden sich wundern, was dabei herauskommt.

Manchmal war ich zunächst auch ein wenig skeptisch, aber man muss die Leute wirklich arbeiten lassen, und sie werden sich wundern, was dann dabei herauskommt. Es kommen nämlich sehr motivierte, sehr innovative Projekte heraus, die im Wesentlichen von der Basis selbst getragen werden. Diese Projekte hält dann keiner mehr auf.

Ich will noch etwas dazu sagen. Ich bin aus Norddeutschland und arbeite jetzt in Bayern. Ich bin absolut kein Trachtenmensch. Es gab da eine Arbeitsgruppe im Arbeitskreis Tourismus, die wollten diese Hesselberg-Tracht wieder beleben. Das waren etwa 8 Frauen, die kamen zwei Jahre lang regelmäßig zu mir ins Büro und fragten, wann das mit den Trachten endlich losgeht. Ich hatte sie zunächst vertröstet, stellte dann aber fest, dass diese Gruppe nicht zu bremsen ist. Ich habe dann einen Termin organisiert, habe auch die Trachtenexpertin vom Bezirk eingeladen, habe auch ein paar kompetente Schneiderinnen und Schneider eingeladen und dann haben sich diese Leute zusammengesetzt. Dann ging dieses Projekt los. Das Projekt war von Anfang an nicht aufzuhalten. Wir haben mittlerweile 60 Trachtenträger. Das sind keine Museumstrachten, sondern diese Trachten werden tatsächlich getragen. Dabei sind Bürgermeister, die mittlerweile auch diese Trachten haben, die erscheinen zum Gemeindefest in dieser Tracht. Diese Leute erscheinen also im wahrsten Sinne des Wortes, denn das wirkt ja auch ganz anders. In einigen Gemeinderäten haben mittlerweile alle so eine Tracht. Wir sind jetzt schon so weit zu überlegen, diese Trachten in Konfektion zu bringen. Aus diesem Projekt, das zunächst nur die Bürgerinnen und Bürger eingebunden hat, könnte nun sogar ein Projekt werden, das wirtschaftlich selbst tragfähig ist. Das Projekt nützt dann nicht nur dem Schneiderhandwerk sondern sogar einem ganzen Betrieb, welcher die Produktion von Trachten aufnimmt.

Unser Hesselberg hat 698 m. Wenn ich meinen Leuten sagen würde, wir brauchen den Berg auf 700 m, etwa um die Leader-Förderung zu bekommen, dann würde sofort der ganze Trachtenverein mit Schubkarre und Spaten bewaffnet bei mir antreten und fragen, Frau Vieting, wo sollen wir anfangen. Das ist es, was ich Ihnen auch überbringen möchte. Es geht darum, die Menschen mitzunehmen wo sie sind. Es geht darum, bei den Menschen, bei ihrer Emotionalität, bei ihrer Begeisterung anzuknüpfen und sie dort mitzunehmen, wo sie stehen. Wenn Ihnen das gelingt, die Menschen so zu motivieren, dann haben Sie den wichtigsten Schritt getan, um die Menschen zu begeistern und zur Arbeit in den Projekten zu bewegen.

Es spricht Herr Dietz:

Wunderbar. Das kann man fast nicht mehr toppen. Frau Vieting, Sie haben uns auf eine sehr anschauliche Weise dargestellt, was tatsächlich dabei herauskommen kann, wenn man so eine gute Netzwerkarbeit betreibt.

Mein letzter Gesprächspartner in diesem Reigen ist Herr Heribert Metternich, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. Wir haben bei allen unseren Gesprächen immer die Landwirte als eine sehr wichtige Zielgruppe bei allen Initiativen für den ländlichen Raum benannt. Ich selbst verfolge die agrarische Situation in den ländlichen Regionen jetzt auch schon seit vielen Jahren. Die Situation an den Märkten und die Stimmung bei den Landwirten sind besser denn je, ich kann mich nicht erinnern, dass sie mal besser war. Wie ist denn die Stimmung auf dem Land, Herr Metternich?

Es spricht Herr Metternich:

Die positive Stimmung spürt man selbstverständlich. Die Bauernverbände spüren, dass ihre Produkte nachgefragt werden. Sie spüren, dass der Wert ihrer Arbeit wieder anerkannt wird. Das war in der Vergangenheit leider oft anders. Die Gesellschaft hat geglaubt, wenn die Lebensmittelregale voll sind, dann ist unsere Versorgung gesichert. Das hat sich durch Veränderungen auf dem Weltmarkt mittlerweile drastisch gewandelt. Dazu hat kein Verband beigetragen, dazu hat keine Werbung beigetragen. Das sind Entwicklungen, die so auch niemand abgesehen hat. Auch Fachleute haben in der Vergangenheit immer wieder gesagt: Wir müssen die Menschen zu mehr Verbrauch von Fleisch und anderen Lebensmitteln animieren. Wir müssen andere Ernährungsgewohnheiten hervorrufen, um mehr Absatz zu bekommen. Aber dann hat der Markt alles ganz von selbst geregelt. Im fernen Osten sind Gesellschaften zu mehr Wohlstand gekommen. Sie haben ihre Ernährungsgewohnheiten geändert. Dadurch haben sich auch die großen Warenströme, die früher an den Häfen von Hamburg oder Rotterdam anlandeten, geändert. Diese Warenströme gehen jetzt in die Häfen im fernen Osten. Sie werden dort begehrt erwartet, und die Erwartungen auf diesen Märkten werden immer größer. Dazu kommt der technische Fortschritt im Energiesektor.

Mittlerweile ist es möglich, aus den Produkten auf den landwirtschaftlichen Flächen Energie zu gewinnen. Hier spielt auch die Steigerung des Rohölpreises derart eine Rolle, dass nämlich die Kapitalanleger in den USA ihr Geld auf den Bioethanolmärkten anlegen.

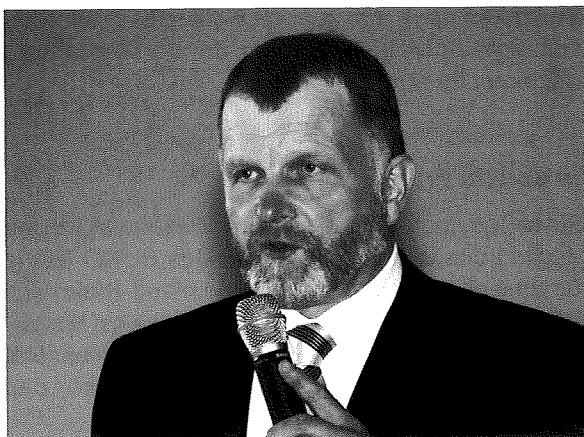
So haben die USA in 2006 50 % ihrer Maisernte in Bioethanolwerken zu Treibstoffen verarbeitet. Das hat auf dem Weltmarkt sofort ein riesiges Loch auf dem Getreidesektor gegeben. Sofort stieg die Nachfrage nach Weizen enorm an. Durch diesen Effekt wurde auch die Nachfrage nach allen Getreidesorten stark nach oben getrieben. Mittlerweile haben wir diese Situation, dass die Getreidelager auf der Welt leer sind. Wir leben also im Bereich Getreide von der Hand in den Mund. Die Bauernfamilien merken, dass ihre Produkte vor Ort und überregional wieder nachgefragt werden.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist natürlich eine Entwicklung, die man genau beobachten muss. Man muss auch aufpassen, dass es keine Übertreibungen in die eine oder in die andere Richtung gibt. Kommen wir von der Weltmarktbedeutung wieder zur regionalen Rolle der Landwirtschaft, die Sie ja auch schon angesprochen haben. Inwieweit verändert diese neue Rolle der Landwirtschaft die Bedeutung der Landwirtschaft insgesamt?

Es spricht Herr Metternich:

Diese neue Rolle der Energieerzeugung kann in Zukunft eine wichtige Bedeutung erlangen, aber ich denke, die Hauptaufgabe der Landwirtschaft wird es auch in Zukunft sein, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Natürlich ist der Energiesektor eine ganz wichtige Sache, hier kann die Landwirtschaft zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes beitragen. Hier kann die Landwirtschaft ihre umweltpolitische Bedeutung weiter ausbauen, aber ich denke, dass wir in erster Linie die Nahrungsmittelproduktion betrachten müssen und erst sekundär die Energieerzeugung. Das ganze wird sicherlich auch von der Situation in den einzelnen Betrieben, vom Arbeitskräftebesatz, von der Kapitalverfügbarkeit und auch von der Einstellung der Landwirte abhängen.



Es wird sicherlich auch von der Situation vor Ort und von den Standorten möglicher Biogasanlagen abhängen, viele Faktoren spielen hier eine Rolle. Die Energiegewinnung wird ein wichtiger Baustein der landwirtschaftlichen Produktion der Zukunft sein.

Es spricht Herr Dietz:

Diese klare Prioritätensetzung bietet auch eine gute Orientierung. Die Landwirtschaft ist ja in der Region für viele ein wichtiger Partner, sei es was die Primäraufgabe der Nahrungsmittelproduktion angeht, andererseits aber auch im touristischen Bereich. Welche Beiträge kann die Landwirtschaft leisten? Man hört viel von Interessenkonflikten und Nutzungskonflikten die es tatsächlich gibt. Wie kann das Zusammenspiel insgesamt aussehen?

Es spricht Herr Metternich:

Zunächst hat die Landwirtschaft ja selbst Möglichkeiten, Freizeitangebote zu machen. Wir haben ja schon die Urlaube auf den Bauernhöfen. Aber ich denke auch im Zusammenspiel zwischen der Gastronomie und der Landwirtschaft können wir ganz hervorragende Produkte auf dem Ernährungssektor liefern. Ebenfalls ist es bekannt, dass unser Weinbau weltbeste Qualitäten liefert. Es ist wichtig, dass wir diesen Qualitätsfaktor auch in die Gastronomie einbringen. Ich habe bei einer Veranstaltung vor kurzen an der Mosel gesagt: In dem Wein schmeckt man die Liebe zur Heimat an den steilen Moselhängen. Ich denke, dass sind Dinge, die wir nach draußen verkaufen müssen. Wir müssen die Herzen der Menschen öffnen für ihre Heimat, für ihre Region und für die Produkte, die dort erzeugt werden. Denn dann entsteht ein Gefühl, dass die Menschen, die Region und die Heimat verbindet. Ich denke, dass wird für die Zukunft ganz wichtig sein. Ich habe es immer mit etwas Unbehagen gehört, wenn ein großer Reiseunternehmer in seiner Werbung den Slogan präsentiert hat: „Nichts wie weg“. Von dieser Mentalität müssen wir uns verabschieden. Wir müssen erkennen, dass wir dort wo wir leben, dort wo wir arbeiten, auch genießen wollen, z. B. in der Touristik. Wir müssen erkennen, dass wir eine Region haben, die ihre speziellen Eigenheiten hat, die spezielle Produkte zu verkaufen hat. Das müssen wir auch nach außen vermarkten.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist ja ein flammender Appell, vor allem an das Zusammenwirken. Hier möchte ich auch meine letzte Frage anschließen: Die Zusammenarbeit der Menschen scheint ja eine wichtige Rolle zu spielen,

egal ob man es nun Netzwerkarbeit oder anders nennt. Was ist denn aus Ihrer Sicht das entscheidende Kriterium für eine dauerhafte erfolgreiche Entwicklung in den ländlichen Räumen?

Es spricht Herr Metternich:

Ich denke, ganz wichtig ist es, dass man eine flächendeckende intakte Landwirtschaft erhält. Das ist die wichtigste Voraussetzung, da die Landwirtschaft die Kulturlandschaft erhält und die wichtigen Nahrungsmittel erzeugt. Aber die Landwirtschaft und speziell die Bauernfamilien erhalten auch die Tradition und geben sie weiter. Das ist ganz wichtig für unsere Jugend. Es ist wichtig, dass wir wieder Werte vermitteln können, Werte die in der Vergangenheit verloren zu gehen drohten. Diese Werte haben in den Bauernfamilien immer eine große Rolle gespielt und sie sind bis heute auch existent. Das ist das Zusammenleben der Generationen, der Respekt vor dem Alter, der Respekt vor der Leistung, aber auch der Respekt vor der Schöpfung Gottes. Das sind Dinge, die wir auch bei der Bildung unserer jungen Generationen vielmehr nach vorne stellen müssen. Es ist wichtig, zu vermitteln, dass es Freude macht, in der Natur zu leben, mit der Natur zu arbeiten und die Natur zu achten und zu schützen. Ich denke, dass ist ein wichtiger Faktor in den ländlichen Regionen - mit der Natur zu leben. Das ist eine Aufgabe, die wir alle gemeinsam zu lösen haben.

Es spricht Herr Dietz:

Herzlichen Dank, Herr Metternich.

Ein herzliches Dankeschön an meine 8 Gesprächspartner. Das war eine große Zahl, aber ich glaube, es ist nicht langweilig geworden, denn das waren sehr spannende Themen. Ich darf meine 8 Gesprächspartner jetzt bitten, sich hier vorne an den Tischen zu verteilen, denn jetzt, meine Damen und Herren, sind Sie dran. Jetzt geht es um Ihre Beiträge, um Ihre Fragen und um Ihre Ergänzungen zu diesen Themen. Es geht natürlich auch um die Strategien, um das Strategiepapier, das der Minister vorhin vorgestellt hat. Und es geht auch noch einmal um Netzbildung, um die Frage, wie wir es anstellen, die Menschen mit ihrem großen Engagement in der Region zu beteiligen. Ich möchte Sie nun bitten, den Reigen zu eröffnen. Auch hier gelten die Spielregeln, wie bei den 5 Regionalkonferenzen. Es wird ein Wortprotokoll mitgeschnitten, so dass wirklich nichts verloren geht. Bitte sprechen Sie in die Mikrofone, die wir für Sie vorbereitet haben, fassen Sie sich kurz und knapp, so dass für viele Wortmeldungen Platz bleibt.



Philipp Freiherr von Boeselager:

Ein wichtiger Punkt, den wir mit der Forstverwaltung zusammen aufgegriffen haben, ist die Mobilisierung der Holzreserven. Wir haben 40.000 ha Wald im Kreis Ahrweiler, davon werden 7.000 ha bewirtschaftet. Die Hälfte des Privatwaldes wird bloß bewirtschaftet. Die meisten Privateigentümer sitzen irgendwo und wissen kaum, wo ihr Wald ist. Wir versuchen jetzt, gemeinsam mit der Forstverwaltung, Bewirtschaftungsverträge zu erwirken. Wir haben im Wald große Mobilisierungsreserven, die man mit neuen Strategien aktivieren sollte.

Es spricht Herr Dietz:

Danke für die Wortmeldung, wir nehmen diesen Gedanken noch mal auf. Ich weiß, dass vielerorts Konzepte entwickelt werden, um den Privatwald effizienter zu nutzen.

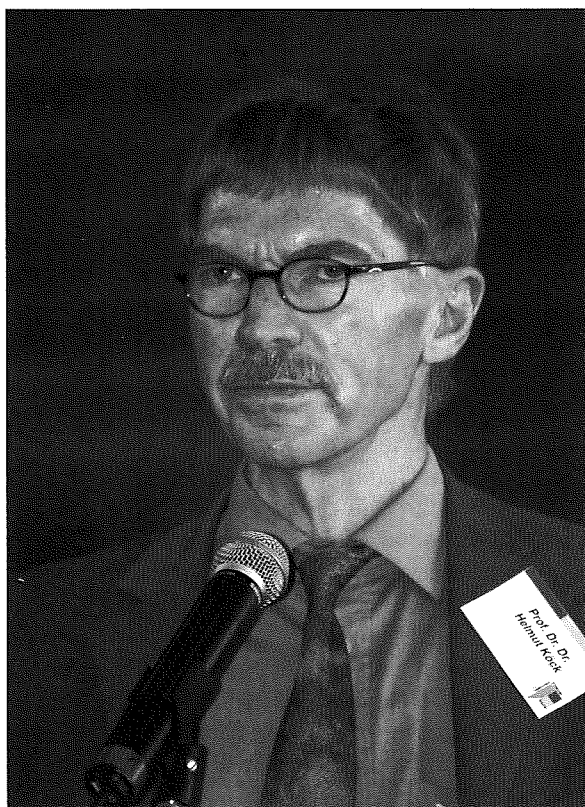
Es spricht Frau Waldmann:

Guten Tag, mein Name ist Heide Waldmann, ich bin Mitglied des Landesvorstandes des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Rheinland-Pfalz). Ich möchte beginnen, mit einem Dank an Herrn Metternich für seinen Appell an die Liebe zur Regionalität und den Produkten der Region. Ich denke, das bringt uns weiter.

Ich schließe eine Frage an: Die Frage bezieht sich auf die Regionalität der Versorgung. Können Sie sich vorstellen, dass man auch über die Regionalität der Versorgung die Regionalität der Produkte stärken kann? Diese Frage geht an Herrn Dr. Steinkamp. Die zweite Frage geht an Herrn Duppré. Ich fand es bestechend, dass Sie den Schülerverkehr in den Linienverkehr integriert haben und nicht umgekehrt. Dann leiden nämlich alle Verkehrsteilnehmer darunter. Frage: Wie haben Sie das mit der sehr eigenen Sitzplatzregelung hinbekommen? Für viele normale Busfahrer ist das doch ein Problem, in einem überfüllten Schülerbus zu steigen. Dann fand ich es noch sehr schön, dass jeder Fahrschüler eine Netzkarte bekommt. Muss er dafür zusätzlich bezahlen, oder ist das auch umsonst? Ich möchte meine Wortmeldung mit einem Dank an die Regierung schließen, dass Sie uns die antiautoritäre Frau Vieting eingeladen haben.

Es spricht Prof. Köck von der Universität Landau:

Ich möchte gerne auf ein Thema zu sprechen kommen, dass mir bis jetzt noch gefehlt hat. Welche Rollen spielen zentrale Orte bei der Erhaltung von ländlichen Räumen? Vor allen die Grund-, Mittel- und Unterzentren sind ja nach wie vor Schlüsselstationen. Ich weiß nicht, wer darauf antworten kann, ich weiß nicht, ob Sie dafür einen spezialisierten Referenten haben. Vielleicht muss Minister Hering selbst darauf antworten.



Es spricht Herr Dietz:

Der Minister wird selbstverständlich am Ende der Veranstaltung eine Zusammenfassung geben. Ich gebe die Frage nach den regionalen Produkten einfach an Herrn Dr. Steinkamp weiter. In wie fern können Sie etwas zu dem Zusammenhang zwischen regionaler Versorgung und regionalen Produkten sagen?

Es spricht Herr Dr. Steinkamp:

Danke für diese Steilvorlage. Es ist so, dass wir einen großen Anteil der Produkte aus den ländlichen Regionen haben. Man kann diesen Anteil etwa mit zwei Drittel beziffern. Die gesamten Backwaren, dass Brot, fast das gesamte Gemüse und etwa die Hälfte des Obstes sowie die Milch und auch der Wein stammen aus der Region. Die Region ist hier mit Sicherheit im Vorteil. Wir sind insgesamt sehr froh, dass wir 65 % unserer Produkte aus der Region anbieten können.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist doch schon einmal ein gutes Wort für alle, die regionale Produkte erzeugen.

Zum Thema ÖPNV. Herr Duppré ich komme zu Ihnen.

Es spricht Herr Duppré:

Ich komme zunächst zu dem Problem mit den Sitzplätzen in den Bussen: Zugegeben, dass gibt gelegentlich Probleme. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen. Wir halten uns natürlich an die Vorgaben, was die Sitzplatzregelung in den öffentlichen Verkehrsmitteln angeht. Das heißt also, auf einer Strecke fahren morgens nicht nur ein Bus zu einer Schule oder zu einem Schulzentrum, sondern drei Busse hintereinander. Diese fahren natürlich nicht zur gleichen Zeit, sondern innerhalb einer Zeitspanne von etwa 15 Minuten. Das führt dann insbesondere dazu, dass vor allem die älteren Schüler konsequent immer den letzten Bus nehmen. Das heißt also, im ersten Bus sind viele Plätze vorhanden, im letzten Bus sind die Plätze überbelegt. Das kommt zugegebenermaßen vor allem am Schulanfang vor. Dem versuchen wir zu begegnen, indem wir regelmäßig mit den Busfahrern Seminare veranstalten. Diese Seminare machen wir seit Jahr und Tag regelmäßig und weisen die Busfahrer auch darauf hin, wie sie in anderen Dingen mit den Schülern umgehen sollen. An manchen Problemlinien schicken wir hin und wieder auch Mitarbeiter mit, die für Ordnung

sorgen sollen. Allerdings regelt sich das nach dem Schulbeginn meistens von selbst.

Zu der zweiten Frage nach dem Netzticket: Außer dem Elternanteil zahlen die Schüler sonst nichts drauf. Bisher haben wir es geschafft, diese Angelegenheit so geregelt zu bekommen. Wie sich das in nächster Zeit darstellen wird, sei einmal dahingestellt. Lassen Sie mich noch etwas zu dem Zentrale-Orte-System sagen. Dieses System, sie wissen es, ist derzeit in der Diskussion. Es gibt Experten, die sagen, man müsse das System der zentralen Orte aufgeben, da es doch zu einer Schwächung der ländlichen Regionen führt. Man wird allerdings ohne ein gewisses Zentralitätsprinzip nicht auskommen. Deswegen ist im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms III das Prinzip der zentralen Orte nicht aufgegeben worden. Wichtig ist es jedoch, dass man darauf achtet, dass diese zentralen Orte auch für alle kleinen Gemeinden erreichbar sind und dass sie tatsächlich eine Zentralitätsfunktion ausüben. Ansonsten sollte man das Prinzip wirklich aufgeben.

Es spricht Herr Elz:

Mein Name ist Horst Elz, ich habe eine Frage zur Breitbandverkabelung im ländlichen Raum. Ich habe von der Telekom eine Absage erhalten für die Verkabelung der Gemeinde, es sei denn, die Gemeinde finanziert das Ganze mit 100.000 €. Das ist natürlich nicht zu bringen. Hinzu kommen die Probleme mit einer Funkverbindung. Auch hier stoße ich auf Schwierigkeiten, da nicht 50 Anschlüsse gewährleistet sind. Welche Möglichkeiten der Zuschüsse gibt es denn, um solche Projekte zu realisieren, auch in Ortsgemeinden, die keine 50 Anschlüsse haben.



Es spricht Frau Braun-Pfaff von der LAG Hunsrück:

Ich habe eine Frage an Herrn Metternich und gleichzeitig an Herrn Braunewell. Ich bin der Meinung, dass die Meinung der Landjugend auch ganz wichtig ist. Sie, Herr Metternich, sprechen vom Respekt vor der Schöpfung. Wie halten Sie es mit der Gentechnik in der Landwirtschaft? Ich denke, auch das ist ein ganz wichtiges Thema und wird sicherlich bei Ihnen diskutiert. Dieses Thema ist für mich noch nicht ausreichend diskutiert worden. Gerade wenn Sie die Schöpfung Gottes erwähnen, wäre es für mich wichtig, dass Sie kurz darlegen, wie der Bauernverband darüber denkt. Ebenfalls ist es für mich wichtig zu erfahren, wie die Landjugend zu diesem Thema steht.

Es spricht Herr Dietz:

Danke erst einmal für die beiden Fragen. Frau Gutberlet, was können wir beim Thema Breitband schon anbieten?

Es spricht Frau Gutberlet:

Sie sprechen ein wichtiges Problem an. Die Telekom verlangt Baukostenvorschüsse von den Kommunen, ähnlich ist es bei den Anbietern von Funklösungen. Bei diesen ist es aber nur teilweise so, wie wir gelernt haben. Meine erste Empfehlung ist es, prüfen Sie verschiedene Anbieter. Es gibt da nämlich auch ganz windige Gesellschaften. Wir haben diese Erfahrungen bereits selbst gemacht, also achten Sie auch auf Referenzen. Es gibt aber auch Anbieter, die z. B. ab 20 Abnehmern attraktive Lösungen anbieten. Ich kann Ihnen gerne nachher im Gespräch sagen, wer das ist. Diese Unternehmen fordern teilweise Zuschüsse für die Hardware. Damit ist z. B. die Antenne gemeint, die am Haus befestigt werden muss. Ich spreche hier von Beträgen von etwa 300 €. Es gibt da natürlich Möglichkeiten für die Kommunen, in Vorleistung zu treten. Ansonsten möchte ich den Ball gerne noch Herrn Minister Hering weitergeben, der sicherlich auf dieses Thema noch eingehen wird. Ich meine die Breitbandinitiative. Es gibt eine Pressemitteilung von letzter Woche. In dieser Pressemitteilung sind auch konkrete Summen benannt. Mit ist allerdings noch nicht klar, wie diese Förderung aussehen kann. Aus meiner Sicht wäre eine Unterstützung der Kommunen bei den Baukostenzuschüssen denkbar. Es ist bekannt, dass es allerdings auch eine Unterauslastung von solchen Antennen gibt. Klar ist, dass mit dieser Initiative keine Subventionierung der Telekom stattfinden kann. Ich könnte mir aber vorstellen, dass man diese einige 100.000 € für die Vorfinanzierung von Breitbandlösungen benutzen kann.

Es spricht Herr Metternich:

Der Bauernverband und die Bauernvertreter beschäftigen sich sehr intensiv mit dem Thema Gentechnik. Die Position des Bauernverbandes ist die, dass genveränderte Organismen erst eingesetzt werden, wenn sie vollständig erforscht sind. Wir fordern deshalb langjährige Erprobungen von genveränderten Organismen, um Gesundheitsrisiken für den Verbraucher ausschließen zu können. Wir sind der Meinung, dass man genveränderte Organismen anbauen kann, wenn diese Risiken auszuschließen sind. Wir fordern weiterhin, dass man eine Koexistenz von konventionellen Pflanzenbau und genveränderten Pflanzen sicherstellen kann. Es muss gewährleistet sein, dass derjenige, der weiterhin keine genveränderten Organismen anbauen will, dies weiterhin tun kann, ohne durch gentechnischen Anbau beeinträchtigt zu werden. Es gibt weitere Abwägungen, die man in der Zukunft noch erforschen muss. Es wird möglich sein, Pflanzen zu züchten, die bestimmte Krankheiten gar nicht erst bekommen können. Deswegen wird man den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren können. Ein wichtiges Forschungsfeld ist es, trocken resistente Pflanzen zu züchten. Diese Pflanzen kommen einfach mit weniger Wasser aus, das kann einmal ganz wichtig sein. Wir in der Landwirtschaft beschäftigen uns intensiv mit diesem Thema, können aber noch kein abschließendes Urteil abgeben. Unsere Forderungen sind es, dass man eine Gesundheitsunbedenklichkeit zu 100 % annehmen können muss, dass eine Koexistenz zwischen beiden Varianten gesichert sein muss und dass sich jeder gentechnisch veränderte Organismus in einer langen Erprobungsphase bewähren muss.

Es spricht Herr Braunewell:

Gentechnik bedeutet sicherlich Chance und Risiko. Herr Metternich hat es gezeigt: es geht darum, Pflanzenschutzmittel zu sparen, es geht darum, in Regionen Landwirtschaft zu betreiben, in denen man heute wegen der Trockenheit nichts anbauen kann. Zum Thema der Risiken ist auch einiges beschrieben worden. Wir als Landjugend können im Moment auch noch nicht genau sagen, wo die Chancen und die Risiken liegen. Deshalb heißt es auch für uns: Weiter forschen und vorsichtig Ausschau halten, welche Möglichkeiten sich bieten. Ein wichtiger Punkt ist es noch, dass sie in Europa genau wissen wo es gentechnikfreie Landwirtschaft gibt. Wenn Sie aber Produkte von außerhalb Europas essen, dann wissen Sie das gar nicht. Ich denke, dass in jeder Nahrung gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten sind. Ich denke, wir sollten die Forschung intensiv weiter betreiben, die endgültige Position dazu ist noch offen.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist sicherlich ein Thema, dass man nicht mit 2 bis 3 Wortmeldungen abschließend beantworten kann. Lassen Sie uns noch mal zu Themen zurückkommen, die das Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume berühren. Wie können wir vor allem die Netzwerkbildung noch intensiver gestalten?

Es spricht Herr Dr. Lauf:

Mein Name ist Lauf, ich komme hier aus der Region Soonwald Nahe. Ich bin der Vorsitzende des Regionalbündnisses, eines klassischen Netzwerkverbandes. Die Frage geht natürlich in diesem Sinne an Frau Vieting. Sie haben ein sehr aktives und offensives Regionalmanagement vorgestellt. Meine Frage ist: Wie ist das organisiert? Sie haben da schon ein paar Aspekte genannt. Aber zur Organisation gehören ja auch langfristige Strukturen. Zur Organisation gehört ja auch eine langfristige Finanzierung. Wie ist das bei Ihnen strukturiert, wie wird das bei Ihnen finanziert? Wie ist alles miteinander verzahnt?

Es spricht Peter Rand:

Mein Name ist Rand, Peter, ich komme aus Langenlonsheim und bin Rentner. Das Kurzreferat des Herrn Metternich hat mich sehr beeindruckt. Das Referat war tieferschürfend und patriotisch. Vergessen haben Sie die Landschaftspflege der Bauern und Winzer, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, und nicht genug bezahlt wird. Dankeschön.

Es spricht Herr Dietz:

Gehen wir erstmal zu Frau Vieting, wenn Sie uns noch etwas zur Organisation Ihres Regionalmanagement erzählen können.

Es spricht Frau Vieting:

Ich spreche natürlich nur für das Beispiel der Region Hesselberg. Jede Region muss ihren eigenen Weg finden. Bei uns ist es so, dass wir eine Geschäftsstelle haben mit zwei Vollzeitkräften. Weiterhin haben wir eine Teilzeitkraft im Sekretariat. Wir haben weiterhin eine Auszubildende, das sagte ich vorhin schon und wir haben zwei geringfügig Beschäftigte. Einer der geringfügig Beschäftigten ist mein Bürgermeisterkollege in der Geschäftsführung. Wir werden über das Wirtschaftsministerium gefördert, das läuft nicht über Leader, sondern über ein anderes EU-Förderprogramm. Im Endef-

fekt tragen die Kommunen 50 % der Kosten und zwar über Beiträge, die sie in die GmbH einzahlen. Wir von der Geschäftsstelle übernehmen die Geschäftsführung für die Lokale Aktionsgruppe und wir übernehmen auch die Geschäftsführung für die Hesselberg AG, also für den Zusammenschluss der Lokalen Unternehmer. Unsere Sekretärin ist eine Unternehmerfrau, die sehr viel Erfahrung hat im Leiten von Prozessen. Soviel, zu unserer Basisorganisation.

Jetzt sage ich noch ein paar Worte zur Finanzierung. Wir sind natürlich dabei, dass ganze permanent weiterzuentwickeln. Wir geraten immer wieder an Engstellen und überlegen, wie wir diese Probleme lösen. Momentan sind wir dabei, wieder vorausdenken. Letzten Freitag ist der Entwurf des Leader-Antrages fertig geworden. Wir wollen auch in der nächsten Förderphase wieder Fördergelder für die Geschäftsstelle haben. Wir arbeiten allerdings jetzt daran, wie sich die Geschäftsstelle selber finanzieren kann. Uns geht es auch darum, Einnahmen zu erzielen, in dem wir z. B. andere Regionen beim Aufbau ihrer Netzwerkarbeit unterstützen. Wir denken jetzt schon an die Phase nach Leader. Wir wollen dann in der Lage sein, auf eigenen Beinen zu stehen. Soviel zum Organisatorischen. Was die Netzwerkarbeit selber angeht, möchte ich noch mal auf den Beitrag eingehen, der mich als antiautoritär bezeichnete. Antiautoritär bin ich nicht, da können Sie meine Tochter fragen, ich halte das ganze auch nicht für einen antiautoritären Ansatz. Ich halte das ganze für eine wichtige Aufgabe, die ich unter den 10 Kompetenzen die wir morgen brauchen zusammenfasse, nämlich das Know-how, mit neuen Entwicklungsprozessen umzugehen. Das ist eigentlich das wichtigste, dass wir da genügend Spielraum haben. Es geht darum, dass das Bild immer dichter wird. Wenn Sie einen Fernseher haben und der hat wenig Auflösung, dann haben Sie ein schlechtes Bild. Je mehr Blickpunkte, je mehr Pixel Sie auf dem Bildschirm haben, umso klarer wird das Bild. Umso mehr Netzwerkpunkte Sie haben und umso mehr Akteure in der Region aktiv sind, umso klarer und umso stabiler wird das Bild der Region. Das ist die Basis. Um das zu können, müssen Sie bestimmte Kompetenzen entwickeln. Das ist die Aufgabe der Geschäftsstelle. Man muss hier z. B. Experten hinzuziehen, die die Kommunikationsfähigkeiten schulen bei den Bürgermeister, bei den Akteuren. Das geht nur Schritt für Schritt. Gut Ding will Weile haben. Viele arbeiten seit Jahren in bestimmten festgefahrenen Strukturen. Wenn wir diese Strukturen verändern wollen, dann braucht es einfach Zeit. Es braucht Zeit, bis es im Kopf oder auch im Herzen angekommen ist. Hier geht es um den emotionalen Teil, mit dem wir uns von den globalen Prozessen

absetzen. Denn genau das ist unsere Chance: die Regionalität, die Identität in der Region. Das ist unser großes Alleinstellungsmerkmal. Diese Kompetenzen müssen wir weiter entwickeln, wenn wir die Region stärken wollen. Das ist meine Anregung auch nach Rheinland-Pfalz: Auf diesem Gebiet der Kommunikationstechnik mehr zu machen. In Bayern haben wir diese Förderung leider nicht, wir müssen hier alles selber machen. Das ist meine Anregung. Ich habe noch eine weitere Anregung: Man müssten den Netzwerken ein gewisses Budget zur Verfügung stellen für die kleinen Dinge. Man benötigt Geld, um mal eine Veranstaltung machen zu können. Dafür muss ein Budget da sein, um erfolgreiche Netzwerkarbeit machen zu können, Dankeschön.

Es spricht Herr Eberius:

Guten Abend, mein Name ist Eberius. Ich komme aus der Vorderpfalz. Ich möchte vom Organisatorischen etwas abkommen und einige andere Worte sagen. Ich beziehe mich auf Herrn Dr. Steinkamp, der uns erzählt hat, dass er auch in Luxemburg und Belgien zu tun hat. Ich möchte auch auf einen weiteren Beitrag von vorhin eingehen, und zwar speziell auf den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere im Ingenieurbereich. Es hat eine Zeit gegeben, da kamen die Hugenotten nach Deutschland, die haben in einigen Bereichen die Initiative ergriffen und das hat uns sehr geholfen. Wir haben heute keine Hugenotten mehr, aber wir haben Türken und andere Ausländer, die durchaus originell sind. Es würde mich jetzt interessieren, und zwar vor allem von Leuten hier aus der Region, wie diese Leute integriert werden. Wir haben in den Städten durchaus Schwierigkeiten damit, diese Leute soweit zu fördern, dass sie uns auch behilflich sind.

Es spricht Herr Nafziger:

Guten Abend, mein Name ist Manfred Nafziger, ich bin Bioland-Landesvorsitzender. Ich möchte auf regionale Vermarktung hinweisen. Wir haben im ökologischen Bereich sehr schöne Zuwachsraten. Wir erleben, wie gerade kleinere Händler sich neu orientieren müssen. Zum Thema Gentechnik möchte ich bemerken, es gibt keine Koexistenz, sondern eine Abhängigkeit von großen Unternehmen.

Es spricht Dietrich Halben:

Guten Abend, mein Name ist Dietrich Halben, von der Arbeitsgemeinschaft Regionale Verkehrsentwicklung Hunsrück. Nebenbei bin ich noch Bauer

und Ortsvorsteher. Meine Anliegen sind also vielfältig. Meine Frage in die Runde ist die Folgende: wie kann man mit Gemeindemitgliedern umgehen, die ein Flurbereinigungsverfahren ablehnen. Für eine vernünftige Landbewirtschaftung ist eine Flurbereinigung einfach zwingend. Weiterhin liegt mir die Landwirtschaft schlechthin sehr am Herzen, ich meine die gemarkungsübergreifende Landwirtschaft. Damit meine ich nicht nur, dass man auch in der Nachbargemeinde bewirtschaftet, sondern ich meine auch die Bewirtschaftung von Flächen speziell für eine Biogasanlage. Hier werden manchmal Flächen in einer Entfernung von 50 bis 60 km bewirtschaftet, um eine Biogasanlage zu beliefern. Dafür sind auch Straßen erforderlich, die nicht nur aus Buckelpisten und irgendwelchen Schleichwegen bestehen. Bis dato gab es in unserer Region die Möglichkeit, die B50 mitzubenutzen und auch die B327. Da diese Möglichkeit ab jetzt nicht mehr gegeben ist, bzw. am Flughafen Hahn die B327 jetzt geschnitten wird, sehe ich hier einen dringenden Handlungsbedarf für die Landesregierung. Hier muss wieder geheilt werden, was zerstört ist. Die Möglichkeit, einen Wirtschaftsweg zu bauen, ist hier ja nicht mehr gegeben.

Es spricht Ise Thomas:

Mein Name ist Ise Thomas, von der Projektentwicklungsgesellschaft Rheinland-Pfalz. Ich möchte einen Punkt aufgreifen, der in dem Beitrag von Herrn Hering schon Thema war, aber danach kaum noch aufgegriffen wurde, da es nicht in den engeren Bereich Wirtschaft und Landwirtschaft passt. Es geht mir um eine nachhaltige Innenentwicklung in den Dörfern. Ich bin im Moment in sehr vielen Dörfern regelmäßig unterwegs. Teilweise kann man abzählen, wo demnächst zusätzliche Leerstände auftreten werden. Das sind vor allem Gebäude, in denen momentan nur noch eine Person lebt. Ich möchte die Frage an die Referenten richten, welche Möglichkeiten es auch unter Betrachtung der sozialen Komponente für eine gesunde Innenentwicklung gibt. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass die Struktur in den Dorfkerne erhalten bleiben kann? Wie greifen hier die verschiedenen Ansätze zusammen und wo findet man dafür gute Beispiele?

Es spricht Prof. Köck:

Ich möchte kein neues Thema anschneiden, sondern auf die Antwort von Herrn Duppré kurz zu sprechen kommen. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen können Sie im ländlichen Raum nur mittels zentraler Orte sicherstellen. Stellen Sie sich doch den ländlichen Raum vor, wenn in 40

km kein Grundzentrum, kein Mittelzentrum oder kein Unterzentrum erreichbar ist, dann wird der ländliche Raum bald leer sein. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse lebt davon, dass in 10 bis 20 Fahrminuten ein Zentrum erreichbar ist. Dies als eine kurze Antwort auf Ihre skeptische Bemerkung zum Schluss Ihrer Ausführungen.

Es spricht Herr Dietz:

Gut, dann nehmen wir diese Punkte ins Podium. Es waren einige Beiträge dabei, die sich nicht genau adressieren lassen. Fangen wir mit der Integration origineller Menschen aus dem Ausland an. Wer kann da zu etwas sagen?

Es spricht Herr Dr. Steinkamp:

Ich kann die Frage nur teilweise beantworten. Die Menschen in Luxemburg werden wir jedenfalls nicht integrieren, weil die Leute dort gerne selber arbeiten, denn man zahlt dort wesentlich weniger Steuern als bei uns. Zum zweiten gibt es natürlich ausländische Arbeitnehmer, die sich bewerben. Ich bin in dieser Frage vielleicht nicht typisch. Wir haben am Freitag erst einen italienischen Arbeitnehmer eingestellt, aber der spricht fließend deutsch. Diese Frage ist ziemlich schwierig. Ich habe allerdings deswegen zum Mikrofon gegriffen, weil ich zum Thema Lehrstellen etwas sagen möchte. Die Frage, wie ich an vernünftige Bewerber für eine Lehrstelle komme, ist ein großes Problem, dessen sich vielleicht einmal das Bildungsministerium annehmen müsste. Themen wie Prozentrechnung oder Dreisatz sollten für einen Abgänger der 10. Klasse obligatorisch sein. Stattdessen stehen wir vor dem Problem, dass Bewerber solche elementaren Dinge nicht rechnen können. Das möchte ich an dieser Stelle, auch wenn kein Bildungsminister da ist, einmal loswerden. Beim Thema Integration ist in meinem Bereich, dem Bereich Dienstleistung, die Sprache am wichtigsten. Für andere Bereiche kann es anders aussehen, dafür möchte ich nicht sprechen.

Es spricht Herr Braunewell:

Integration geht sicherlich schon bei jungen Menschen los. In jungen Jahren sind die Grenzen noch nicht so fest abgesteckt, die Leute sind dann noch offener. Ich kenne gute Beispiele von Gruppen von uns, wo das wirklich sehr gut gelingt. Nützlich ist es, wenn man den kulturellen Austausch pflegt, wenn man sich dafür interessiert, wo die Leute herkommen, was es dort zu essen gibt, wie die Bräuche sind.



Es spricht Frau Vieting:

Ich sage etwas zum Thema Dörfer und Grundversorgung. Ich möchte zwei Beispiele bringen. Wir haben in einem Dorf einen Dorfladen, für diesen fand sich niemand, der bereit war, diesen Dorfladen zu übernehmen. Was meinen Sie, was dann passiert ist? Der Bürgermeister hat den Laden übernommen. Der Bürgermeister hat die Geschäftsführung gemacht und ein kommunales Sondervermögen gegründet. Die Gemeinderäte sind die Gesellschafter dieses Ladens. Der Laden läuft super. Zweimal in der Woche fahren die Gemeinderatsmitglieder über Land und nehmen Päckchen von nicht mobilen Mitbürgern entgegen. Das ist ein ganz schlichtes und einfaches Konzept, dass sofort funktioniert. Das zweite, das sich sagen möchte, ist eine Initiative gemeinsam mit den Ämtern für ländliche Entwicklung: Thema Dorferneuerung und Leerstände. In leer stehenden Gebäuden machen wir dann z. B. gemeinsam mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Existenzgründungsschulungen und Veranstaltungen. Es geht also darum, Sektor übergreifend zu denken.

Es spricht Frau Gutberlet:

Es gibt sehr viele gute Beispiele, die die Nachfrage betreffen und die die Gebäudeleerstände betreffen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, zu fragen, wo der Schuh drückt. Es gibt keine einheitliche Lösung, die man in ganz Rheinland-Pfalz anwenden könnte. Jede Region hat ihre eigenen Probleme. Mal ist es vor allem die Nahversorgung, mal ist es vor allem der Gebäudeleerstand.

Es ist sehr wichtig, die Leute zu fragen, was das spezielle Problem ist. Weiterhin ist es sehr wichtig, gute erfolgreiche Beispiele breit zu kommunizieren. Eine pauschale Lösung anzuwenden, hilft keiner Region und keinem Ort weiter.

Es spricht Herr Dietz:

Wie schon gesagt, es gibt da Projekte, die auch in den anderen Foren und Regionalkonferenzen schon breit diskutiert wurden. Hat jetzt noch jemand eine zündende Idee, wie man Gemeindemitglieder dazu bringen kann, sich an einer Flurbereinigung zu beteiligen? Ich denke, auch dafür gibt es keine einheitliche Lösung sondern man muss die jeweilige Situation zunächst sehr feinfühlig analysieren. Herr Duppré hat noch einen kurzen Beitrag.

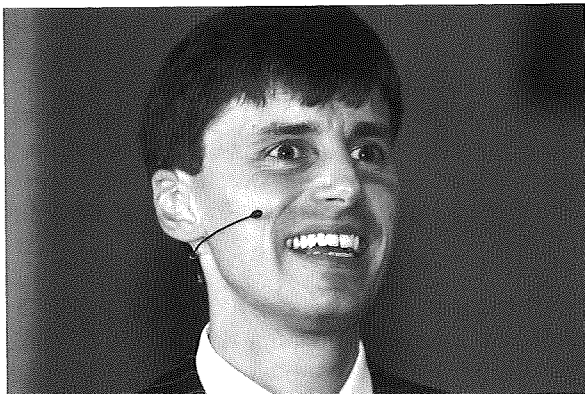
Es spricht Herr Duppré:

Soweit ich mich erinnere, habe ich zu den zentralen Orten gesagt, sie seien nach wie vor notwendig, aber man sollte sie genau dann aufgeben, wenn ihre Erreichbarkeit nicht mehr gewährleistet ist. Ich glaube, wir waren uns da einig. Zum zweiten möchte ich noch darauf eingehen, was die Frau Thomas gesagt hat, denn ich halte das für sehr wichtig. Ich möchte dafür ein Beispiel anführen. Eine Gemeinde mit 1.800 Einwohnern hat einmal ihren Ortskern untersucht. Sie haben dabei herausgefunden, dass es in dieser Gemeinde in absehbarer Zeit 70 Leerstände gibt. Ich bin der Meinung, wenn es darum geht, diese Gebäude für junge Leute attraktiv zu machen, muss man über das Thema Denkmalschutz, über das Thema Brandschutz nachdenken. Dann kann man diesen jungen Leuten eventuell die Möglichkeit geben, diesen alten Bestand nach den Anforderungen, die wir heute alle stellen, bewohnbar zu machen. Dazu wäre es auch notwendig, die Mittel der Städtebauförderung, die wir vor allem für den Neubau in Anspruch nehmen, in den Bereich Altbausanierung zu lenken. Vielen Dank.

Es spricht Herr Dietz:

Meine Damen und Herren, Sie haben jetzt die Möglichkeit das Thema Netzbildung einmal anders zu vertiefen. Sie haben sich jetzt eine kleine Pause verdient. Auf der Flimmerkiste würde jetzt die Meldung erscheinen: Bleiben Sie dran, gleich geht's weiter. Sie haben jetzt die Möglichkeit, Speise und Getränk zu sich zu nehmen und die kleine Pause für Gespräche zu nutzen.

(Pause)



Es spricht Herr Dietz:

Meine Damen und Herren, aus gutem Grund sitzen einige von Ihnen schon ganz gespannt auf Ihren Plätzen. Das Land Rheinland-Pfalz hat dazu aufgerufen, dass die Regionen, die in den nächsten sieben Jahren gerne Leader-Regionen sein wollen, eine Kurzbewerbung einreichen sollen. Ich denke, von allen Regionen, die an diesem Wettbewerb teilnehmen, sind Vertreter anwesend und warten jetzt mit Spannung auf die Aussage, ob das, was sie mit viel Engagement als Konzept niedergeschrieben haben, denn gereicht hat, um als Leader-Region anerkannt zu werden. Damit verbunden ist auch ein finanzieller Rahmen – das wissen sie – der es ermöglicht, das eine oder andere Projekt auch umzusetzen. Heute hat der Bewertungsausschuss getagt, der die Aufgabe hatte, die Kurzbewerbungen zu beurteilen. Ich darf den Leiter dieses Bewertungsausschusses auf die Bühne bitten, Herrn Prof. von Urff aus Berlin. Herzlich Willkommen, wir sind sehr gespannt.

Es spricht Prof. von Urff:

Vielen Dank für die Anmoderation, ich habe das Vergnügen und die ehrenvolle Aufgabe, den Bericht des Bewertungsausschusses zur Auswahl der Lokalen Aktionsgruppen vorzutragen.

Bevor ich das tue, darf ich vielleicht ganz kurz rekapitulieren, was der heutigen endgültigen Sitzung des Bewertungsausschusses vorausging. Wie sie bereits sagten, wurden im Frühjahr dieses Jahres interessierte Gruppen mit einem Rundschreiben des Ministeriums aufgefordert, sich in Form einer Kurzbewerbung um den Status als lokale Aktionsgruppe zu bewerben.

Es gingen fristgerecht 12 Kurzbewerbungen ein. Diese Bewerbungen wurden vom Ministerium einer formalen Prüfung unterzogen. Sie waren alle in Ordnung. Es gab keine Beanstandungen und sie wurden deswegen in einer Sitzung am 4. Juli,

vor genau zwei Monaten, dem Bewertungsausschuss zur weiteren Begutachtung übergeben, der zu diesem Zweck vom Ministerium einberufen worden war. Die Unterlagen wurden im Einzelnen von den Mitgliedern des Bewertungsausschusses nach einem Punktschema bewertet, dem insgesamt 35 Bewertungskriterien zu Grunde lagen. Es wurden Punkte vergeben, von jedem einzelnen der Bewerter, die dann anschließend von dem Institut für ländliche Strukturforschung zusammengeführt und ausgewertet wurden, woraus sich eine erste Rangordnung der 12 Bewerbungen ergab.

Die Namen der Gruppen, die sich um die Anerkennung als Lokale Aktionsgruppen bewarben, finden Sie hier in der Tagungsmappe. Die Auswertung zeigte, dass die Punkte die vergeben wurden, für die einzelnen Kriterien insgesamt zwischen 60 % und 80 % der erreichbaren Punkte schwankten, also durchaus eine deutliche Schwankung aufwiesen. Jedoch hat keine der Gruppen weniger als 60 % der möglichen Punkte erreicht. Bei der Sortierung wurden drei Gruppen von Anträgen deutlich. Es gab eine Spitzengruppe, die deutlich besser war als der Durchschnitt. Hier war die Bewertung relativ einheitlich. Es gab dann eine weitere Mittelgruppe, auch hier war die Bewertung weitgehend einheitlich, und es gab eine dritte Gruppe, die gegenüber den anderen etwas abfiel. Hier gingen die Bewertungen auch deutlicher auseinander. Neben Gutachtern, die diese Gruppe sehr kritisch bewertet hatten, gab es andere, die durchaus der Meinung waren, dass man auch eine bessere Bewertung hätte vornehmen können. Vor allem angesichts der Tatsache, dass es sich hier teilweise um Gruppen handelte, die in der letzten Runde nicht dabei waren. Und die ihre kurzen Anträge selbst - ohne die Inanspruchnahme eines Beratungsbüros erarbeitet hatten. Beides muss man berücksichtigen, glaube ich, um diesen Anträgen gerecht zu werden. Wie gesagt, eine gewisse Differenzierung gab es schon, aber keiner der Anträge hätte als so schwach eingestuft werden können, dass er von Anfang an ausgeschlossen wäre.

Nun meine Damen und Herren, nach dieser etwas langen Einleitung, die natürlich auch dem dramaturgischen Zweck diene, die Spannung steigen zu lassen, nun zu den eigentlichen Empfehlungen: Der Bewertungsausschuss hat zunächst einige Empfehlungen an das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau formuliert. Die zentrale Empfehlung ist, alle **12 Bewerber als lokale Aktionsgruppe** anzuerkennen, verbunden mit dem Appell an Sie Herr Minister, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aufzuteilen und aufzustooken.



Das sollte nach Möglichkeit so geschehen, dass durch die Erweiterung der anerkannten Gruppen von 10 auf 12, der Betrag, der dann je Gruppe zur Verfügung steht, nicht allzu weit zurückgeht.

Mit dieser Empfehlung verbunden ist eine Überlegung zu den Schritten, die in den nächsten Monaten folgen werden, insbesondere in den drei Monaten nach der offiziellen Anerkennung. Die Anerkennung als Leader Gruppe oder lokaler Aktionsgruppe bedeutet im Grunde genommen zunächst nur, dass dieser Status anerkannt wird. Das heißt, dass die Gruppe ermuntert wird, nun mit der Erarbeitung einer Entwicklungskonzeption zu beginnen. Und es schließt weiterhin ein, dass bereits für die Erarbeitung dieser Konzeption eine gewisse Förderung in Anspruch genommen werden kann. Mehr nicht. Die Entwicklungskonzeption selbst muss dann in einem zweiten Schritt anerkannt werden.

Und zu diesem Schritt empfiehlt der Bewertungsausschuss vor allem im Hinblick auf die etwas schwächeren Anträge eine Nachbesserung in einzelnen Punkten, die ich dann hier noch etwas präzisieren werde, verbunden mit der Empfehlung an das Ministerium, diese Gruppen bei den Nachbesserungen zu unterstützen, sie also nicht allein zu lassen bei der Erarbeitung ihrer Entwicklungskonzeption, sondern eine gewisse Hilfestellung anzubieten, die es erlaubt, die Schwachpunkte auszubessern in der dann vorliegenden Konzeption.

Das kann durch Vernetzungsaktivitäten geschehen, das kann durch Seminare und Workshops geschehen. Es gibt viele Möglichkeiten, das zu tun. Ich hatte vorhin, als ich den Vorstellungen folgte, den Eindruck, dass vor allen die Referentinnen des heutigen Nachmittags durchaus einige wertvolle Anregungen in diesen Prozess einbringen konnten.

Empfehlungen an die lokalen Aktionsgruppen: Die Mitglieder des Ausschusses haben das Gefühl, dass der innovative Charakter der meisten Anträge nicht so ganz überzeugend war und empfehlen jetzt allen, bei der Erarbeitung der Entwicklungskonzeption diesem Aspekt mehr Augenmerk zu widmen. Ich muss aber dazu sagen, dass eine der Teilnehmerinnen der Diskussion heute doch nachdrücklich und wie ich meine, zumindest mich überzeugend, davor gewarnt hat, diese Aspekte nicht zu überziehen, also von den Gruppen nichts Unmögliches zu verlangen und aufzuerlegen, um unbedingt etwas Neues zu bieten. Und ich gebe zu Bedenken, dass es in diesem Zusammenhang auch notwendig ist, etwas klarer zu definieren, was unter Innovation zu verstehen ist. Also insbesondere die Frage zu klären, ob die Übernahme eines bekannten Verfahrens oder eines bekannten Produktes aus einer anderen Region so, wie es von der EU definiert ist, als Innovation zu werten ist, oder ob es sich dabei um eine inhaltliche Innovation handelt.

Innovationen können sich auf den Inhalt beziehen, also auf innovative Produkte, wobei vor allem den Gruppen nahe gelegt werden sollte, Neues zu planen und ein bisschen über die Mainstream-Förderung hinauszugehen, also die Spezifik dieser Förderung zu nutzen und nicht Förderungen zu beantragen und sich darauf zu beschränken, Förderungen zu beantragen, die auch im Rahmen der Mainstream-Förderung erfolgen könnten. Innovationen können sich auch auf Organisationen beziehen, also darauf, wie man die Beteiligung der Förderung verbessern kann.

Wie kann man sicherstellen, dass alle Interessierten an der Formulierung der Entwicklungskonzeption teilhaben, wie kann man die Verfahren der Meinungsbildung verbessern? Ich werde nachher unter dem Aspekt des Bottom-Up-Ansatzes noch darauf zu sprechen kommen. Was etwas besser herauskommen sollte in der zukünftigen Präsentation, ist die Verbesserung der Beteiligung der regionalen Akteure, also der Bottom-Up-Ansatz. Natürlich wird er in allen Anträgen beschworen. Natürlich steht in allen Anträgen, der vorgelegte Antrag basiert auf einem Bottom-Up-Ansatz, aber vielfach entstand doch ein bisschen der Eindruck, hier ist wahrscheinlich eine kleine Gruppe aktiv

gewesen, unterstützt durch ein erfahrenes Beratungsbüro. Die breite Beteiligung aller Akteure ist eigentlich nicht so ganz überzeugend gewesen. Bei dieser Beteiligung sollte man auch Strategien zur kontinuierlichen Einbindung Ehrenamtlicher versuchen zu beschreiben, um eine gewisse Kontinuität herzustellen.

Was ebenfalls nicht ganz überzeugend war, war die Herleitung von Handlungsfeldern aus den regionalen Potenzialen, insbesondere aus den naturräumlichen Potenzialen. Was überall im Vordergrund stand, vielleicht zu sehr im Vordergrund stand, war das Potenzial des Fremdenverkehrs. Es wurde gefordert, den Gruppen eine breitere Bestandsaufnahmeanalyse nahe zu legen und dabei stärker auf Querverbindungen zu komplementären Förderansätzen zu achten, also wirklich sehr genau den Fragen nachzugehen: Was sind unsere Potenziale, was sind die Entwicklungsnotwendigkeiten unserer Region, was geschieht bereits durch andere Akteure und wo sind die Nischen, die man speziell hier nutzen sollte?

Ein weiteres Plädoyer in diesem Zusammenhang: Schwerpunkte zu setzen und nicht eine lange, lange Liste von allen möglichen Aktivitäten zu präsentieren, was in den Kurzbewerbungen - in den Strategien dann nur angerissen wurde - teilweise der Fall war.

Besonderes Augenmerk sollte auf folgende Punkte gelegt werden: Wie soll mit den Folgen des demographischen Wandels umgegangen werden? Ich meine also die Berücksichtigung der Frage, wie die Grundversorgung sichergestellt werden kann, einer Frage die am Nachmittag ja gerade im Zentrum der Diskussion stand. Zu Recht, denn das ist eines der brennendsten Probleme. Es kam aber in den Entwicklungsstrategie in den Kurzbewerbungen etwas zu kurz. Die Frage von Gebäudeleerständen wurde auch bei der Situationsanalyse angesprochen, dann aber wurde wenig darauf zurückgegriffen.

Die Frage der Einbeziehung der Jugend wurde diskutiert. Sie wurde ja auch heute Nachmittag hier problematisiert. Die Gruppen sollten also mehr Angebote für die Jugend einbeziehen, die in den Strategien auch enthalten sein sollten. Wir haben das dann ein bisschen ausgebreitet in der Diskussion. Wir haben generationsübergreifende Ansätze dafür gewählt, um zum Ausdruck zu bringen, dass die alte Generation mit entsprechenden Ansätzen berücksichtigt werden sollte.

Die Frage der Erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz, wurde in einigen der Kurzbewerbungen angesprochen aber bei

weitem nicht in allen. Es war für die Bewertenden überraschend, da es sich ja um ein Thema handelt, das gerade in den letzten Wochen an Aktualität gewonnen hat.

Man sollte es den Aktionsgruppen noch einmal mit auf den Weg geben, darüber nachzudenken, ob sie hier nicht mehr tun wollen, ob sie dieses Thema nicht stärker in ihrer Strategie gewichten wollen. Weiter konnte sich der Bewertungsausschuss aber nicht durchringen. Er wollte nicht so weit gehen und sagen: Das wird als Schwerpunkt empfohlen. Aber nachdenken sollte jede Gruppe schon darüber, ob man hier nicht mehr tun könnte.

Die Verbesserung der Kommunikations- und Informationstechnologien war ja das zweite Schlüsselthema des heutigen Nachmittags. Hier war der Bewertungsausschuss eindeutig der Meinung, dass dieses Thema in den vorgelegten Strategien ein bisschen zu kurz kommt. Hier sollte noch einmal nachgedacht werden. Mir viel beispielsweise auf, dass in der von Frau Gutberlet genannten Bündlungsfunktion doch eine Aufgabe liegen könnte, die in Leader eine ganz zentrale Rolle spielen könnte, also stärker berücksichtigt werden könnte als das bisher der Fall war.

Nun, ich möchte ganz klar sagen, dass wir darunter Empfehlungen verstehen, diesen Aspekten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, also noch einmal zu überprüfen, ob das, was in den Strategieansätzen gesagt wird, ausreicht oder ob man hier nicht stärkere Schwerpunkte setzen sollte. Der Bewertungsausschuss möchte keineswegs darüber hinausgehen, er möchte nicht sozusagen die Arbeit der Aktionsgruppen vorwegnehmen, oder Ihnen Auflagen machen. Das wäre ja geradezu eine Perversion des Bottom-Up-Ansatzes. Die Empfehlung lautet: Denkt noch einmal darüber nach, prüft noch einmal genau, ob das wirklich alles ist, was ihr vorzutragen habt, was ihr umsetzen wollt. Wenn ja, ok. Es sollte tatsächlich geprüft werden, ob man hier zumindest in einigen der vorliegenden Anträge deutlich weitergehen sollte. Dann hat der Bewertungsausschuss noch die Bitte, die Erwartung der Auswirkungen der vorgelegten Strategien stärker zu präzisieren. Das ist in den vorliegenden Konzepten nicht immer befriedigend. Dabei möchte ich schon ein bisschen genauer wissen, was dabei herauskommen sollte. Da möchte ich schon ein bisschen genauer wissen, welche Beschäftigungseffekte damit erwartet werden. In den vorliegenden Kurzanträgen befinden sich dazu nur sehr, sehr allgemeine Aussagen, die weit von einer Quantifizierung entfernt sind. Ja, für die Energieeinsparungseffekte gilt das natürlich genauso.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe Ihnen das, was der Ausschuss gearbeitet hat, vorgetragen. Wenn ich etwas ausgelassen habe, etwas verzerrt dargestellt habe, dann würde ich die Ausschussmitglieder bitten, mich zu korrigieren, zu ergänzen, was aus ihrer Sicht in meiner Präsentation zu kurz gekommen ist. Ich darf schließen mit der Überzeugung des Bewertungsausschusses, dass in der zweiten Runde mit den Anregungen und den Empfehlungen, die er erarbeitet hat, es eigentlich zu erwarten ist, dass Entwicklungskonzepte vorgelegt werden, die überzeugen, die dann als Konzepte anerkannt und in der folgenden Phase umgesetzt werden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es spricht Herr Dietz:

Ich würde sagen, die Katze ist aus dem Sack, der Teil der Katze, der noch nicht draußen ist, den wollten Sie, so glaube ich, auch nicht rauslassen. Jedoch können alle Regionen an Ihrer Strategie weiterarbeiten, dazu haben Sie wesentliche Hinweise gegeben.

Wir erreichen jetzt den vorletzten Punkt dieser Konferenzreihe, die der Herr Minister Hering gestartet hat. Der Herr Minister hat sich die Zeit genommen, sehr lange zuzuhören und sehr aufmerksam zuzuhören, was sicherlich ungewöhnlich ist für einen Minister. Dadurch haben viele Akteure in den ländlichen Regionen des Landes Rheinland-Pfalz die Möglichkeit gehabt, mitzuwirken an der Erarbeitung des Strategiepapiers.

Meine Damen und Herren, es wurde gesagt: Diese Abschlussveranstaltung soll ein Zwischenstand sein für die weitere Arbeit, die jetzt kommt. Insofern sind wir sehr gespannt. Herr Minister Hering, ich übergebe nun den Staffelstab an Sie für das Schlusswort.



Es spricht Minister Hendrik Hering:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank, es sind fast alle, die bis zum Schluss ausgehalten haben. Das ist der Abschluss von fünf regionalen Veranstaltungen des Forums ländlicher Raum.

Mit der heutigen Abschlussveranstaltung waren, wenn wir alle addieren, 1.800 Akteure aus dem ländlichen Raum bei den Regionalveranstaltungen.

Ich bin sehr angetan durch die Tatsache, dass so viele mitgewirkt haben und auch über die Kreativität, über die Vielfältigkeit der Vorschläge. Ich bin auch froh, dass ich mir Zeit genommen habe, bei jeder Veranstaltung bis zum Schluss anwesend zu sein. Denn bei jeder einzelnen Veranstaltung hat es andere Schwerpunkte gegeben, in der Tat glaube ich, dass wir sehr viele Ideen und Vorschläge bekommen haben, die es wert sind, aufgegriffen zu werden. Dann wird es auch der Region helfen, zum praktischen Handeln überzugehen. Ich will es, bevor ich zu den einzelnen Punkten komme, nicht versäumen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken, die alles vorbereitet haben. Denn fünf Veranstaltungen mit 1.800 Teilnehmern, das heißt: Da musste viel vor- und nachbereitet werden. Alles ist verschriftet worden. Jede Wortmeldung ist niedergeschrieben worden. Alles wurde ausgewertet. Ich möchte mich stellvertretend bei zwei Personen bedanken: bei dem Abteilungsleiter Herr Hornberger und bei Ihnen, Herr Professor Lorig und den ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mitgewirkt haben. Vielen Dank!

(Beifall)

Ich will nur wenige Punkte aus der Diskussion aufgreifen. Und Frau Vieting, an Ihnen ist nur eines auszusetzen, dass sie nicht in Rheinland-Pfalz arbeiten. Aber was nicht ist, kann noch werden. Sie haben etwas ganz wichtiges in den Vordergrund gestellt: Die Wertschätzung der Menschen, die sich engagieren. Das muss uns allen ein wichtiges Anliegen sein. Insbesondere diejenigen, die in der Politik Verantwortung haben, sollten auch mal um der Sache willen beiseite treten und andere wertschätzen, die ehrenamtliche Arbeit machen, von denen auch die Ideen kommen.

Einen Vorschlag habe ich beschlossen, aufzugreifen: Wir müssen uns noch mehr auf **kleine Projekte** konzentrieren. Wissend, es gibt viele Leitideen. Es kommt häufig auf die kleinen Projekte an, auf die Erfahrung von Menschen. Sie haben gemeinsam eine Idee auf den Weg gebracht, haben eine Konzeption für ein Projekt erarbeitet. Es wäre schlimm, wenn die Menschen enttäuscht würden, dass aus diesem Vorschlag nichts wird. Häufig kommt es nicht auf die Größe des Projektes an, sondern auf die Erfahrung: ‚Ich habe eine Idee hervorgebracht, die Politik hat es aufgegriffen und hat mir die Möglichkeit gegeben, das umzusetzen.‘ Da zählen vor allem auch viele kleine Projekte, weil sie die Menschen motivieren, sich für den Prozess weiter zu engagieren und auch das muss man zugeben: Es kommen häufig Menschen, die sich bisher, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht engagiert haben, die sich auch in großem Maße durch Kreativität auszeichnen, zusammen. Es gibt Menschen, die über diesen Weg integriert werden. Das schafft Möglichkeiten, auch in der Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Deshalb werden wir das aufgreifen. Das hat dazu geführt, dass manche Haushälter die Stirn gerunzelt haben, wissend, es muss etwas mehr an Abrechnungen, an Projektanträgen bearbeitet werden, aber das werden die kreativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Interesse an der Sache hinkriegen.

Sehr geehrte Damen und Herren, was auch wichtig ist und viele haben auch von Säulen gesprochen. Wir müssen das wirklich auch als verschiedene Säulen betrachten: Die Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, die Landesbehörden, die das als Partner begleiten müssen und die regionale Wirtschaft. Die drei Säulen können wir dann zur Entfaltung bringen, wenn wir ein Dach darüber setzen mit einem **Netzwerk, mit verstärkter Kooperation, Austausch von Ideen, mit Kooperationen**. Dann können diese drei Säulen auch zu wirklicher Entfaltung kommen. Das zu organisieren, das ist eine Zielsetzung, eine ganz große Zielsetzung dieses Strategiepapiers, das wir Ihnen heute als Entwurf vorgelegt haben.

Eine weitere wirklich gute Erfahrung dieser Veranstaltung war, dass wir Dinge im Land haben von denen wir vorher nichts gewusst haben. Ich muss das auch bekennen, Herr Dr. Steinkamp, dass mir vorher dieser Service in dieser Breite nicht bewusst gewesen ist. Dass 1.300 Gemeinden aus Rheinland-Pfalz angegliedert werden mit einem durchdachten Konzept.

Wir haben viele Ansätze und Ideen erfahren, von denen man schlicht und ergreifend nicht gewusst hat. Ich halte das für eine der ganz zentrale Aufgaben: Wie organisieren wir **regionale Versorgung**, auch abgestimmt mit Bestellservice unter Einbindung moderner Informationstechnologie. Aber das muss natürlich vor Ort zu den Menschen gebracht werden. Und ich halte es in der Tat auch für ein Stück Lebensqualität, wenn es eben nicht nur das Paket ist, das da zu den Menschen kommt. Wenn man das Moment der Kommunikation dabei erhalten kann, auch das sollten wir aufgreifen.

Ich komme zu dem Bereich der **erneuerbaren Energien**. Was in Morbach und woanders im ländlichen Raum möglich ist, sind faszinierende Beispiele. Die ganzen Ideen, die sie in dem Strategiepapier nachlesen können, sind aus der Erkenntnis entstanden: Wir können Flurbereinigung nicht alleine für die Landwirtschaft durchführen. Wir müssen die Regionen und ihre Potenziale ganzheitlich betrachten. Das war der eigentliche Ausgangspunkt der ganzen Projekte, die wir heute bearbeiten: Wir müssen den Prozess organisieren. Gerade in der Zeit, wo Landwirtschaft erfreulicherweise guten Zeiten entgegen blickt, müssen wir zukunftsfähige Strukturen aufbauen.

Herr Braunewell hat uns wirklich begeistert, mit welchem Engagement, welcher hervorragenden Ausbildung viele Landwirte Betriebe übernehmen. Das macht große Freude. Und deswegen stehen wir auch zu unserer Entscheidung, **Junglandwirte** in Rheinland-Pfalz noch stärker zu fördern, die Förderung um 30 % zu erhöhen um solche Menschen zu motivieren, wissend, das ist der Grundstock, den wir brauchen für ländliche Entwicklung. Und wir brauchen auch den verstärkten Einsatz nachwachsender Rohstoffe. Wir brauchen Gesamtkonzepte, regionale Energiekonzepte mit deren Hilfe die Biogasanlagen wirklich rentierlich betrieben werden können unter Einbindung der Nahwärme. Wir brauchen es auch, um ganzheitliche Konzepte zu haben, damit keine Monokulturen entstehen und auch die Aufgabe der Erhaltung der Kulturlandschaft mit eingebunden wird. Auch das muss ein abgestimmter Prozess sein, ein Prozess des Gebens und das Nehmens.

Wir haben einen weiteren wichtigen Punkt besprochen: Die **Breitbandversorgung**. Und das ist ein ganz zentraler Punkt. Eine Region, die zukünftig nicht an zeitgemäße Breitbandversorgung angeschlossen sein wird, kann nicht zu den Gewinnerregionen gehören. Die Menschen sind von Entwicklungen abgeschlossen, das muss verhindert werden. Wir sind froh, dass der Bund im Entwurf zur Fortführung der Gemeinschaftsaufgabe beschlossen hat, einen Teilbetrag von 10 Millionen zukünftig für diesen wichtigen Bereich zur Verfügung zu stellen. Wir werden das mit Landesmitteln ergänzen und werden aus der GAK-Förderung allein 900.000 € bereitstellen, ergänzend zu den sonstigen Programmen, die wir im Rahmen der Breitbandversorgung haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich heute nicht sagen kann: Die Förderung wird nach den und den Kriterien vonstatten gehen. Es ist momentan nicht verantwortbar, weil wir es für notwendig erachtet haben zu sagen: Wir müssen eine solide Bestandsaufnahme machen. Wie sieht wirklich die Ausstattung aus mit Breitbandversorgung? Ich bin nicht bereit, das zu übernehmen, was Telekom aufgeschrieben hat. Wenn man mal näher nachguckt, stellt sich die Wirklichkeit etwas anders dar. Wir müssen uns genau damit vertraut machen, welche Technologien derzeit angewandt werden, welche Technologien sich durchsetzen werden. Nicht, dass wir etwas fördern und nach zwei Jahren zur Erkenntnis kommen: Es ist eigentlich technisch überholt, was wir da gefördert haben.

Und wir werden uns Mühe geben, gemeinsam mit den Kollegen des Innenministeriums. Wir werden 12 regionale Workshops organisieren, wenn uns das Gutachten vorliegt, um herauszufinden, welche Technologie sich in welcher Region am besten eignen wird. Wir wollen auch eine vernünftige Absprache mit den ganz großen Partnern. Denn wir erleben auch, wenn wir einen überredet haben, eine Gemeinde zu versorgen, wo der große Partner gesagt hat es rentiert sich nicht: Plötzlich ist er doch wieder präsent. Auch das muss vernünftig abgestimmt werden. Dazu werden wir bis zum Ende des Jahres brauchen. Dann kriegen sie eine abgestimmte Konzeption, wie die Mittel aus EFRE, GAK und den übrigen Landesmitteln in einer durchdachten Konzeption eingesetzt werden, wissend es ist ein wichtiges Anliegen und wichtige Anliegen müssen auch seriös und Ziel gerichtet vorbereitet werden.

Es ist der Punkt „**Zentrale Orte**“ angesprochen worden, Das LEP geht zu Recht davon aus, dass die Konzeption der zentralen Orte fortgeschrieben werden muss. Wir müssen an diesem Instrument festhalten. Gerade in der Zeit des demografischen Wandels müssen wir uns darauf konzentrieren,

dass wichtige Orte auch die zentralen Aufgaben der Region übernehmen. Alles andere können wir uns nicht leisten. Wir brauchen aber auch die Akzeptanz, stärker zu kooperieren. Zu den zentralen Orten gehört auch, dass die Verkehrsinfrastruktur stimmt. Ich habe in der Haushaltsberatung gesagt und auch zu den Ressortkollegen: Demografischer Wandel bedeutet, wir werden eher mehr in die Verkehrsinfrastruktur des ländlichen Bereiches investieren müssen, als vorher. Denn ob ein Ort 300 oder 150 Einwohner hat, wird nichts daran ändern, wie die Straßenausstattung sein muss. Und wenn wir das Kooperationsgebot umsetzen, dass einige sich auf gewisse Aufgaben beschränken müssen, heißt das ja, dass es größere Wege geben wird. Wir brauchen bessere Verkehrsinfrastruktur, wissend, dass die, die eine schlechte Verkehrsinfrastruktur haben, im Rahmen des demografischen Wandels zu den Verlierern gehören werden. Auch das müssen wir uns vor Augen führen. Und deswegen: Wir brauchen in Zukunft eher eine bessere Ausstattung für ländliche Räume auch in punkto der Verkehrerschließung. Ich will mich bezüglich der Zusammenfassung darauf beschränken, wissend wir werden auch die Aussagen des heutigen Tages aufarbeiten und werden die angekündigten Veranstaltungen im nächsten Jahr - es werden sechs bis acht sein - in den Regionen organisieren, um mit Ihnen über zentrale Projekte, Austausch von Informationen, Konzipierung von Netzwerken, die Breitbandinitiative und vieles andere diskutieren.

Ich komme dazu, weshalb viele von ihnen hier sind: Wie sieht meine Entscheidung ganz konkret aus, bezüglich **Leader**. Ich muss sagen, Leader ist wirklich zu einer Erfolgsstory geworden. Was in den achtziger Jahren als Modell begann und von vielen kritisch betrachtet wurde, ist wirklich zu einer Erfolgsstory geworden: dieser Bottom-Up-Ansatz: Menschen mitzunehmen, ihre Ideen aufzugreifen. Ich möchte mich bedanken bei Ihnen, Herr Professor Urf. Sie haben die Ergebnisse vorgetragen. Sie haben dann als Bewertungskommission die sehr salomonische Entscheidung getroffen, keinen auszuschließen. Ich weiß, jeder von Ihnen will mitgenommen werden. Es wäre schade, sich gegen eine Maßnahme zu stellen, wissend, dass einige sich auch neu beworben haben, um in den Kreis aufgenommen zu werden. Ich muss nun zwei schwierige Fragen beantworten:

Ist es denn möglich, 12 Regionen zuzulassen, nachdem wir erst gesagt haben, es können nur 10 sein? Ist das so zu gestalten, dass es nicht ein fauler Kompromiss ist, dass die anderen, die auch hervorragend waren, zukünftig weniger Mittel haben werden. Da ich es geahnt habe, dass die Kommission vielleicht eine solche salomonische

Entscheidung treffen würde, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch schon mal mit der Europäischen Kommission gesprochen. Ohne eine abschließende Entscheidung treffen zu können: Es sind im Ergebnis 12 Leader-Regionen, die wir anerkennen. Ich will mich dafür einsetzen. Ich bin guter Dinge. Der endgültige Bescheid der Kommission steht noch aus, aber es können 12 Leader LAGen sein, die anerkannt werden. Und wenn uns das gelingt, dann wird das Land Rheinland-Pfalz auch dafür sorgen, die Mittel umzuschichten, dass im Ergebnis die 12 LAGen weit gehend die Mittel haben, als wenn wir 10 LAGen anerkannt hätten. Im Grunde können Sie heute mit der frohen Botschaft nach Hause kommen: Wir sind vom Land anerkannte LAGen. Die Projekte, die wir erarbeitet haben, können unter der Bedingung, die Prof. von Urff kommuniziert hat, umgesetzt werden: Es gibt eine Reihe von LAGen, da muss in einigen Punkten nachgearbeitet werden. Die werden wir auch zum Workshop einladen.

Bei dem einen oder anderen Projekt muss auch noch Sachverstand hinzugeholt werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das umsetzen werden.

Frau Vieting, sie haben gesagt, bei Ihnen in Franken würde man Berge erhöhen, wenn es darum ginge, als Leader-Region anerkannt zu werden. Und dann wird es uns in Rheinland-Pfalz auch gelingen, wenn wir schon keine Berge versetzen oder erhöhen müssen, das eine oder andere nachzubessern.

Zu einigen Punkten bezüglich der Fortentwicklung von Leader will ich schon einige Ausführungen machen. Es hat eine Reihe von Vorschlägen auch in der Regionalkonferenz, unter anderem in Saarburg von Herrn Wallrich gegeben, wir sollen auch im gewissen Umfang **private Projektträger** anerkennen. Es gibt eine Reihe zielführender Projekte, bei denen private Projektträger von der Sache her ihre Bereitschaft mitbringen, ein Projekt zu initiieren, Träger zu sein. Ich glaube, es wäre in der Tat schade, wenn wir hervorragende Projekte, die Menschen konzipiert haben, nur deswegen ausschließen, weil wir sagen: Formell seid ihr keine öffentliche Körperschaft. Wir können das nicht machen. Also werden zukünftig in gewissem Umfang sehr gute Projekte auch in privater Trägerschaft anerkannt.

Wir werden die Leader-Regionen - dass habe ich angekündigt - immer wieder mit Foren und Workshops bester Beispiele begleiten, wir wollen Netzwerke stärken sowie auch Kooperationen.

Ich glaube, dass auf solchen Veranstaltungen die projekttechnische Entwicklung verbessert werden kann, ich glaube auch, dass es einfach gut ist, sich mit Menschen zu treffen, die die gleiche Auffassung haben, die gleich engagiert sind.

Ich will noch eins aufgreifen, was Frau Thomas in ihrem Diskussionsbeitrag angemerkt hat. So etwas haben wir besprochen, bezüglich der Dorfinnenentwicklung. Wir wollen uns diesem Thema verstärkt widmen. Wir werden zukünftig 15 % der Leader-Mittel reservieren für hervorragende Projekte zu diesen Themen. Wir werden Wettbewerbe ausschreiben in jedem Jahr, beginnend mit dem Jahr 2008, wo wir innovative Projekte mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten werden. Und im Jahre 2008 wird dieser Schwerpunkt die Dorfinnenentwicklung sein. Wir werden uns hierbei auf den ganz wichtigen Ansatz der **Dorfflurbereinigung** konzentrieren. Wir brauchen dieses Instrument, denn es gibt junge Menschen, die bereit sind, in die Dorfkerne zu investieren. Andere sagen, es muss eine Lebensqualität sein, die zeitgemäß ist. Und dann müssen wir teilweise auch den Mut haben zu sagen, dass die eine oder andere Bausubstanz, die historisch keinen Wert hat, niedergelegt werden muss. Grundstücke müssen neu bearbeitet werden, wissend, dass manches dabei äußerst schwierig ist. Der eine oder andere Eigentümer mit einer Kleinstparzelle macht nicht mit. Und dann scheitern große Projekte. Teilweise sind das Erbgemeinschaften, die nicht mehr auffindbar sind, wie jeder weiß. Und deswegen werden wir im Jahre 2008 innovative Projekte im Rahmen der Dorfflurbereinigung fördern. Mit Hilfe der Flurbereinigung sollen besondere Lösungsansätze ausgewiesen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Vorgabe, um 19:00 Uhr mit der offiziellen Veranstaltung fertig zu sein. Und Herr Dietz, ein herzliches Kompliment, hätte ich nicht die Zeit um 2 Minuten überzogen, dann hätten wir es punktgenau geschafft. Ich möchte mich auch bei Ihnen für die Moderation bedanken. Sie haben das sehr kompetent und sehr geschickt gemacht. Vielen Dank, Herr Dietz!

(Beifall)

Dann bleibt mir noch, mich bei den Landfrauen zu bedanken, die das vorbereitet haben, zu dem ich sie jetzt einladen darf: Im unteren Teil gibt es einen kleinen Imbiss mit rheinland-pfälzischen Weinen. Nochmals vielen Dank, dass sie so engagiert mitgewirkt haben.

WEDAL – nach der Agrarverwaltungsreform

Lt.RD Harald Durben, DLR RH-N-H, Bad Kreuznach

Einleitung

Ländliche Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sind von Natur aus komplex, in der Regel sehr langwierig und technisch aufwändig. Von daher hat sich schon immer ein planvolles Vorgehen in Verbindung mit der Nutzung der zum jeweiligen Zeitpunkt vorhandenen technischen Möglichkeiten angeboten.

Der Einsatz von technischen Hilfen wurde in der Flurbereinigungsverwaltung Rheinland-Pfalz, insbesondere zur Erledigung der anfallenden Massenarbeiten sowie der aufwändige Prozesse, schon sehr frühzeitig gesucht, zum Teil speziell entwickelt und erfolgreich eingesetzt. Aufgrund der Möglichkeiten vor allem wegen des technischen Entwicklungsstandes wurden verschiedene Bereiche und Prozesse der Bautechnik, der Landespflege, der Planung, der Vermessung und der Verwaltung unabhängig betrachtet und technischen Lösungen zugeführt. Zur Bearbeitung der Flurbereinigung in Rheinland-Pfalz waren bis Ende der 80er-Jahre eine Vielzahl von anspruchsvollen Insellösungen entstanden, die einen hohen Pflegeaufwand und viele Schnittstellen aufwiesen.

WEDAL

Zur Beseitigung dieser Schwachpunkte in der technischen Entwicklung wurde Ende 1990 das Projekt WEDAL (Weiterentwicklung der Automation in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz) durch das Landwirtschaftsministerium initiiert. Mit diesem Projekt sollten erstmals die Arbeitsabläufe der ländlichen Bodenordnung aus technischer Sicht ganzheitlich untersucht und einer möglichst umfassenden Lösung zugeführt werden. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe, in der alle Hierarchieebenen der Verwaltung, alle Fachbereiche und auch die Personalvertretung mitwirkten, eingesetzt. Als Ergebnis wurde Mitte 1993 ein Projektbericht mit klaren Zielsetzungen, Konzepten und Umsetzungsvorschlägen verabschiedet.

Mit der Umsetzung wurde im Jahr 1994 konzeptgetreu begonnen und dann wie geplant in den Jahren 2001/2002 im Ergebnis überprüft und auf der Grundlage eines neuen Auftrages durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau weiterentwickelt. Die Ergebnisse

wurden im neuen Projektbericht „WEDAL – Ergebniskontrolle und Perspektive“ festgehalten. Unmittelbar im Anschluss wurde in bewährter Weise mit der Umsetzung der erweiterten Zielsetzungen begonnen.

Aber nach bereits wenigen Monaten, die Landesregierung hatte die Reform der Agrarverwaltung Rheinland-Pfalz unter Einbeziehung der Flurbereinigungsverwaltung zum 01.09.2003 veranlasst, mussten die Arbeiten in der Priorität zurückgestellt werden.

Technikansatz für die Agrarverwaltungsreform

Im Sommer 2003 wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eine Arbeitsgruppe „Informationstechnik“ mit Mitarbeitern des Ministeriums, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, der Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung und des Fachbereichs Informationstechnik der Agrarverwaltung eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe sollte auf der Basis einer Bestandsaufnahme eine sachgerechte Zusammenführung der zentralen technischen Einrichtungen, insbesondere der IuK-Technik, konzipieren.

In den beiden „Altverwaltungen“ waren aufgrund der sehr unterschiedlichen Aufgaben, jeweils sachgerechte aber im Vergleich völlig verschiedene Systeme gewachsen. Die Aufgaben der Agrarverwaltung mit dem wichtigen Focus der Informationsgewinnung und Informationsverteilung - also im Wesentlichen der Kommunikation mit vielen sehr unterschiedlichen Partnern - unterscheiden sich sehr von denen der Flurbereinigungsverwaltung, die im Schwerpunkt die Produktion von langwierigen und technisch komplexen Produkten sicherzustellen hat.

Die Arbeitsgruppe kam daher zu dem Ergebnis, dass, wenn man dem Grundsatz der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes Rechnung tragen wollte, nur eine sukzessive Angleichung der Systeme der Altverwaltungen über einen mittel- bis langfristigen Zeitraum möglich ist. Diese Aufgabe wurde der beim Dienstleistungszentrum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück eingerichteten Abteilung „Technische Zentralstelle“ (TZ) mit landesweiter Zuständigkeit übertragen.

Abteilungsleitung

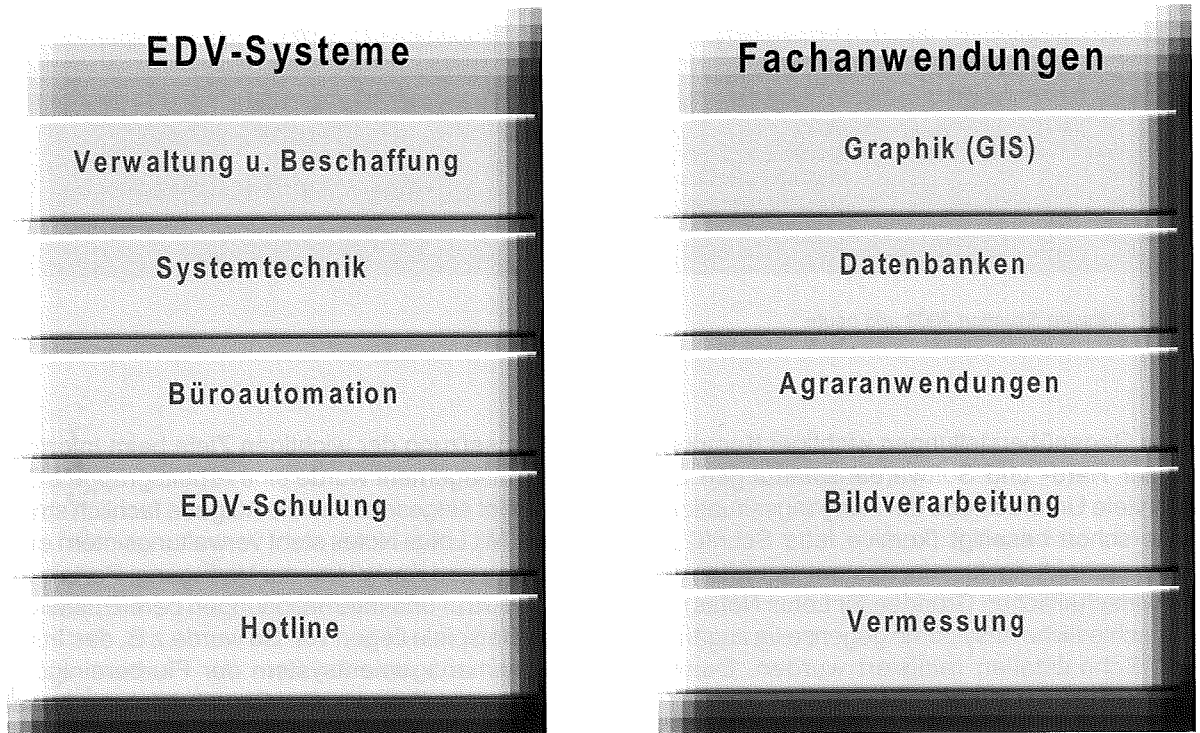


Abb. 1: Organigramm der TZ

Umsetzung der Agrarverwaltungsreform und Sachstand

Zum 1. September 2003 waren in der Gesamt-agrarverwaltung 20 Standorte mit insgesamt 29 Lokationen zu betreuen. Bis zum heutigen Tage wurden verschiedene Standorte aufgelöst, zusammengefasst und umgezogen.

Unter anderem wurden zum 1. Januar 2007 auch die zu Beginn der Reform vorhandenen Standorte der TZ in Mainz und Emmelshausen am zentralen Standort in Bad Kreuznach zusammengefasst.

Heute sind 14 Standorte mit insgesamt 21 Lokationen übrig geblieben. Alle Maßnahmen wurde technisch durch die TZ geplant und begleitet und haben damit viele Kapazitäten, insbesondere der Systemtechnik gebunden, so dass der eigentlichen Aufgabe zur Migration der unterschiedlichen Systeme der Altverwaltungen nur nachrangig nachgegangen werden konnte.

In den folgenden Folien wird die Ausgangssituation im Jahr 2003 sowie die Ist – Situation bei Hard- und Software vergleichend dargestellt.

| Hardware-Situation 2003 | | Hardware-Situation heute | |
|---|--|--|---|
| Agrarverwaltung Client-Server-Systeme Aufgabenbezogene dezidierte Serversysteme Clientvorausstattung Drucker 10 / 100 MBit LAN Rip-Netzanschluss | Landeskulturverwaltung Client-Server-Systeme Ausfallsicheres Servercluster und Kommunikationsserver Clientvorausstattung Drucker / Plotter 100 MBit LAN Rip-Netzanschluss | Andere Abteilungen der DLR Client-Server-Systeme Aufgabenbezogene dezidierte Serversysteme Clientvorausstattung Drucker 10 / 100 MBit LAN Rip-Netzanschluss | Abteilungen Landentwicklung Client-Server-Systeme Ausfallsicheres Servercluster und Kommunikationsserver Clientvorausstattung Drucker / Plotter 100 MBit LAN Rip-Netzanschluss |
| | ≈ ≠ ≈ ≈ | | ≈ ≠ ≈ ≈ |

Abb. 2: Hardware Situation 2003 und heute

| Software-Situation 2003 | | Software-Situation heute | |
|-------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------|--------------------------------------|
| Agrarverwaltung | Landeskulturverwaltung | Agrarverwaltung | Landeskulturverwaltung |
| Novell / Windows | UNIX / Windows | Novell / <i>Windows</i> | UNIX / <i>Windows</i> |
| Lotus Notes (Intra-/Internet) | Exchange (Outlook) | Lotus Notes (Intra-/Internet) | Exchange (Outlook) |
| Office97 | Office XP | Office97 | Office XP |
| ShowTime | VOSY | ShowTime | VOSY |
| KLR (BAV) | CoBeKo | KLR (BAV) | CoBeKo |
| IRMA | IRMA | Web-IRMA | Web-IRMA |
| Datenbanken (SQL, Access) | Datenbank (Oracle) | Datenbanken (SQL, Access) | Datenbank (Oracle) |
| Viele Spezialanwendungen | REDAS / GRIBS und Spezialanwendungen | Viele Spezialanwendungen | REDAS / GRIBS und Spezialanwendungen |

Abb. 3: Software Situation 2003 und heute

Diese Gegenüberstellungen wichtiger Komponenten der Hard- und Softwareausstattungen zeigt, dass viele Unterschiede der Ausgangssituation bis heute schon beseitigt (kursive fette Schrift) bzw. die Entscheidung für ein System getroffen (z.B. aus wirtschaftlichen Gründen für Lotus Notes) oder unterschiedliche Altsysteme gegenseitig zugänglich bzw. Schnittstellen realisiert wurden. Dennoch bleibt ein großer Migrationsaufwand.

Alle Neubeschaffungen wurden genutzt, um einheitliche Standards einzuführen. So wurden in der Agrarverwaltung Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich landesweit einheitlich ein Datenhaltungssystem (SAN), eine Datensicherungslösung und ein Virens Scanner eingeführt. Darüber hinaus wurde die Entscheidung für ein neues Server-Betriebssystem (LINUX) getroffen und alle neuen Installationen entsprechend durchgeführt.

Trotz der aufgrund der Umsetzung der Agrarverwaltungsreform notwendigen Verschiebung von Prioritäten wurde zielgerichtet im Sinne von WEDAL weitergearbeitet. Alle seit der Reform ausgeführten Neubeschaffungen folgen den Vorgaben in WEDAL. Die Programmsysteme REDAS und GRIBS wurden planmäßig gepflegt und weiterentwickelt.

Die Basis-Schulungen sowohl in den Standardprogrammen (z.B. Office) als auch in den strategischen Programmsystemen REDAS und GRIBS sind abgeschlossen. Es finden regelmäßig Schulungen für neue Mitarbeiter und Workshops zur Einweisung in Programmneuerungen und zum Erfahrungsaustausch mit Multiplikatoren und Programmbetreuern statt. Die Multiplikatoren und Programmbetreuer sind wichtige Bindeglieder zwischen den mit technischen Systemen arbeitenden Sachbearbeitern und der TZ.

Zur Umsetzung der wichtigen Ziele beim Informationsmanagement wurde eine Arbeitsgruppe eGovernment eingesetzt, die die Aufgabe fachlich strukturiert. Mit Lotus Notes steht verwaltungsintern eine Plattform und Know How zur Verfügung, Portale für Intra-, Extra- und Internetlösungen bereitzustellen. Erste Beispiele liegen vor. So wurde z.B. das Informationsmanagementsystem der Flurbereinigung (IMSY) zum Zwecke der Gewährleistung hoher Aktualität bereits umgestellt.

Insgesamt soll planmäßig weitergearbeitet werden. Die noch ausstehenden reformbedingten Migrationen, vordringlich die Entscheidung, erste Test und die Implementierung eines einheitlichen Datei- und Directorysystems sowie die Begleitung von Dienststellenumzügen werden weiter enorme Kraft kosten und Ressourcen binden.

Aber gleich nach Abschluss dieser Arbeiten sollte sich dann wieder eine Kontrollphase zu WEDAL und meines Erachtens eine Ausweitung auf anderen Fachbereiche (z.B. Schule, Agrarwirtschaft, Obst- und Weinbau) anschließen.

Auf dem Weg zu LEFIS

Oberamtsrat Werner Prim, DLR RH-N-H, Bad Kreuznach

Ausgangssituation

Die ArgeLandentwicklung entspricht für den Bereich Landentwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV). Die Aufgabe der ArgeLandentwicklung ist die Regelung bzw. die Erstellung von Handlungsempfehlungen, grundsätzlicher Angelegenheiten, die sich im Zusammenhang mit der Umsetzung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG.) bzw. dem Abschnitt 8 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LwAnpG) ergeben. Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind die Bundesländer mit den drei Stadtstaaten sowie das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL).

Die ArgeLandentwicklung besteht, nach der Reorganisation, neben dem Plenum, aus drei Arbeitskreisen:

- Arbeitskreis I Grundsatzangelegenheiten
- Arbeitskreis II Recht
- Arbeitskreis III Technik und Automation

Entstehung des Projektes „LEFIS“

Im Jahre 2000 wurde im Arbeitskreis „Technik und Automation“ beschlossen, eine Expertengruppe zu bilden, deren Aufgabe die Entwicklung eines neuen länderübergreifenden Datenmodells sein sollte.

Zur Bildung dieser Expertengruppe kam es aufgrund der von der AdV seit 1995 begonnenen Neumodellierung der Informationssysteme der Katasterverwaltung (ALKIS-Modell) und der sich daraus resultierenden Konsequenzen für die angrenzenden Informationssysteme.

Der erste Arbeitstitel war LIKIS (Liegenschaftskatasterinformationssystem). Er wurde später in das heute bekannte ALKIS (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) umbenannt.

In ALKIS werden die beschreibenden Informationen (ALB) und die geometrischen Informationen (ALK)

integriert betrachtet und abgebildet. ALKIS selbst ist integriert in das Gesamtkonzept zur Modellierung der Geoinformationen im Vermessungswesen. (AAA – Modell)

Eingebettet im Gesamtkonzept sind auch:

- Die Festpunkte des geometrischen Raumbezuges (AFIS)
- Die Nachweise des amtlichen topografisch kartographischen Informationssystems (ATKIS)

Das AAA – Modell hat einen objektorientierten Ansatz, der auf internationalen Normen basiert und damit gleichzeitig die Forderungen an ein modernes Geodateninfrastruktursystem (GDI) erfüllt.

Neu geordnet wurde neben der konzeptionellen Sicht auch die externe Sicht (wie Schnittstellen und Datenformate).

Expertengruppe LEFIS

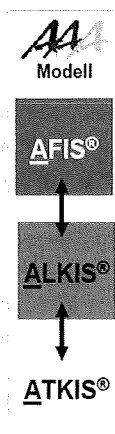
Die Expertengruppe „Datenmodellierung Fachinformationssystem“ ist Mitte des Jahres 2001 erstmalig zusammengetreten. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Bundesländer:

Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Sachsen und das BMVEL als Mitglieder vertreten.

Als Leiter der Expertengruppe wurde Herr Jörg Fehres aus NRW bestellt. Zwischenzeitlich sind die Flächenländer Bayern und Baden-Württemberg aus länderspezifischen Gründen ausgeschieden. Durch die gemeinsame Finanzierung haben sich die Länder jedoch die Nutzungsrechte am Datenmodell gesichert. Als Projektarbeitsname wurde der Begriff „LEFIS“ eingeführt.

In der konstituierenden Sitzung wurde der Arbeitsauftrag folgendermaßen definiert:

„Die Arbeitsgruppe war sich bewusst, dass die Erfüllung aller in der Einführung dargestellten Anforderungen, an ein neu zu schaffendes Informationssystem Landentwicklung, ein komplexes und zeitaufwendiges Vorhaben ist.“



Von daher ist der Arbeitsauftrag nur in mehreren, in sich überschaubaren und logischen Schritten durchzuführen, wobei die Prioritäten in der Abfolge festzulegen sind. Die Konkretisierung des Arbeitsauftrages sowie die Festlegung der Phasen und Prioritäten ist in enger Rückkopplung mit dem AK III durchzuführen.

Die Arbeitsgruppe sieht als primäre Aufgabe, die für die Bearbeitung eines Flurbereinigungsverfahrens notwendigen Daten gemeinsam festzulegen. Diese Daten sind dann nach normierten und standardisierten Datenmodellen (OGC, ISO – ALKIS - konform) zu modulieren und zu dokumentieren (UML).

Anschließend sollen die darauf beruhenden Arbeitsprozesse nach den oben genannten Normen moduliert und dokumentiert werden. Mit der Modulierung ist gleichzeitig zu überprüfen, inwieweit bereits Daten und Arbeitsprozesse in ALKIS abgebildet sind.“

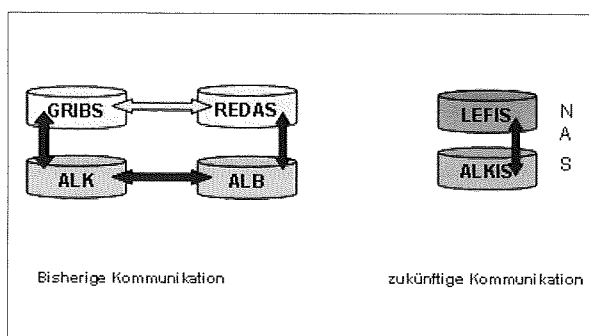
Derzeitige Situation in den Ländern

Alle Bundesländer haben derzeit Individualösungen unterschiedlicher Komplexität.

Im Grafikeil ist derzeit überwiegend das GIS - System (DAVID) der Firma IBR im Einsatz. DAVID findet seine flurbereinigungstechnische Ausprägung in speziell entwickelten bzw. angepassten, länderspezifischen Fachschalen.

Die Sachdatensysteme hingegen beruhen in den einzelnen Bundesländern auf relationalen Datenbanksystemen (Access, Informix, Oracle, etc.). Diese Systeme weichen, in Bezug auf Datenstruktur und Funktionalität, stärker voneinander ab, als die Grafiksysteeme. Im besten Falle sind Sach- und Grafiksysteeme miteinander bei bestimmten Objekten über fachliche Verknüpfungsattribute verbunden.

Für Rheinland – Pfalz sieht das folgendermaßen aus:



Der Nachteil dieser ungleichen Systeme liegt u. A. im hohen Synchronisationsaufwand, der zum Abgleich zwischen den internen und externen Systemen (Grafik, Sachdaten, ALB, ALK, SolumStar, ALKIS .etc.) betrieben werden muss.

In LEFIS verschmilzt das Sachdatensystem (z.B. in Rheinland-Pfalz: REDAS) und das Grafiksysteeme (GRIBS) zu dem gemeinsamen Fachinformationssystem (LEFIS).

DAS LEFIS – Modell

LEFIS ist die Abkürzung für LandEntwicklungFach-Informationssystem.

Gemeint damit ist hiermit kein Produkt im Sinne von Software oder Hardware, sondern nur ein Modell, welches die „reale Welt der Landentwicklung“ abbilden soll. Das LEFIS-Modell beschreibt alle in der Landentwicklungsverwaltung zu führenden Sachen (Objekte) sowie ausgewählte Aufgaben (Arbeitsprozesse) zur Führung und Benutzung dieser Sachen.

Folgende Sachen sind beispielsweise ein Objekt:

- Flurstücke, Lagebezeichnungen, Gebäude, Punkte,....
- Teilnehmer, Grundbucheigentümer, Personenangaben, Rechtsangaben,...
- Nutzungsart, Grenzpunkt usw.

Arbeitsprozesse sind z.B.

- Wertermittlung, Legitimation, Berechnung des Landabzuges, etc.

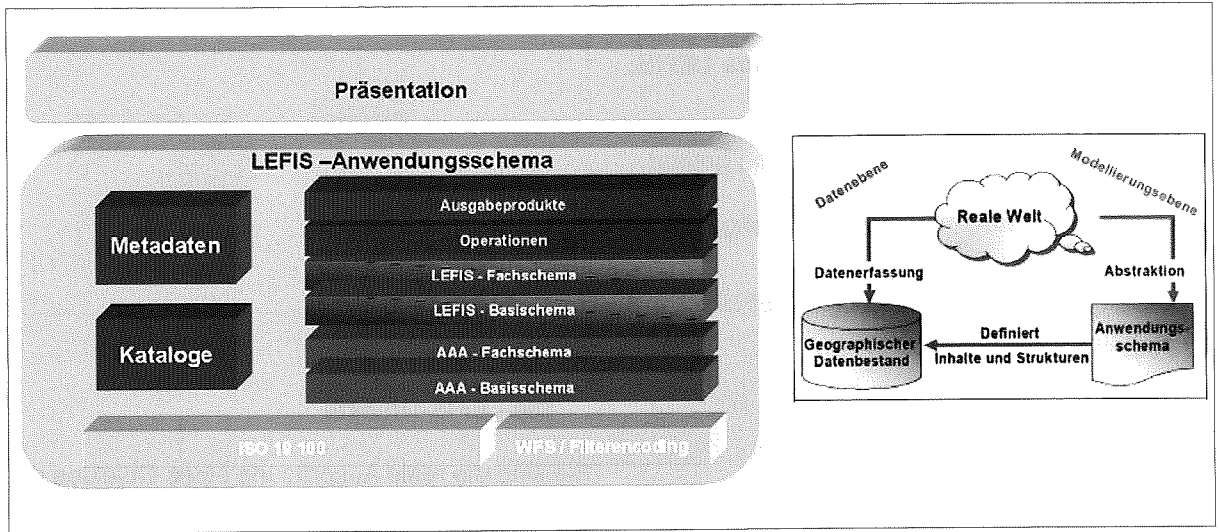
Weiterhin im Modell enthalten ist die Beschreibung einer Schnittstelle (Normbasierte Austausch-Schnittstelle (NAS)), mit der LEFIS - Objekte zwischen verschiedenen Softwarekomponenten bzw. Systemen transportiert werden können.

LEFIS ist stufenweise aufgebaut, wobei die Normierungsbasis die internationalen GIS-Normen (ISO (International Organisation for Standardization) ISO19100, OGC - Open Geospatial Consortium) darstellen.

Aufbauend auf diesen Normen beruhen die weiteren Definitionen auf dem AAA - Basisschema bzw. ergänzen bei identischen Objekten (z.B. Flurstücke, Tatsächliche Nutzung, Lagebezeichnungen, Personenangaben, etc.) das ALKIS - Fachschema.

In Anlehnung an ALKIS wurde, ein entsprechendes LEFIS Basis- und Fachschema eingeführt,

welches u. A. den Verfahrensbezug und den Projektstand (Alter Bestand/Neuer Bestand,..) widerspiegelt.



LEFIS Struktur

Für die Modellierung wurde folgende Struktur gewählt.

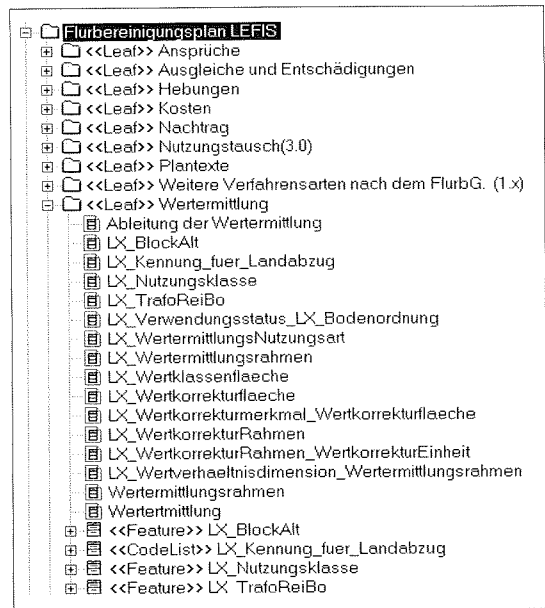
Objektbereich

Objektgruppen (Pakete) dienen zur Gruppierung von fachlich zusammengehörigen Objekten.

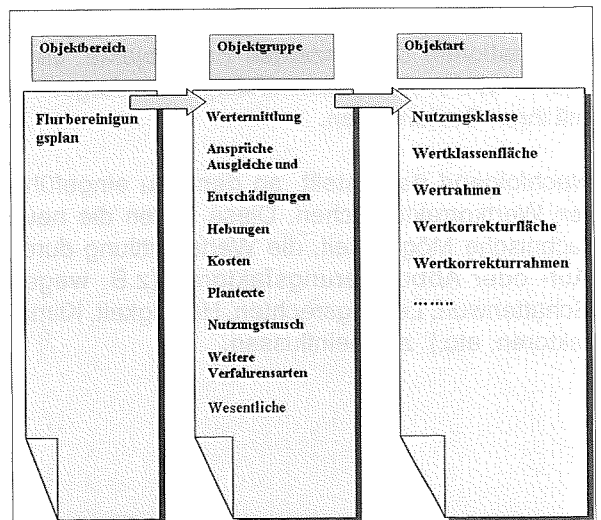
Objektbereich -> Objektgruppe -> Objektart

Objektgruppen (Pakete) sind Ansammlungen von Modellelementen beliebigen Typs, mit denen das Gesamtmodell in kleinere, überschaubare Einheiten gegliedert wird.

Ein Vorteil dieser Modularisierung liegt in der Möglichkeit der ev. Aufteilung der Entwicklungs- und Pflegearbeit in interne /externe Teams (einzelne Bundesländer / GIS – Firmen).



LEFIS lehnt sich hier an die Namensräume und wo es möglich ist, an die thematische Gliederung von ALKIS an. Die ALKIS Namensräume werden verwendet und um die Erfordernisse der Landentwicklung, erweitert. ALKIS- Objekte die keinen speziellen Verfahrensbezug aufweisen, wie z.B. die Katalogobjekte, werden unverändert in LEFIS einbezogen. ALKIS – Objekte jedoch, die einen Projektbezug aufweisen, werden als selbstständige Instanzen mit der Relation „ergänzt“ im Modell verwendet. Für eigenständige LEFIS-Objekte wurden spezifische Namensräume eingeführt.



Objektbereiche /-arten in LEFIS 1.1

Eine detaillierte Auflistung aller LEFIS – Objekte würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Deshalb ist die genaue Ausgestaltung im publizieren Objektartenkatalog „Fachschemata LEFIS“, veröffentlicht.

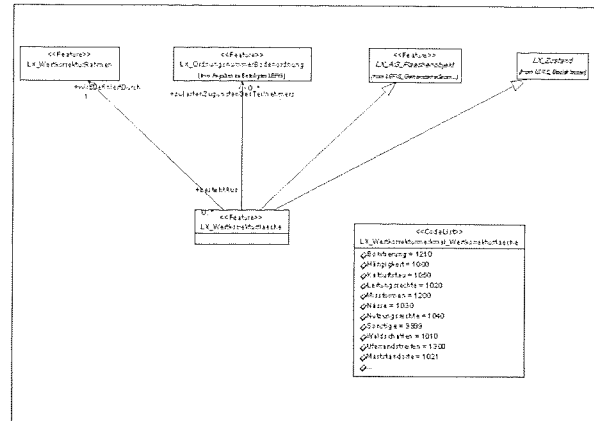
Derzeit werden folgende Objektbereiche geführt.

- Bauwerke, Einrichtungen und sonstige Angaben LEFIS
- Beteiligte, Rechte, Belastungen LEFIS
- Finanzierung LEFIS
- Flurbereinigungsplan LEFIS
 1. Ansprüche
 2. Kostenbeiträge und Hebungen
 3. Nachtrag
 4. Plantexte
 5. Weitere Verfahrensarten nach dem FlurbG.
 6. Wertermittlung
 7. Wesentliche Bestandteile
- Flurstücke, Punkte LEFIS
- Gebäude LEFIS
- Gesetzliche Festlegungen, Bewertungen LEFIS
- Migration LEFIS
- Nutzerprofile LEFIS
- Planungen LEFIS (Version 2.0)
- Tatsächliche Nutzung LEFIS
- Verfahrensangaben, Statistik, Kataloge LEFIS

Klasse / Objekt

Die Klasse enthält die abstrakte Beschreibung aller Informationen der einzelnen Fachobjekte. Jede Klasse wird in einem Klassendiagramm dargestellt mit ihren Beziehungen.

Nachfolgend dargestellt, an den neu eingeführten Wertkorrekturflächen. Diese bieten die neue technische Möglichkeit, die Wertermittlung durch Auf- oder Abbonitierungsfaktoren (z.B. wegen Schattenwurf, Leitungsrechten, Hängigkeit, Klimafaktoren, etc.) zu beeinflussen.



Die LEFIS-Objekte

Sie sind die reale Ausprägung eines Objektes der Landentwicklung (z.B. Flurstück, Recht in der Abteilung 2, etc.).

Das Objekt enthält die fachliche Sicht auf die reale Welt.

Die LEFIS- Objekte werden in den drei, um die LEFIS -Eigenschaften erweiterten, AAA – Definiensvarianten geführt:

- **Raumbezogene Elementarobjekte**
Ist die Zusammenfassung von Basisklassen, für raumbezogene Fachobjekte die geometrisch durch eine Fläche repräsentiert werden und sich mit anderen raumbezogenen Fachobjekten, des gleichen PunktLinienThemas, Linien- und Punktgeometrie teilen oder einen einfachen topologischen Raumbezug haben.

- **Nicht Raumbezogene Elementarobjekte**

Ist die Basisklasse von nicht raumbezogenen Elementarobjekten (LX_NREO) mit allen Eigenschaften eines Objektes, welches im Unterschied zu den raumbezogenen Elementarobjekten keine geometrische oder topologische Beschreibung besitzen.

- **Zusammengesetzte Objekte**

Können aus einer beliebigen Zahl und Mischung semantisch zusammengehörender raumbezogener Elementarobjekte, nicht raumbezogener Elementarobjekte oder zusammengesetzter Objekte bestehen.

| | | |
|------------------|---|-------------------------------------|
| R E O | Raumbezogene Elementar- Objekte | Flurstücke |
| | | Tatsächliche Nutzung |
| | | Öffentlich-rechtliche Festsetzungen |
| | | Topographie |
| | | Präsentation |
| | | Lage_Position |
| N R E O | Nicht Raumbezogene Elementar Objekte | Lage |
| | | Personen-, Bestandsangaben |
| | | Reservierung |
| Z U S O | Zusammen gesetzte Objekte | Netzkpunkte Liegenschaftskataster |
| | | Netzkpunkte Landesvermessung |
| | | Gebäude |

Verbindung / Relation

Stellt die Verbindung einer Klasse zu einer anderen Klasse dar (z.B. Eigentümer gehört zu Flurstück / Grundstück, Teilnehmer hat Grundbuchrechte, ...).

Datenverwaltung unter LEFIS

Eine der grundsätzlichen Eigenschaften der AAA – Objekte ist die Möglichkeit, Instanzen von Objekten über Fremddatenbeziehungen, originär im Datenbestand vorzuhalten. (Beispiel: Die Flurstücke des Alten Bestandes könnten, falls die technischen und fachlichen Voraussetzungen vorliegen, systemseitig, originär im Katasterumfeld referenziert werden.)

Nach längeren Diskussionen innerhalb der Gruppe und mit den Experten der AdV, wurde aber von dieser Variante aus fachlichen Gründen Abstand genommen. LEFIS speichert die ALKIS – Objekte in einem projektbezogenen Sekundärdatenbestand, wobei die jeweiligen ALKIS - Objekte (z. B. Flurstück, Personenangabe, Tatsächliche Nutzung, etc.) isolierter Bestandteil des entsprechenden LEFIS- Objektes sind. Der denkbare von der AdV vorgeschlagene Einsatz der AAA-Versionierung reichte für unsere Anforderungen nicht aus.

Neben der Projektbezogenheit müssen die einzelnen Objekte auch in den Bearbeitungsstufen (Alter Bestand, Planungsbestand, Neuer Bestand,...) jederzeit ansprechbar sein.

Ein weiterer Vorteil dieser „ALKIS-Kopien“ ist die einfache Unterstützung der NAS bzw. die Schaffung der Möglichkeit, die AAA-Funktionalitäten, wie ALKIS – Arbeitsprozesse (Flurstückszerlegung, Flurstücksverschmelzung, Auswertungen, Erzeugung digitaler Ausgabeprodukte, usw.) ohne großen Mehraufwand nutzen zu können.

Das angesprochene Versionisierungskonzept wird jedoch für die Nachtragsbehandlung eingesetzt, wobei durch geschickte Anwendung der Lebenszeitspanne, immer eine zeitliche Rekonstruierbarkeit und Auswertbarkeit der Datenbestände möglich wird.

Grundprinzipien der Datenerfassung und Datenhaltung

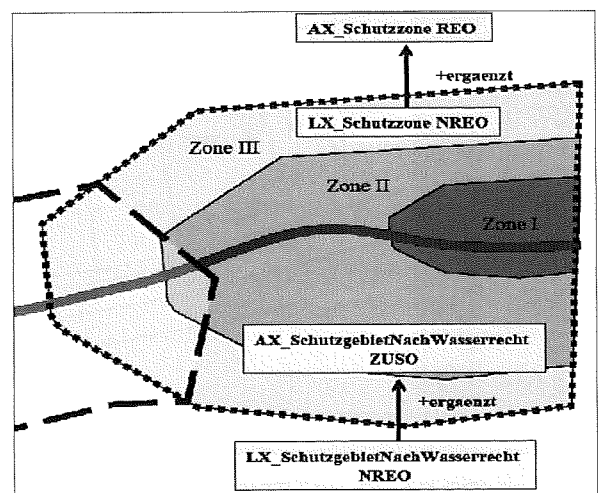
In ALKIS und LEFIS wird auf eine kleinflächige Erfassung und Speicherung vieler thematischen Flächen (z.B. Tatsächliche Nutzung, Klassifizierung, Wertermittlung, etc.) verzichtet. Grundsätzlich werden immer alle zusammenhängenden Flächen gleicher Bedeutung global erfasst. Um jetzt, z.B. die entsprechenden Informationen auf Flurstücksebene zu erhalten, werden alle beteiligten Flächen programmatisch verschnitten und ev. bilanziert.

Beispiel:

In LEFIS werden nicht mehr die Teilfläche Nutzungsart und Wertklasse erfasst, sondern getrennt die räumlich, zusammenhängende Nutzungsartenfläche (z.B. Ackerland, Grünland, etc.) und die Wertklassenfläche gleicher Wertzahl (z.B. Fläche mit Wertzahl 40). Erst durch die Verschneidung und Verwertung mit den betroffenen Flurstücken ergeben sich die, unter Berücksichtigung von Wertkorrekturangaben und Wertermittlungsrahmen, bisher in Rheinland-Pfalz verwendeten Wertermittlungsabschnittsflächen, die NKZ und Klasse.

Diese Funktionalitäten und die beteiligten Datenmodellobjekte werden über die Arbeitsprozesse beschrieben.

Beispiel: LEFIS- Objekte erweitern ALKIS-Objekte



Arbeitsprozesse

Zu Beginn der Projektarbeit war man, der Meinung, dass es reicht, „nur“ ein Datenmodell „Landentwicklung“ zu entwickeln. Es kristallisierte sich aber schnell heraus, dass es zwingend notwendig wurde, um u. A. das Modell auf Vollständigkeit und Qualität prüfen zu können, auch Methoden beschrieben werden müssen, die die Verwendung der beschriebenen Objekteigenschaften festlegt.

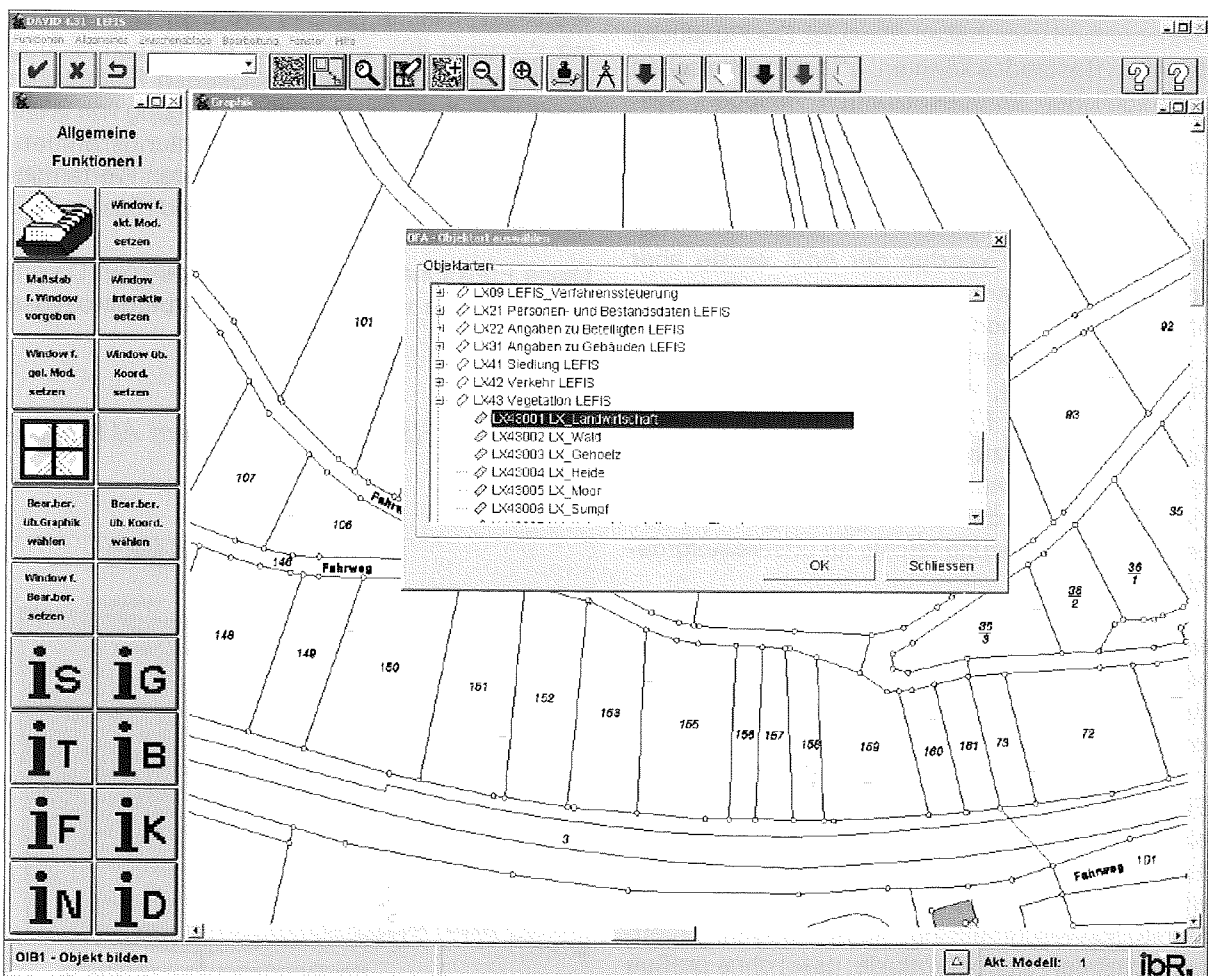
Dieser Prozess der Methodenbeschreibung in LEFIS stellt jedoch keine Festlegung von Arbeitsvorgängen in den einzelnen Ländern dar, sondern dient der gegenseitigen Qualifizierung (Datenmodell <-> Arbeitsprozesse) und der Vorbereitung der Implementierung bzw. der Implementierungsausschreibung.

Ausgabeprodukte LEFIS

In der Version 1.1 sind derzeit die klassischen Landentwicklungsprodukte als NAS – Ausgabeprodukte definiert.

- Nachweise des Alten Bestandes:
 1. Grundbuchdaten
 2. Anspruchsnachweis
 3. Katasterdaten, Wertermittlungsdaten
 4. Katasterdaten...
 5. Berechnung des Abfindungsanspruches
 6. Nebenbeteiligte
 7. Teilnehmer
- Nachweis des Neuen Bestandes:
 1. Ausgleich u. Entschädigungen
 2. Beiträge gem. §19 FlurbG
 3. Kataster, Wertermittlungsdaten
 4. Neue Flurstücke,(Grundbuchexemplar)
 5. Rechte, Lasten und Beschränkungen
 6. Wesentliche Bestandteile
- Textlicher Teil zum Flurbereinigungsplan
- Sonstige Berichte/Verzeichnisse, etc.

Grundsätzlich können, aufgrund der LEFIS- Struktur, die Ausgabeprodukte die in ALKIS definiert und realisiert sind, verwendet werden.



Beispiel: IBR DAVID mit LEFIS - Objektbehandlung

Da LEFIS in enger Anlehnung an ALKIS modelliert wird, sind wir den Vertretern der AdV für die kollegiale und kompetente Zusammenarbeit dankbar.

Ende 2006 hat ein Workshop mit ausgewählten Vertretern der GIS - Hersteller: AED-SICAD, IBR und CPA stattgefunden, mit der Zielsetzung, im Vorfeld abzuschätzen, ob das theoretische Modell im Wesentlichen aus Sicht der GIS- Hersteller implementierbar erscheint.

Die Vertreter von AED-SICAD und IBR waren bereits in der Lage, aufgrund der normbasierten Definition und der vorhandenen Herstellersoftware, beispielhaft Prototypanwendungen vorzustellen.

Aufgrund der dort gewonnenen Erkenntnisse und Vorschläge wurde bzw. wird LEFIS weiter angepasst.

Zeitplan

Bis Ende 2007 Definition des UML -Datenmodells mit

- Durchgängige Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren
- Generierung der Bestandteile des Bodenordnungsplans
- Nachtragsbehandlung

Bis Ende 2008

- Revisionsphase , Qualifizierung des Modells
- Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen
- Ausbau zu einem umfassenden Informationssystem

Ab 2009

- Je nach Realisierungsstand von ALKIS (der Zeitplan sieht z.B. für Rheinland-Pfalz bis 31.12. 2009 die voraussichtlich, flächendeckende Einführung vor), die Prüfung der Implementierung von LEFIS

Fazit und Ausblick

Die Einführung von ALKIS wird ganz neue Herausforderungen an die jetzt bestehenden Landentwicklungssysteme stellen, die sich nicht vollständig durch Migrationstechnologien beherrschen lassen.

Die neue LEFIS-Datenstruktur ist unabhängig von Hard- und Software definiert. Sie bietet damit die Gewähr der Sicherung zukünftiger Investitionen und verbaut nicht den Weg für notwendige Weiterentwicklungen.

Mit LEFIS wird erstmalig in den Ländern ein ganzheitliches Datenmodell für Geometrie- und Sachdatenverwaltung zur Verfügung gestellt. Damit entfallen die bisherigen Synchronisationsprobleme zwischen den getrennten Altsystemen und den Drittsystemen.

Durch den länderübergreifenden Standard bieten sich gerade bei der Implementierung große Synergieeffekte und im Hinblick auf zukünftige Haushalte, Einsparmöglichkeiten bei der Realisierung und Pflege der Systeme. In diesen Kontext passt auch, dass zur Vermeidung ev. zukünftiger länder-spezifischer Derivate, das Datenmodell, auch bei künftiger Weiterentwicklung, nur als gemeinsames bundesweites Modell fortgeschrieben wird.

LEFIS bietet, durch u. A. Nutzung der NAS, die Möglichkeiten einer offenen Geodatenkommunikationsplattform.

Durch LEFIS sind, in Zukunft, die Selektion nach folgenden Kriterien möglich:

- fachlich / thematisch
- räumlich
- zeitlich (Beispiel: jeder Verfahrenszustand, zu einem beliebigen Stichtag, ist realisierbar)

Durch die GDI - konforme Modellierung lassen sich jetzige, und hoffentlich auch zukünftige, e-government Anforderungen erfüllen.

LEFIS ist ein sehr ambitioniertes Projekt, welches Dank der guten und kollegialen Zusammenarbeit und Unterstützung Vieler, bereits eine große Wegstrecke zurückgelegt hat.

Es verlangt jedoch noch erheblich weiterer Investitionen und Optimierungen, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

Weitere detaillierte Informationen sind unter www.landentwicklung.de verfügbar.

Quellen:

- Aktuelle Dokumente der GeoInfoDok
- LEFIS – Dokumente
- Fehres „Landentwicklungsfachinformationssystem“ Vortag InterGeo

Einsatz von Webtechnologien bei Datenbankanwendungen

Frank Gimber, DLR RH-N-H, Bad Kreuznach

Übersicht der Software-Architekturen

Das 1-Schicht-Modell als erster Schritt in die flächendeckende EDV-Landschaft

Vielen von uns ist die Rechnerwelt der damaligen Landeskulturverwaltung in der „VOR-REDAS-Zeit“ noch in Erinnerung:

Einzeln aufgestellte, unvernetzte Rechner arbeiteten mit ihren, auf der Festplatte oder noch von Diskette geladenen, Programmen.



Abb. 1: „1-Schichten-Modell“

Größere Drucke und Berechnungen wurden zentral bei der damaligen „Lufbild- und Rechenstelle“ über Großrechenanlagen durchgeführt, wobei sich der Datentransfer auf den Austausch von Disketten beschränkte.

Bei einer solchen Konstellation spricht man vom so genannten „1-Schicht-Modell“: Datenhaltung, Präsentationslogik und Anwendungsteil liegen auf ein und demselben Rechner, der keinerlei Serververbindung benötigt. Jeder Rechner muss einzeln vor Ort administriert werden.

2-Schichten-Modell

Mit der Datenbankanwendung REDAS betrat die damalige Landeskulturverwaltung die „Client-Server-Welt“. Auf dem Server läuft eine Datenbankanwendung für die Datenhaltung.

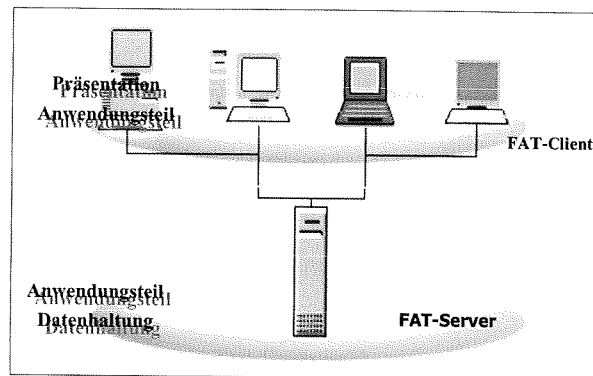


Abb. 2: „2-Schichten-Modell“

Die Clients bzw. PCs übernehmen die Logik und die Darstellung der Benutzerschnittstelle, was letztlich die vollständige Installation von Applikationssoftware auf dem jeweiligen Rechner erfordert¹⁾. Die Datenhaltung in Form einer Datenbank wird durch den Server realisiert. Dadurch ist sichergestellt, dass unterschiedliche Rechner auf genau die gleichen Daten zugreifen. In der Informatik spricht man in diesem Zusammenhang vom „2-Schichten-Modell“. Dabei können sowohl der Server, als auch die Client Programmlogik, den so genannten Anwendungsteil, enthalten. REDAS z.B. verfügt sowohl auf dem Server, als auch auf dem Client über Plausibilitätsprogramme, Testroutinen etc.

3-Schichten-Modell

Mit dem Intra- und dem Internet werden vernetzte Datenstrukturen immer wichtiger. Der PC im klassischen Sinne wird nicht mehr benötigt. Ein WEB-fähiges Ausgabegerät, das kann z.B. ein UMTS-Handy, ein Browser der auf dem PC läuft oder ein PDA sein, genügt völlig, da das Ausgabegerät nur

1) Man liest in diesem Zusammenhang oft den Begriff „FAT-Client, der im Gegensatz zum THIN-Client, für einen Rechner steht, der über eine vollständig installierte Programmausführungsumgebung verfügt.

noch die Präsentation („Präsentationsschicht“) übernimmt. Die eigentliche Anwendung läuft irgendwo im Netz auf verteilten Applikationsservern („Applikations- bzw. Logikschicht“), die ihrerseits die benötigten Daten von im Netz verteilten Server-Datenbanken auslesen („Datenschicht“).

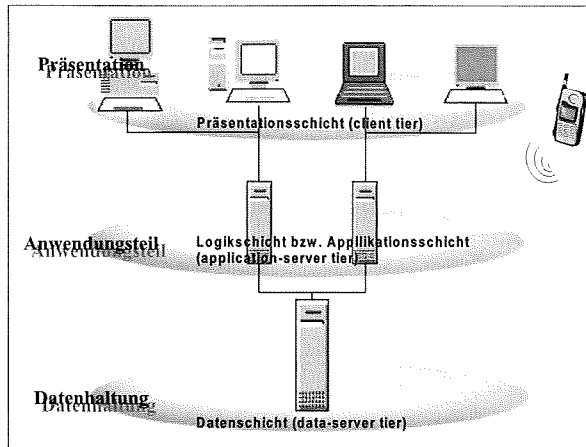


Abb. 3: „3-Schichten-Modell“

Es handelt sich hier um das so genannte „3-Schichten-Modell“:

- Präsentationsschicht / Client tier:
Die Präsentationsschicht als Front-End
- Applikations- bzw- Logikschicht / Application tier:
Die Logikschicht beinhaltet alle Verarbeitungsmechanismen. Hier ist sozusagen die Programmintelligenz vereint. (WebServer evtl. im „Real Application Cluster“).
- Datenschicht / data server tier:
Als Datenschicht fungieren ein oder mehrere Datenbankserver.

Dieses 3-Schichten-Modell hat viele Vorteile:

- Kapselung von Datenquellen (standardisierte Adapter zu Datenbanken, Message Queueing²⁾, Directory-Diensten³⁾, Anwendungen)
- Interfaces zu höherwertigen Diensten: Asynchrone Kommunikation⁴⁾, Transaktionsverarbeitung, Persistenz⁵⁾
- Skalierbarkeit⁶⁾, ohne die Anwendung modifizieren zu müssen
- Monitoring-, Kalibrierungs-, Logging- und Management-Funktionen zur Laufzeit

In unserer Verwaltung hat das 3-Schichten-Modell in vielfältiger Ausprägung bereits Gestalt angenommen.

Auf der Applikationsschicht verwenden wir momentan die folgenden Komponenten:

Als WebServer dienen 3 Produkte:

- Oracle ApplicationServer 10g
Es handelt sich hier um einen „aufgebohrter ApacheWebServer“ mit 2 Komponenten
 - InfraStructure:
 - Oracle Datenbank für SingleSignOn⁷⁾, LDAP
 - MiddleTier:
 - Apache WebServer mit OC4J-Servlets (Forms,Reports,Portal,Discoverer). OC4J steht für „Oracle Container for (4) Java“ und sind zu dem Industriestandard J2EE („Java 2 Enterprise Edition“) konforme Java-Servlets.
- Microsoft Windows Server
 - **ASP .NET, .NET Framework**
- Lotus.Notes „Domino Server“
 - HTTP-Server, SMTP-Dienste für Mail etc.

Diese Serversoftware bietet die folgenden Dienste bzw. Komponenten an:

- Oracle Application Server
 - Forms, Reports, Discoverer
 - Portal
- Oracle Application Express
- CGI-Anwendungen
- Lotus.Notes Dokumentendatenbank im Web

In der Datenhaltungsschicht verwenden wir

- Oracle 9/10g-Datenbanken
- MicroSoft-SQL-Server
- Lotus-Domino-Datenbank
- Statische Dokumente

2) Message Queueing bezeichnet die Verarbeitung von Nachrichten in Form von Warteschlangen.

3) Directory-Dienst, auch Verzeichnisdienst genannt, dient im Internet i.d.R. dazu Benutzerdaten (Zugriffsrechte, Passwörter, Standort etc.) zentral zu sammeln, zu verwalten und Applikationen zur Verfügung zu stellen.

4) Asynchrone Kommunikation bezeichnet die Möglichkeit, Daten zeitlich versetzt zu senden bzw. zu empfangen und damit zu verhindern, dass eine Applikation blockiert.

5) Möglichkeit der Speicherung von Objekten in Datenbanken.

6) Unter Skalierbarkeit versteht man die Anpassung der Applikation an einen veränderten Ressourcenbedarf.

7) SingleSignOn ermöglicht es, dass sich der Anwender nur noch ein einziges Mal bei einer Anwendung anzumelden hat, und diese Anmeldung auch für andere Anwendungen Verwendung findet.

Komponentensoftware der Applikationsschicht im heute aktuellen 3-Schichtenmodell

Oracle Application Server Forms 10g

Seit Einführung des Softwaresystems REDAS ist Oracle-Forms in der Windows-Version in unserer Verwaltung im Einsatz. Es handelt sich hierbei um eine Laufzeitumgebung für Datenbankmasken. Oracle hat Forms ab der Version 9 zur Entwicklungsplattform für Web-Datenbank-Anwendungen weiterentwickelt.

Als Entwicklungsumgebung dient der Forms Builder, ein so genanntes RAD⁸⁾.

Es können in Forms alle Windows-typischen Steuerelemente (Combolisten, Buttons, einfache Listen, Textfelder, Tabellen, Navigatorbäume etc.) verwendet und mit eigenen Programmerroutinen in der 4GL-Programmiersprache PL/SQL erweitert werden.

Dabei unterstützt Forms Event-Handling⁹⁾ über Trigger (PL/SQL-Routinen). Der Forms Builder unterstützt die Programmierung durch den Objektivnavigator, WYSIWYG-Technik¹⁰⁾, Objektvererbung, Bibliotheken, Java-Bean-Anschluß und eine eingebaute Testumgebung mit Laufzeitumgebung und Debugger (zur Einzelschrittausführung von Programm-Code).

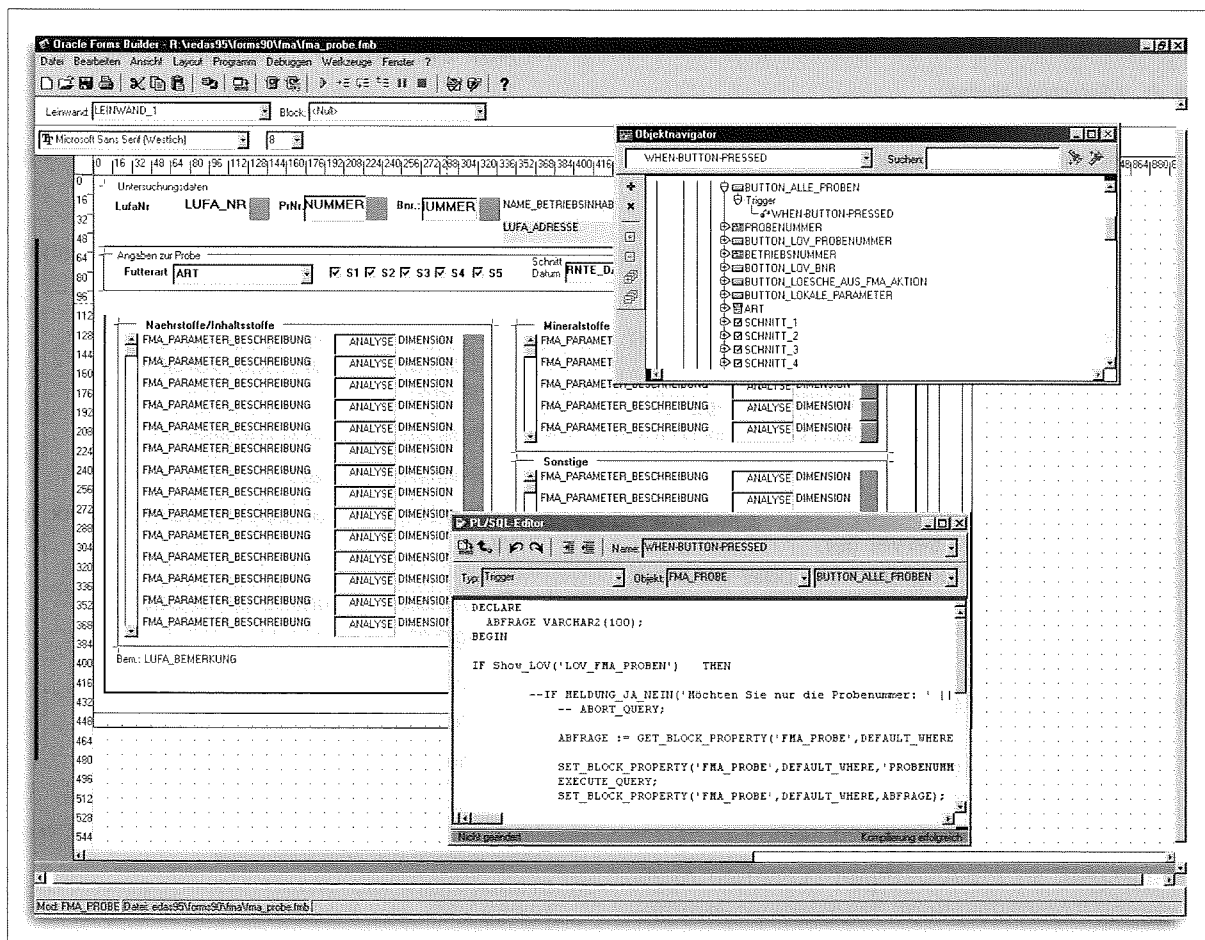


Abb. 4: Entwicklungsumgebung „Forms-Builder“

- 8) RAD steht für „Rapid Application Development“, ein prototypisches Vorgehen zur schnellen Softwareentwicklung.
- 9) Event Handling bezeichnet die programmierte Reaktion auf Ereignisse, wie Button-Druck, Feldverlassen bzw. –bedrehen usw.
- 10) WYSIWYG, „What You See Is What You Get“, bezeichnet eine Technik, bei der in Echtzeit jede Veränderung im z.B. Aussehen einer Maske direkt dargestellt wird. Die Darstellung entspricht dabei genau dem fertigen „Produkt“.

Die Laufzeitumgebung von Forms besteht aus 3 Komponenten die sich auf Browser (Präsentationsschicht) und Application-Server (Applikationsschicht) verteilen:

- Auf dem Browser sorgt eine Java-Runtime¹¹⁾ mit dem Namen Jinitiator für die Darstellung der Formsmasken und für die Kommunikation mit der Forms Runtime.
- Seitens des Application Servers werden 2 Prozesse benötigt:
 - Forms Listener Servlet
- Erzeugt für jeden Client einen Forms Runtime-Prozess
- Dient der Netzwerk-Kommunikation zw. Forms Client und Runtime-Prozess
 - Forms Runtime
- Dient der Verbindung zw. Datenbank und Forms Client

Die Vorteile von Oracle-Forms liegen in der Verwendung der SWING-Java-Bibliothek¹²⁾ mit Windowsartigem LOOK- and FEEL, der theoretischen Migrationsmöglichkeit von „alten“ Windows-Forms-Anwendungen in Richtung WEB und, falls vom Anwender erlaubt, dem vollen Zugriff auf den Client über Java-Beans.

Leider bedingen diese Vorteile auch den größten Nachteil von Oracle-Forms: Der Client bzw. Browser benötigt eine Java-Runtime-Umgebung.

An dieser Stelle möchte ich exemplarisch die in unserer Verwaltung bereits erfolgreich eingesetzte Oracle-Forms 10g Anwendung FMA¹³⁾ vorstellen.

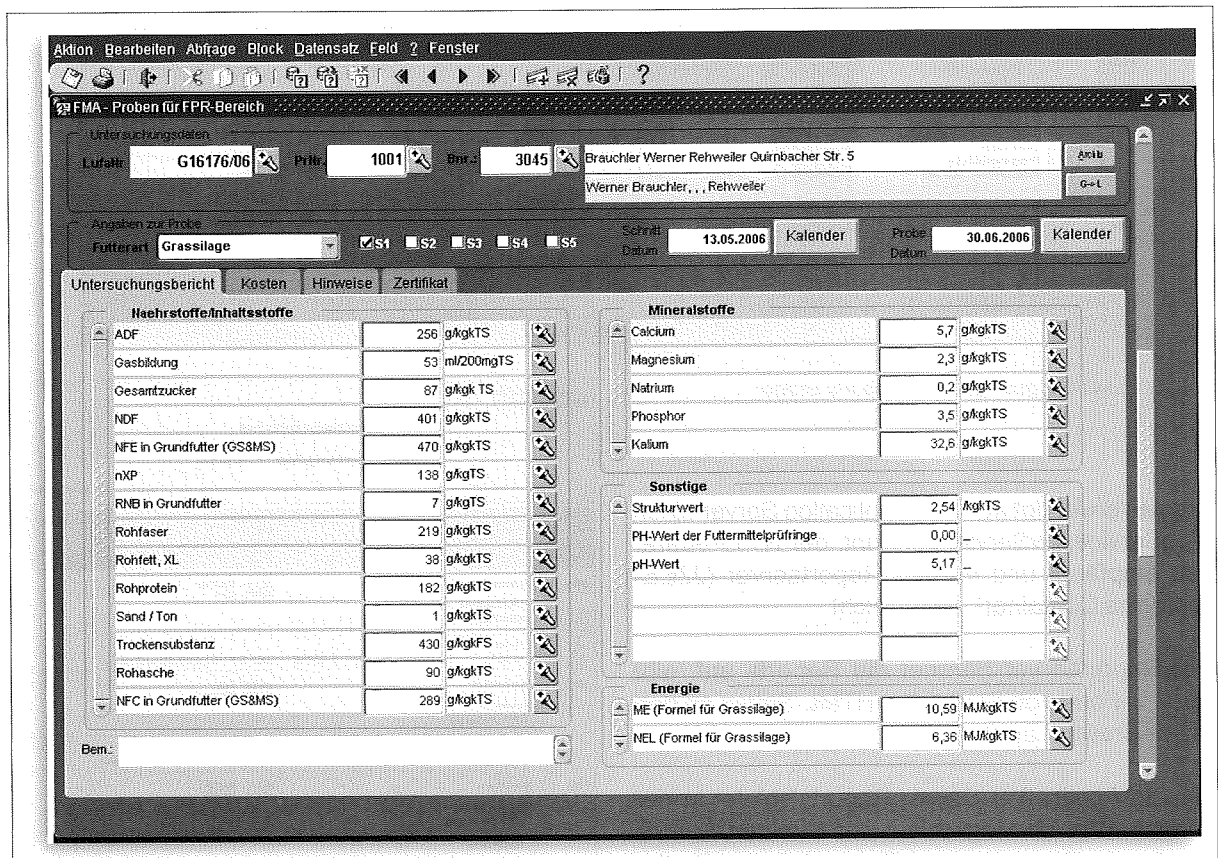


Abb. 5: Beispiel: FMA-Maske zur Probenverwaltung

11) Unter der Java-Runtime versteht man den Java-Interpreter, der die Java-Programme betriebssystemunabhängig, quasi in seinem eigenen Java-Betriebssystem, der „Java Virtual Machine (JVM)“, ausführt.

12) Die Java-Swing-Bibliothek ist eine portable Grafik-Bibliothek (GUI), die über alle benötigten Steuerelemente (Button, Comboboxen, Listen etc.) verfügt.

13) FMA steht für „Futtermittelanalyse“

Oracle Application Server Reports 10g

Auch bei „Oracle Application Server Reports 10g“ handelt es sich um eine Weiterentwicklung der bei REDAS schon seit Jahren für die Generierung von Drucken verwendeten Report-Software.

Die Entwicklung erfolgt mittels des Reports Developers, auch hier ein so genanntes RAD –Werkzeug (Rapid Application Development), das die visuelle Erstellung von Listen und Berichten ermöglicht, wobei mittels der PL/SQL-4GL-Programmiersprache auch komplexe Ausgaben möglich sind.

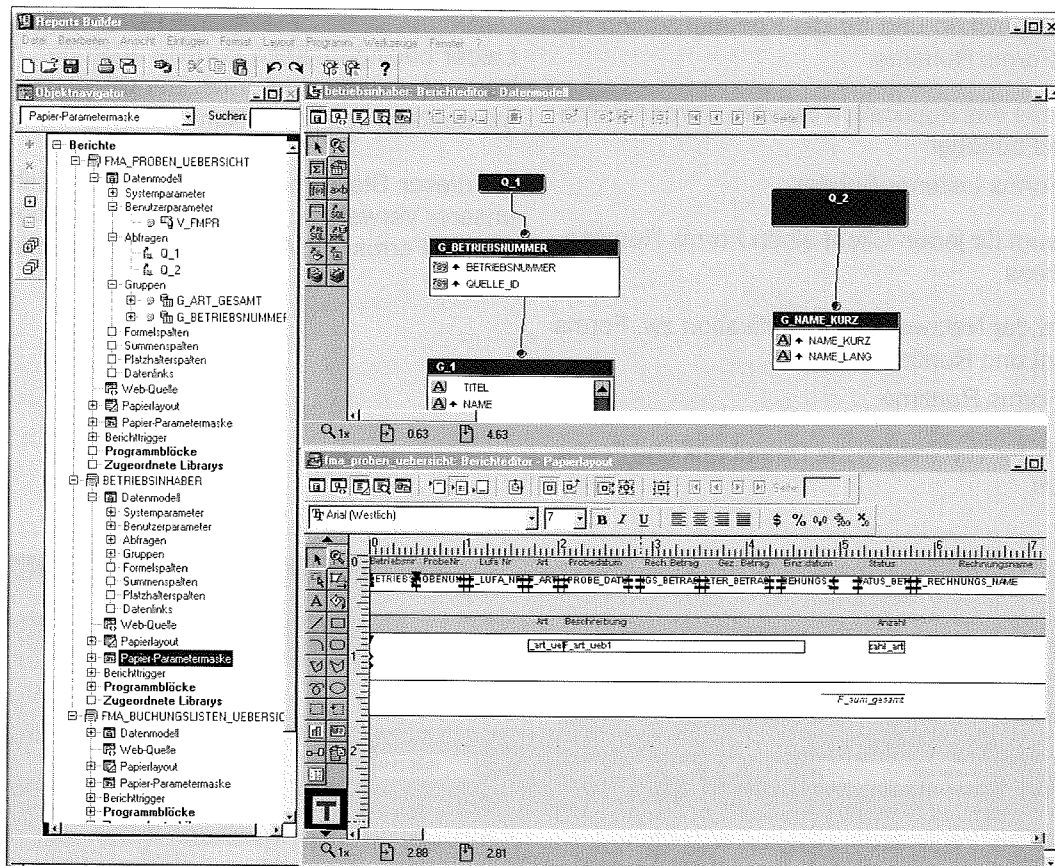


Abb. 6: Entwicklungsumgebung „Reports-Builder“

Oracle verwendet auf dem Application Server einen Webservice, `rwServlet` genannt, der HTTP-Anfragen empfängt und an den Reportserver (J2EE-konformer Container) weiterreicht.

Der Reportserver bereitet die Reports auf, gibt diese in Form von PDF- bzw. HTML-Seiten an den Client-Browser zurück.

„Oracle Application Server Reports“ bietet in der Version 10g die Möglichkeit des direkten Aufrufs aus Oracle-Forms heraus, die vereinfachte Portierung von REDAS-Reports in das „WEB“.

Im Programmsystem FMA wurde Oracle-Reports für alle Berichtsausgaben im PDF-Format mit Erfolg eingesetzt.

Abb. 7: Beispiel: FMA-Bericht der Betriebsinhaber

| AG Futtermittelpfänger Rheinland - Pfalz und Saar e.V. | | | |
|---|--|---------------------------------------|-----------------------------------|
| Betriebsinhaber | | | |
| Futtermittelpfänger Pfalz-Rheinhesen | | | |
| Stand 19.06.07 | | | |
| Betriebsnr. | Name Anschrift | Telefon Fax Mobil E-Mail | |
| 3001 | Fuhmann, Bernd Winterbacherstr. 14 66917 Biedershausen | 06375 - 5187288 06375 - 6346 | |
| | Kontoinhaber: | | |
| | Konto Nr. 6100040 | BLZ 54261700 | Bank Ort VR-Bank Südwestpfalz |
| 3002 | Bier, Norbert Kuseler Str. 27 66871 Pflfelbach | 06381 - 1429 06381 - 993621 | |
| | Kontoinhaber: | | |
| | Konto Nr. 31425301 | BLZ 54090000 | Bank Ort Volksbank Kaiserslautern |
| 3003 | Bohl, Klaus Hauptstr. 30 66919 Herschberg | 06375 - 269661 06375 - 993665 | |
| | Kontoinhaber: | | |
| | Konto Nr. 61000550 | BLZ 54250010 | Bank Ort Sparkasse Südwestpfalz |
| 3004 | Acker, Horst & Peter Setzenweg 2 55294 Bodenheim | 06135 - 2669950216 06135 - 9108824 | |
| | Kontoinhaber: | | |
| | Konto Nr. 5720044 | BLZ 55061907 | Bank Ort Vo Ba Rhein-Selz |
| 3005 | Brassel, Dietmar u. Jörg In der Alb 5 66871 Albesen | 06384 - 336 06384 - 993682 | |
| | Kontoinhaber: | | |
| | Konto Nr. 1590252383 | BLZ 54020474 | Bank Ort Hypobank Kusel |
| 3006 | Corcius, _ Hanauer Hof 66957 Vinningen | 06335 - 7251 | |

Der Discoverer setzt sich aus zwei Oracle-Application-Server-Prozessen¹⁴⁾ zusammen:

Das Discoverer-Servlet leitet alle Anfragen von der Client-Seite an den Discoverer-Server weiter und sorgt für die Erstellung der HTML-Seiten und der darin eingebetteten JavaScript-Befehle¹⁵⁾. Der Discoverer-Server verbindet sich mit der Datenbank¹⁶⁾ und liefert die eigentlichen Abfragedaten.

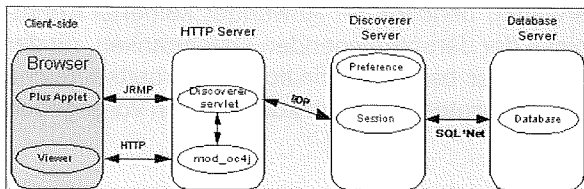


Abb. 10: Kommunikationsübersicht der Discoverer-Module

Oracle Application Server Portal 10g

Ein Portal, im Sinne der Informatik, dient der Integration von Anwendungen, Prozessen und Diensten und verfügt über Funktionen zur Personalisierung und Benutzerverwaltung.

Oracle spricht von „enterprise portals“, da Oracle-Portal vollständig J2EE¹⁷⁾ unterstützt. Dabei bilden so genannte Portlets auf der Clientseite eine einfach zu benutzende Oberfläche innerhalb des Browsers (Fenster mit Schaltflächen zum Maximieren, Minimieren, Editieren, Hilfe). Intern, also auf Serverseite, kann nun eine beliebige Anwendung liegen, die ihre Darstellung auf das Portlet weiterleitet. Als Anwendungen wären hier zu nennen:

- Web Services management
- Direkter Zugriff über MODPLSQL¹⁸⁾ auf Datenbankabfragen
- Oracle Drive für Content-Management¹⁹⁾.
- Direkte Einbindung von Forms, Reports, Discoverer etc.

14) Unter Server-Prozesse des Applikation-Servers versteht man so genannte Servlets. Ein Servlet ist das Java-Pendant zu CGI-Skripten. Die Kommunikation erfolgt über die HTTP-Methoden GET und POST (näheres siehe CGI-Skripte) oder über das SOAP-Protokoll.

15) Reines HTML bietet keine großen Möglichkeiten der Interaktion. Darum werden in HTML-Seiten JavaScript-Befehle eingebettet, die von einem im Browser integrierten JavaScript-Interpreter auf der Client-Seite ausgeführt werden.

16) Die Applikationsschicht, hier der Discoverer-Server, kommuniziert mit der Datenschicht, einer irgendwo im Netz beheimateten Datenbank.

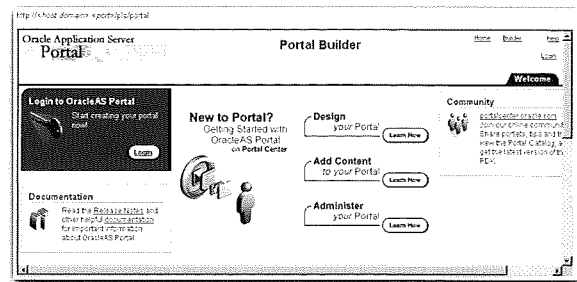


Abb. 11: Startbildschirm der Portal-HTML-Entwicklungs Oberfläche „Portal-Builder“

Die Programmierung eines Portals erfolgt über den Portal-Builder, selbst eine Portal-Anwendung, in dem die einzelnen Portalbereiche, Portlets genannt, mit Anwendungen bzw. Dokumenten verbunden werden.

Im Portal-Builder werden sämtliche Portalbenutzer und deren Zugriffsrechte verwaltet.

Der erste Einsatz von Oracle-Portal in unserer Verwaltung betrifft das Projekt LEFIS²⁰⁾-Portal. Dabei handelt es sich um ein Fachportal zur Veröffentlichung der Dokumente der Arbeitsgruppe LEFIS:

- Die gesamten Dokumente sind in der Datenbank abgelegt.
- Es gibt öffentliche und interne Bereiche.
- Dokumentenablage ist über Windows möglich.

Das LEFIS-Portal wird bundesweit von allen Mitgliedern der AG LEFIS als Kommunikationsmedium eingesetzt.

Im internen Bereich, der nur über Benutzerauthentifizierung erreichbar ist, liegen die nicht öffentlichen Dokumente.

17) J2EE, „Java 2 Enterprise Edition“, oder Java EE, ist ein Industriestandard einer Softwarearchitektur für die transaktionsbasierte Ausführung von in Java programmierten Anwendungen. Dabei werden aus modularen Komponenten mehrschichtige, verteilte, skalierbare Anwendungen programmiert.

18) MODPLSQL ist ein Apache-Web-Server-Modul/Container, der es ermöglicht PL/SQL-4GL-Programme gegen die Oracle-Datenbank im WebServer zu betreiben. Als Ergebnis eines PL/SQL-Programms innerhalb des MODPLSQL entsteht i.d.R. HTML-Code.

19) Die digitalen Informationen werden oft als Content (Inhalt) bezeichnet. Das Content-Management von Portal ist ein in der Datenbank gespeichertes und mit einer Versionskontrolle versehenes Dateisystem.

20) LEFIS, „Landentwicklung Fachinformationssystem“

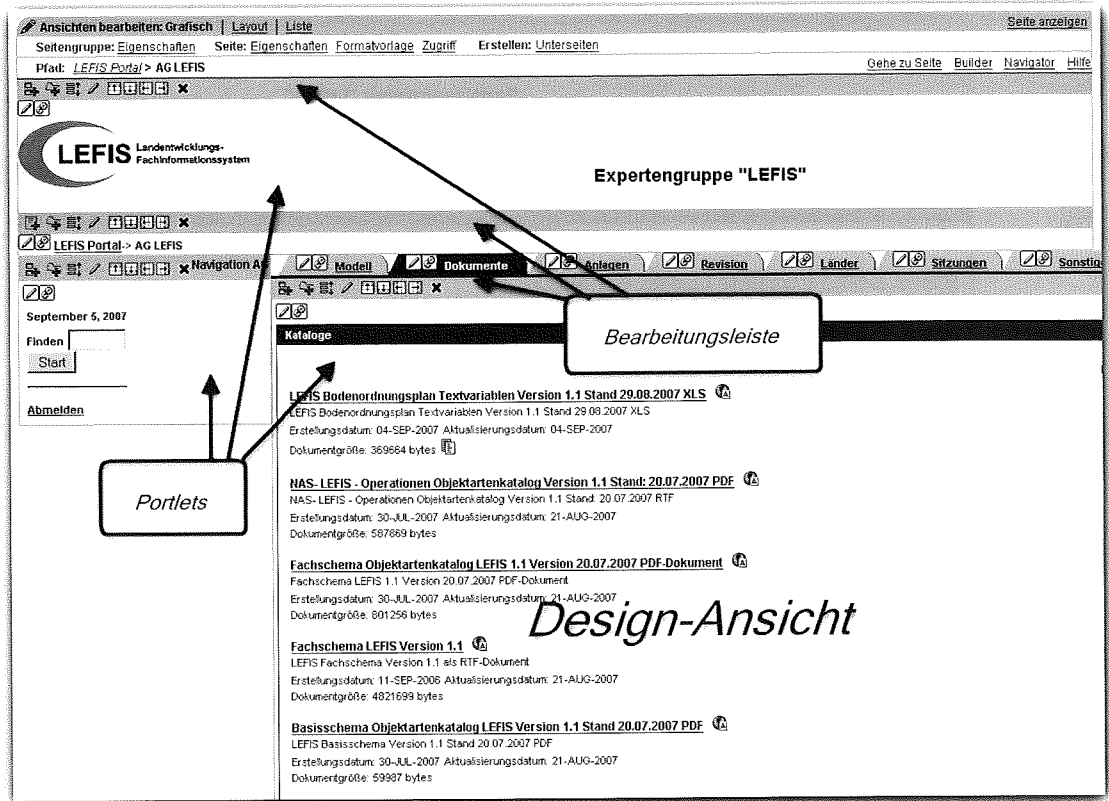


Abb. 12: Eine Portalseite im „Portal-Builder“

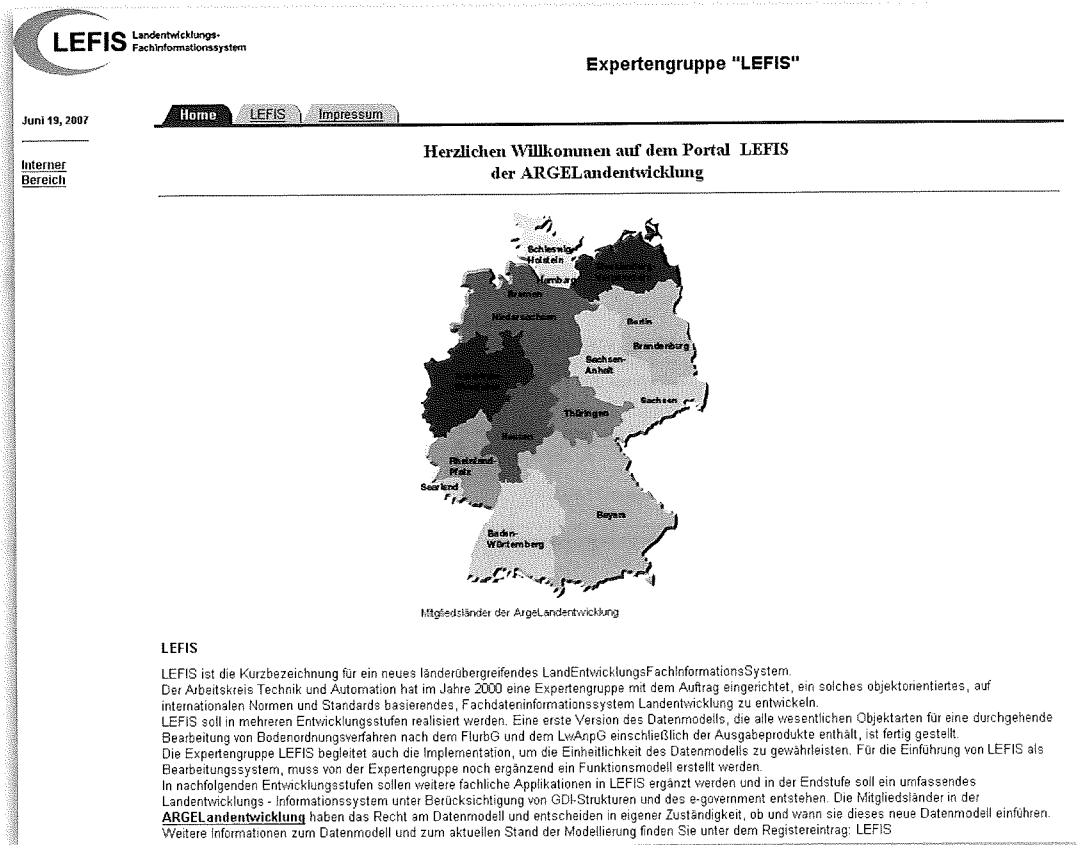



Abb. 13: Beispiel Startbildschirm des LEFIS-Portals



LEFIS Landentwicklung-
Fachinformationssystem

Expertengruppe "LEFIS"


Juni 4, 2007


[Home](#) | [LEFIS](#) | [Impressum](#)


[Dokument](#) | [Modell](#) | [Grundlagen](#) | [Mitglieder](#) | [Link](#)


Interner Bereich


Objektkatalog Ergebnisse: Elemente 1 - 7 von 7


[Arbeitsprozesse LEFIS Version 1.1 Stand: 15.05.2007 PDF](#) 
 Arbeitsprozesse LEFIS Version 1.1 Stand: 15.05.2007 als PDF-Dokument
 Erstellungsdatum: 18-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 352728 bytes


[Basisschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 04.05.2006 PDF](#) 
 Basisschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 04.05.2006 PDF
 Erstellungsdatum: 11-AUG-2006 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 39559 bytes

[Basisschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.1 PDF](#) 
 Basisschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.1 Stand: 15.05.2007 PDF - Dokument
 Erstellungsdatum: 18-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 67637 bytes


[Fachschemata LEFIS Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 04.05.2006 PDF](#) 
 Fachschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 04.05.2006 PDF Dokument
 Erstellungsdatum: 11-AUG-2006 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 775417 bytes


[Fachschemata LEFIS Objektartenkatalog Version 1.1 Stand: 15.05.2007](#) 
 Fachschema LEFIS Objektartenkatalog Version 1.1 Stand: 15.05.2007 als PDF - Dokument
 Erstellungsdatum: 18-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 18-MAI-2007
 Dokumentgröße: 739049 bytes

[NAS-LEFIS - Operationen Objektartenkatalog Version 1.1 Stand: 15.05.2007 PDF](#) 
 NAS-LEFIS - Operationen Objektartenkatalog Version 1.1 Stand: 15.05.2007 PDF - Dokument
 Erstellungsdatum: 18-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 567478 bytes


[NAS LEFIS Operationen Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 4.5.2006 PDF](#) 
 NAS LEFIS Operationen Objektartenkatalog Version 1.01 Stand: 4.05.2006 PDF
 Erstellungsdatum: 11-AUG-2006 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 451909 bytes

Kataloge Ergebnisse: Elemente 1 - 2 von 2

[Ausgleiche und Entschädigungen Anlage Version 1.01 Stand: 4.5.2006](#) 
 Ausgleiche und Entschädigungen Anlage Version 1.01 Codeliste: LX_Katalog_AusgleicheUndEntschaedigungen_Eigenschaft Anlage: Mustertexte
 Ausgleiche und Entschädigungen. Stand: 4.05.2006
 Erstellungsdatum: 11-AUG-2006 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 93449 bytes

[LEFIS Glossar](#) 
 Die wichtigsten Begriffe bezüglich LEFIS werden hier erläutert.
 Erstellungsdatum: 20-SEP-2006 Aktualisierungsdatum: 20-NOV-2006
 Dokumentgröße: 182558 bytes

Nachweise Ergebnisse: Elemente 1 - 2 von 2

[LEFIS Bodenordnungsplan Textvariablen Version 1.1 Stand 29.03.2007 PDF](#) 
 LEFIS Textvariablen zum Bodenordnungsplan Version 1.1 Stand 29.03.2007 PDF
 Erstellungsdatum: 22-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 561812 bytes


[LEFIS Nachweise Version 1.1 Stand: 22.02.2007 PDF](#) 
 LEFIS Dokumente und Produktbeschreibungen Struktur der LEFIS - Nachweise Version 1.1 mit Klassendiagramm Stand 22.02.2007 als PDF - Datei
 Erstellungsdatum: 22-MAI-2007 Aktualisierungsdatum: 22-MAI-2007
 Dokumentgröße: 2156769 bytes

Abb. 14: Beispiel einer Dokumentenübersichtseite des LEFIS-Portals

Oracle Application Express

Oracle Application Express ist eine vollständige, mit der Oracle-Datenbank integrierte Entwicklungs- und Laufzeitumgebung für Web-Anwendungen.

Der Browser empfängt reine HTML-Seiten mit JavaScript-Programmteilen. Es wird keine Runtime-Umgebung (Java-Engine) benötigt.

Oracle Application Express bietet die Möglichkeit der Erstellung von Geschäftsgrafiken, den Zugriff auf Webservice (Google Maps etc.) und sogenannte Master-Detail-Formulare.

Im Design-Modus, speziellen HTML-Masken, von Oracle Application Express legt der Entwickler fest,

in welchen Seitenbereichen welche Design-Elemente sichtbar werden, wobei, durch das Fehlen von WYSIWYG („What You See Is What You Get“) bei der Maskenerstellung der Designprozess sehr abstrakt verläuft.

Der Vorteil von Application Express liegt in der Generierung reiner HTML-Seiten mit eingebettetem JavaScript-Code. Unabhängig von einer Java-Run-time-Installation auf dem jeweiligen Client-Rechner kann jeder Brower diese Seiten anzeigen. Die Anwendungen sind extrem performant und stabil.

Als erste Anwendung wurde eine „Grünland und Ackerfutterbauberatung“ realisiert.

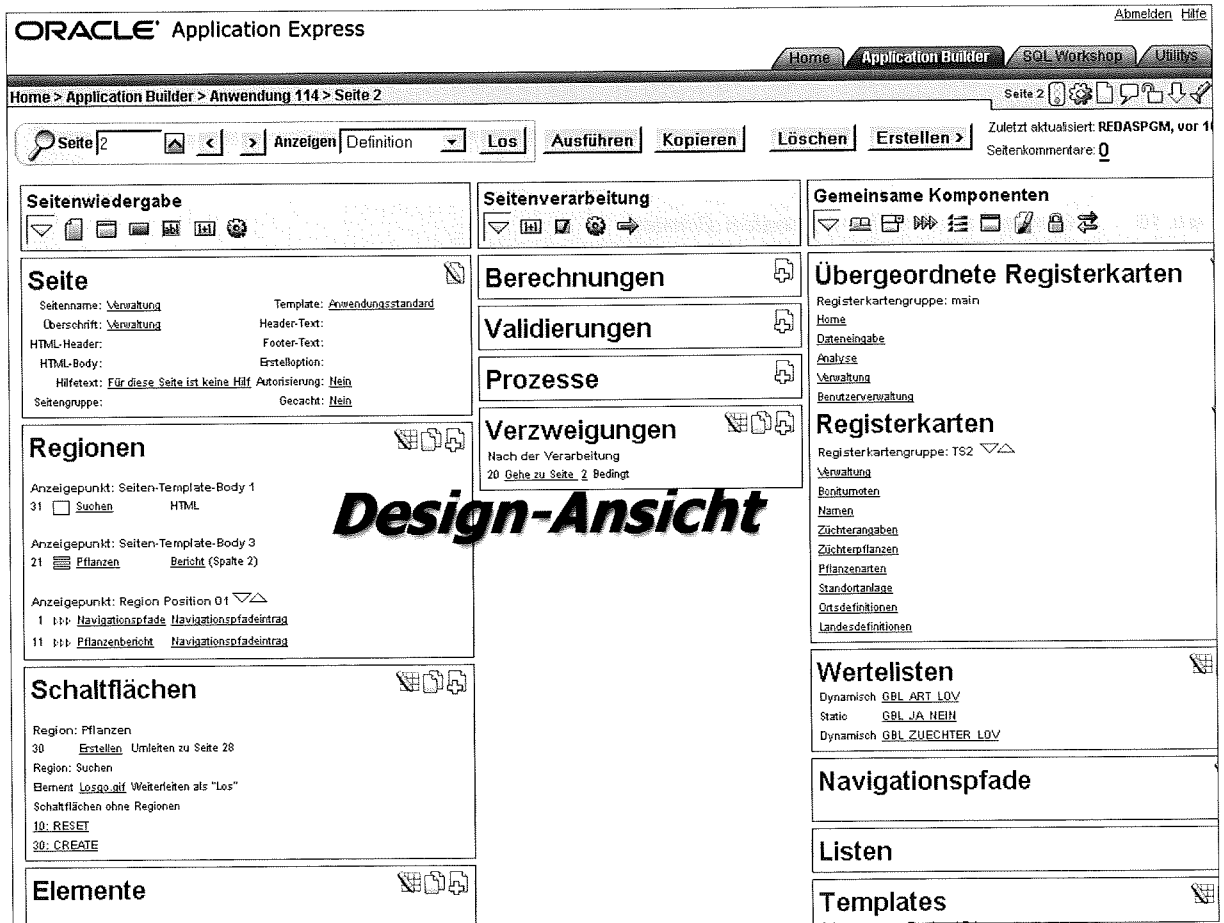


Abb. 15: HTML-Entwicklungsoberfläche für Application Express

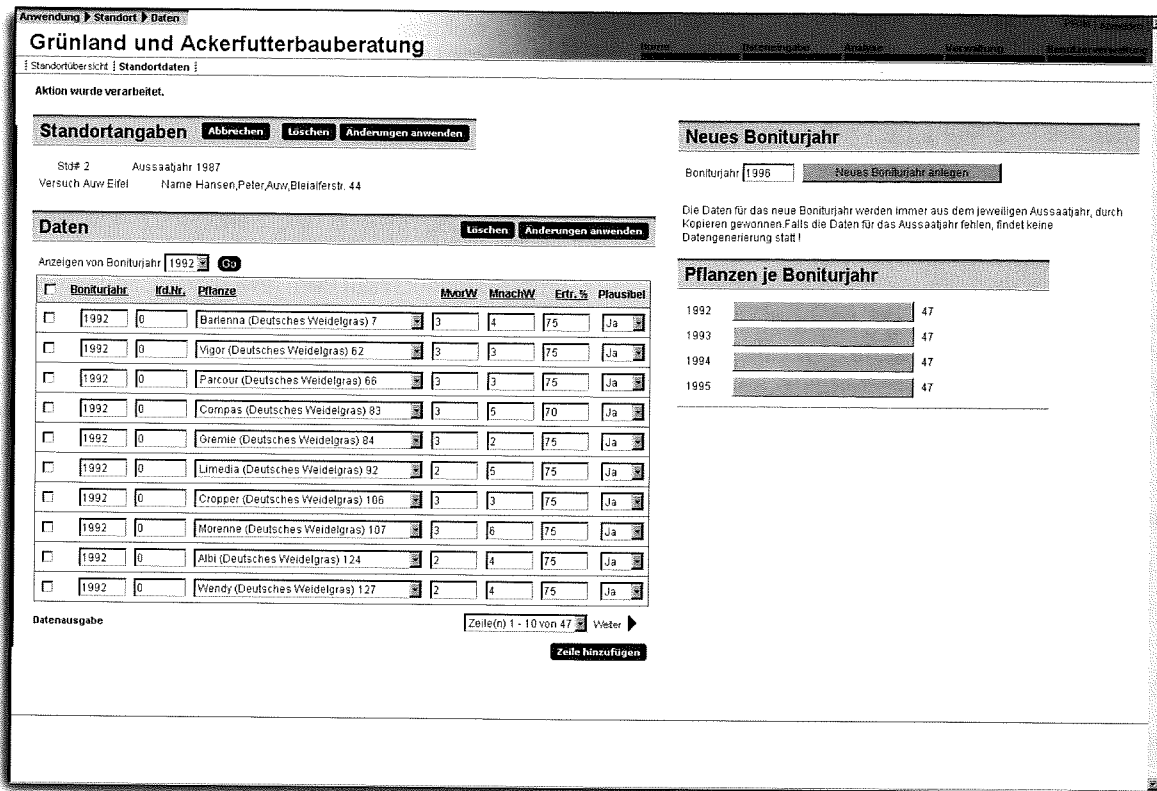


Abb. 16: Beispielseite aus dem Programmsystem „Grünland und Ackerfutterberatung“

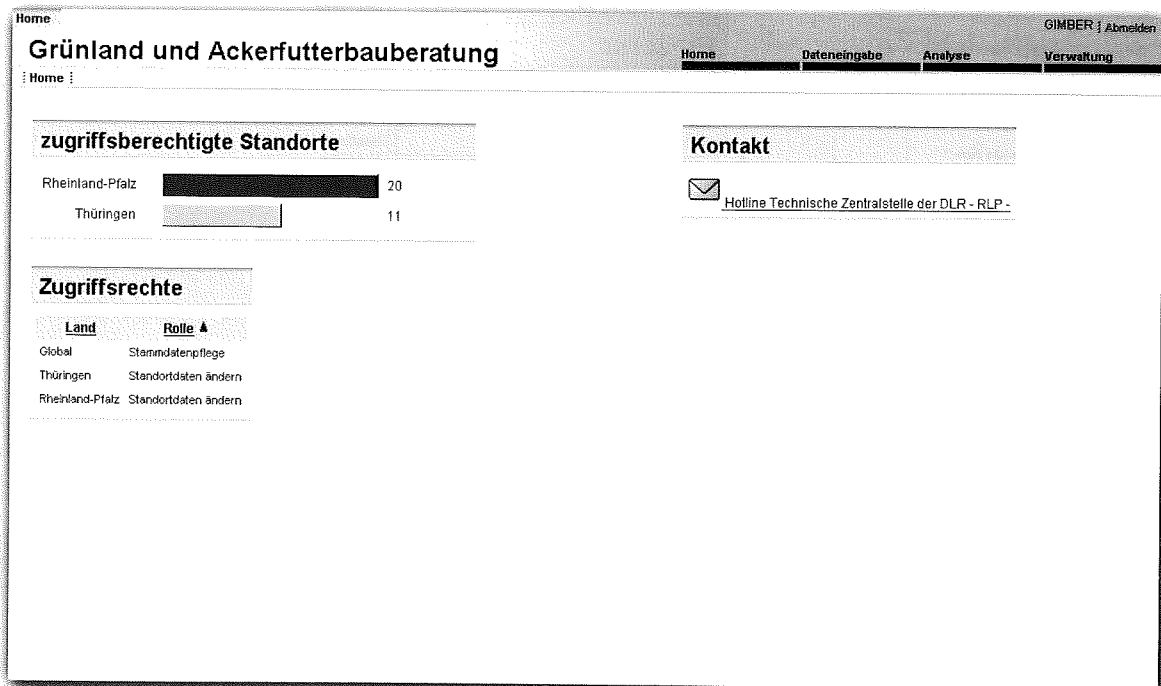


Abb. 17: Beispielseite aus dem Programmsystem „Grünland und Ackerfutterberatung“

CGI-Anwendungen

Bei dem Common Gateway Interface (CGI) handelt es sich um die älteste Form der Web-Anwendungen. CGI ist ein Standard für den Datenaustausch zwischen einem Webserver und dritter Software, die Anfragen bearbeitet.

Dabei handelt es sich um reine I/O-Kommunikation. Ein CGI-Programm verhält sich so, als würde ein Anwender unter DOS Daten ein- und das Programm die Ergebnisse der Eingabe dann auf dem Bildschirm ausgeben.

Der Webserver leitet alle Textausgaben des CGI-Programms direkt als HTML-Seite an den Client-Browser. Die „Antworten“ des Clients werden vom WebServer als reine Texteingaben an das CGI-Programm weitergeleitet.

Es gibt 2 Kanäle im CGI-Programm auf dem Server:

- STDIN für Eingaben die vom Browser an das Server-CGI-Programm geschickt werden
- STDOUT für Ausgaben vom CGI-Programm zum Browser

Die Vorteile von CGI-Programmen:

- Unterstützt von jedem WebServer
- Thin-Client²¹⁾
- Nachteile
- langsamer als Servlets, bedingt durch die I/O-Kommunikation
- bei Dateneingabe Hackeranfälligkeit

Als CGI-Programme können Perl-Skripte, PL/SQL-Programme oder C-Programme verwendet werden.

In unserer Verwaltung werden z.B. Perl-Skripte im Bereich der Agrarmeteorologie verwendet, um die Daten an den Browser zu schicken.

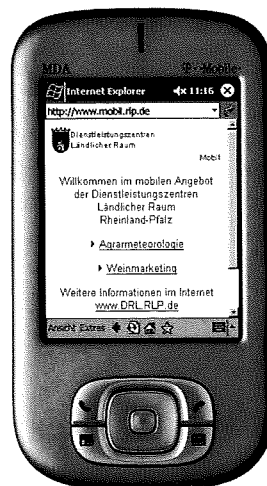


Abb. 18: Beispiel einer CGI-Anwendung auf einem PDA

Wetterdaten Station Strickscheid
(Stand: 14.06.2007 02:01 MEZ)

| Datum | Temperatur Ø (Luft / Boden) | | | | Luftfeuchte % | Niederschlag mm | Strahlung W/m² | | Wind m/s | | | Blattnässe h | | |
|--------|-----------------------------|-------|-------|--------|---------------|-----------------|----------------|-------|----------|--------|------|--------------|--|--|
| | 2 m | 20 cm | -5 cm | -20 cm | | | 2 m | 2,5 m | gering | mittel | hoch | | | |
| | °C | °C | °C | °C | | | °C | °C | | | | | | |
| 13.06. | 17.5 | 17.9 | 20.8 | 19.8 | 77 | 0.0 | 6719 | 1.1 | 12 | 3 | 9 | | | |
| 12.06. | 17.2 | 17.6 | 20.5 | 19.8 | 87 | 0.0 | 4736 | 0.9 | 11 | 1 | 12 | | | |
| 11.06. | 17.8 | 17.7 | 21.0 | 19.8 | 80 | 0.0 | 6028 | 0.5 | 10 | 3 | 11 | | | |
| 10.06. | 17.5 | 17.3 | 20.8 | 19.7 | 82 | 0.0 | 5844 | 0.6 | 9 | 3 | 12 | | | |
| 09.06. | 18.2 | 18.0 | 21.0 | 20.0 | 89 | 0.4 | 5922 | 0.5 | 10 | 3 | 11 | | | |
| 08.06. | 19.8 | 19.9 | 21.8 | 20.0 | 85 | 3.2 | 6004 | 0.9 | 9 | 1 | 14 | | | |
| 07.06. | 20.1 | 20.0 | 21.0 | 19.3 | 83 | 13.1 | 5984 | 1.0 | 11 | 1 | 12 | | | |
| 06.06. | 19.1 | 19.0 | 20.5 | 18.8 | 75 | 0.0 | 7457 | 0.8 | 16 | 5 | 3 | | | |
| 05.06. | 18.1 | 18.1 | 19.4 | 17.7 | 77 | 0.0 | 7367 | 1.1 | 16 | 2 | 6 | | | |
| 04.06. | 16.8 | 16.3 | 17.9 | 17.1 | 86 | 0.0 | 3883 | 0.5 | 11 | 3 | 10 | | | |
| 03.06. | 16.2 | 16.0 | 17.7 | 16.7 | 85 | 0.0 | 4242 | 0.4 | 15 | 2 | 7 | | | |
| 02.06. | 15.8 | 15.5 | 17.2 | 16.0 | 82 | 0.0 | 5284 | 0.6 | 15 | 1 | 8 | | | |
| 01.06. | 12.4 | 12.4 | 15.6 | 15.4 | 97 | 3.7 | 2678 | 0.4 | 1 | 1 | 22 | | | |
| 31.05. | 12.7 | 12.4 | 15.7 | 15.3 | 90 | 7.2 | 4580 | 0.9 | 6 | 4 | 14 | | | |

Abb. 19: Beispiel einer CGI-Ausgabe der Wetterdaten

Lotus.Notes

Lotus.Notes der Firma IBM ist, im Gegensatz zur relationalen Oracle-Datenbank, eine dokumentenbasierende Datenbank mit WEB-Interface.

Es gibt keine einzelnen mit Relationen verbundenen Tabellen, sondern ein Dokumentenmanagement. Die Web-Fähigkeit erhält Lotus.Notes durch den Domino Server, der als Teil von Lotus.Notes einen HTTP-Server enthält.

Pressespiegel der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum

Suche im Pressespiegel:

Top 20 Quelle Schwerpunkt DLR Alle

| Datum | Titel | Quelle | DLR |
|------------|---|-------------------------------------|-------------------------------|
| 14.06.2007 | Exkursion endet bei Amtssau im Amtshof | Öffentlicher Anzeiger Bad Kreuznach | DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück |
| 14.06.2007 | Unternehmensbefragung | Amtsblatt | DLR Westpfalz |
| 14.06.2007 | Besonderheit für kennitzreiche Wein-Liebhaber | Allgemeine Zeitung | DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück |
| 14.06.2007 | Beste Weinasse auch 2008 | Allgemeine Zeitung | DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück |
| 14.06.2007 | Obersosel liegt voll im Trend | Amtsblatt | DLR Westpfalz |
| 14.06.2007 | Wirtschaftsweg "Bismarckeiche" vor dem Ausbau | Mitteilungsblatt | DLR Westwald-Ostefel |
| 14.06.2007 | Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Dittesfeld/Duntholz | Mitteilungsblatt | DLR Westwald-Ostefel |
| 14.06.2007 | Funktionelle Lebensmittel Was ist drin? Was ist dran? | Wochenblatt | DLR Westpfalz |
| 14.06.2007 | Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Haserich | Mitteilungsblatt | DLR Westwald-Ostefel |
| 13.06.2007 | Ernährung für Kinder | Die Rheinpfalz | DLR Rheinpfalz |
| 13.06.2007 | Gesundheitstreff | Die Rheinpfalz | DLR Rheinpfalz |
| 13.06.2007 | Wacholderheide war Seminar-Thema | Rhein-Zeitung | DLR Westwald-Ostefel |
| 12.06.2007 | Versuchsfeldtag des DLR Westwald-Ostefel, Mayen | Mitteilungsblatt | DLR Westwald-Ostefel |
| 12.06.2007 | Regenwolken zogen nicht fort. Kanal voll | Öffentlicher Anzeiger Bad Kreuznach | DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück |
| 12.06.2007 | Sieg für Abdullahs Enkelin | Pfälzischer Merkur | DLR Westpfalz |
| 12.06.2007 | August Mayer: 40 Jahre im Dienst der Pferdezucht | Pfälzischer Merkur | DLR Westpfalz |
| 11.06.2007 | Strandbad Filzen geht an den Start | Rhein-Zeitung | DLR Westwald-Ostefel |
| 11.06.2007 | Schindler widerspricht | Die Rheinpfalz | DLR Rheinpfalz |
| 11.06.2007 | Biogas soll öffentliche Gebäude in Höheindd heizen | Die Rheinpfalz | DLR Westpfalz |
| 11.06.2007 | Mehr Moheblumen | Die Rheinpfalz | DLR Rheinpfalz |

Abb. 20: Beispiel einer Notes Dokumentendatenbank im Netz

21) Außer dem Browser wird keine zusätzliche Software auf dem Client benötigt.

Vergleich der in unserer Verwaltung praktizierten Web-Präsentationskonzepte

Je nach Einsatzzweck muss das zu verwendende Web-Präsentationskonzept durch Abwägung von Ressourcenbedarf bzw. Browsereinschränkungen, Komplexität der Informationen und zur Verfügung stehenden Datenschicht/Datenbasis ausgewählt werden:

Vergleich Ressourcenbedarf

- Geringe Voraussetzungen auf dem Client, nur ein einfacher Browser wird benötigt
 - Application Express
 - CGI-Skript
 - Lotus.Notes
 - Reports, Portal, Discoverer
 - Portal
- Client benötigt Java-Laufzeitumgebung mit höherem Ressourcen-Bedarf
 - Forms

Vergleich der verwendeten Datenschicht-Zugriffe

- Textfiles als langsamste Variante
 - CGI-Skripte
- Direkter Datenbankzugriff
 - Applikation Express, da es als Datenbankprozess läuft
 - Lotus.Notes, das eine Dokumentendatenbank darstellt
- Indirekter Datenbankzugriff
 - Forms, Portal, Reports und Discoverer haben jeweils einen Runtime-Prozess für die Kommunikation mit dem Client-Browser und einen zwischengeschalteten Servlet- bzw. Webservice-Prozess für die Kommunikation mit der Datenbank (Datenschicht).

Vergleich der Clientseitigen Möglichkeiten

- Auf den Browser beschränkte Interaktion mit dem Anwender
 - Lotus.Notes
 - Application Express
 - Discoverer
 - CGI-Skripte
 - Portal (falls keine Forms-Anwendung als Portlet eingebunden wird)

- Vom Anwender gestatteter Zugriff auf den Client-Rechner
 - Forms mittels Java-Beans

Vergleich der Vorteile

- Forms
 - Portierbarkeit der Masken aus der Windows-Welt
 - Ausgereifte Oberflächengestaltung für aufwendige Eingabemasken
 - Zugriff auf den Client
- Reports
 - Portierbarkeit aus der Windows-Welt
 - Direkte PDF- und HTML-Berichtsausgaben
- Application Express
 - Für kompakte Anwendungen
 - Sehr Schnell
 - Geringer Ressourcenbedarf, da reines HTML
 - Business-Grafik-Ausgaben
- Discoverer
 - Für freie Abfragen durch den Anwender ohne das „Korsett“ einer Eingabemaske
 - Export-Möglichkeiten nach Excel
 - Business-Grafik-Ausgaben
- Lotus.Notes
 - Dokumentendatenbank mit Web-Schnittstelle
 - Einfache Veröffentlichung von Dokumenten im Web
- CGI-Skripte
 - Geringer Ressourcenbedarf (PDA, Handy)
 - Unabhängig von einer Datenbank
 - Günstige Entwicklungswerkzeuge (z.B. Perl, C etc.)
- Portal
 - Dokumentenmanagement mit Zugriffsrechten
 - Verschiedene Web-Anwendungen können als Portlets zu einer Portal-Seite zusammengefasst werden

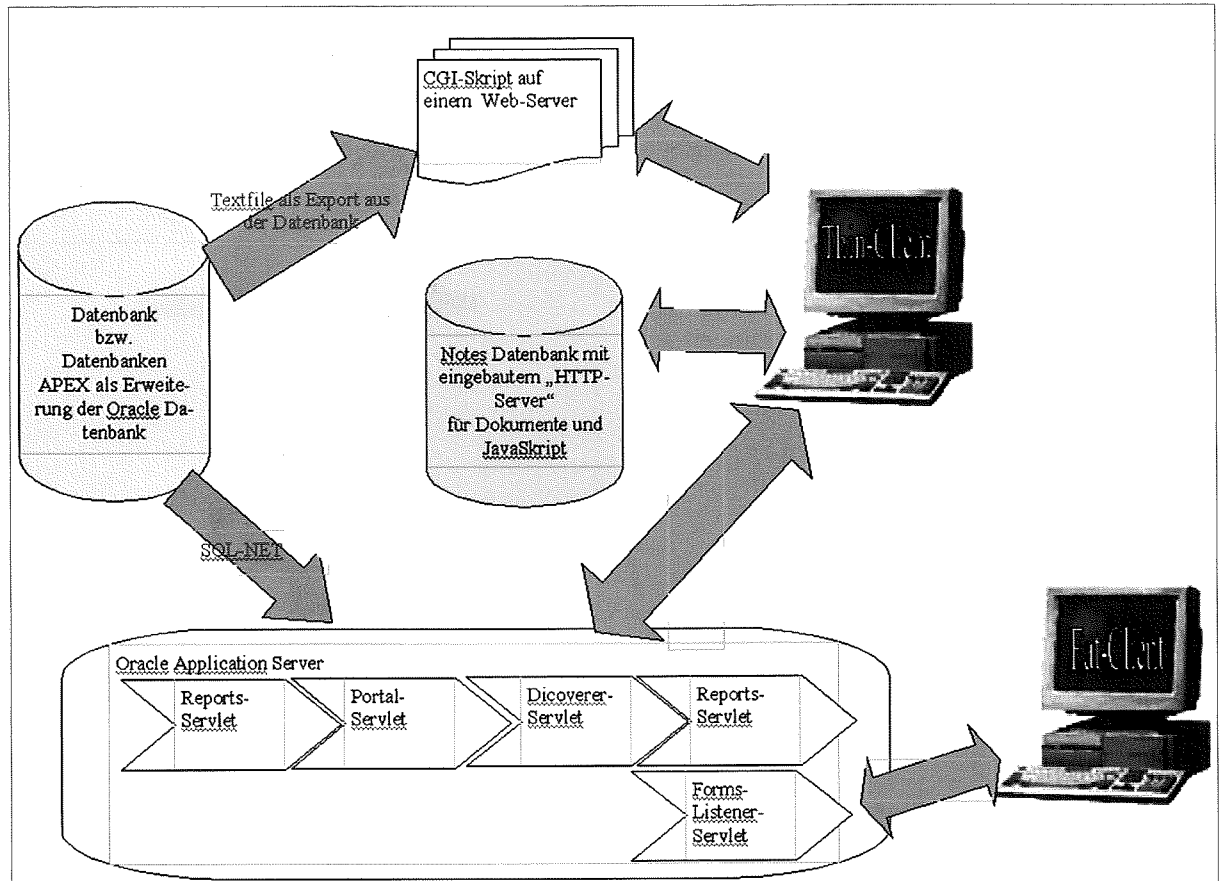


Abb. 21: Web-Präsentationskonzepte

Außendienstkomponenten in GRIBS^{*)}

Martin Kirst, DLR RH-N-H, Bad Kreuznach

Das Graphisch-Interaktive Bearbeitungssystem GRIBS auf Basis des Geoinformationssystems DAVID des Ingenieurbüros Riemer aus Bonn wird seit Mitte der 90er Jahre in der Landeskulturverwaltung für die Bearbeitung von Flurbereinigungsverfahren eingesetzt. Seit einigen Jahren sind auch die Arbeitsabläufe im Außendienst Schritt für Schritt in GRIBS abgebildet worden. Im Laufe der Entwicklung wurden so verschiedene Außendienstkomponenten realisiert, die im Rahmen dieser Fortbildungsveranstaltung zusammenfassend vorgestellt und kurz erläutert werden sollen.

Ausstattung und Equipment

Die Außendienstkomponenten müssen getrennt nach Hardware und Software betrachtet werden.

Zu den Hardwarekomponenten werden gezählt:

- Laptops
- Feldrechner
- GPS-Systeme
- Tachymeter

In Flurbereinigungsverfahren werden bezüglich Laptops verschiedene Modelle unterschiedlicher Hersteller verwendet, die bei Versammlungen und in Terminen zum Einsatz kommen.

^{*)} Vortrag anlässlich der Fortbildungsveranstaltung, „Vorstellung technischer Neuerungen für Führungskräfte der Landentwicklung“, am 20. Juni 2007 in der Aula des DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Auf den Laptops sind GRIBS und REDAS mit ihrem kompletten Funktionsumfang installiert. Das bedeutet, dass durch die Laptops eine Verlagerung des Innendienstes „vor Ort“ stattfindet. Laptops können daher prinzipiell auch als normale Desktop-Rechner angesehen werden.

Bei den Feldrechnern handelt es sich dagegen um reine Außendienstrechner. Hier ist es landesweit nur ein Hersteller, dessen Modelle in Flurbereinigungsverfahren eingesetzt werden. Es handelt sich dabei um die robusten Feldrechner der colibri-Reihe aus dem Hause Mettenmeier.

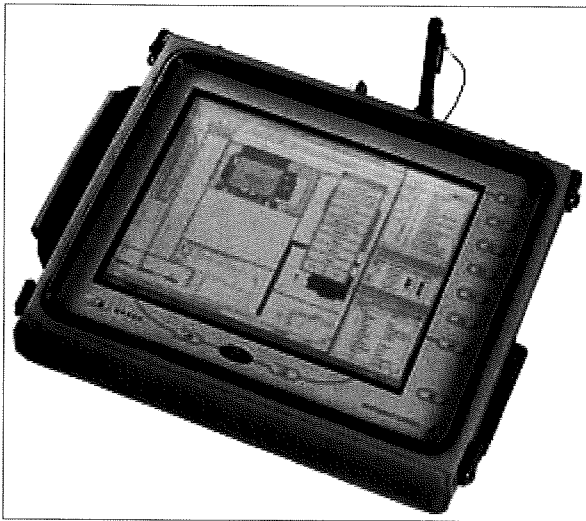


Abb. 1: Feldrechner colibri X5 von Mettenmeier

Zurzeit sind drei verschiedene „Generationen“ der colibri-Reihe im Einsatz:

- o colibri C3 (aus dem Jahr 2003 mit 300 MHz Prozessor und 256 MB Hauptspeicher)
- o colibri X4 (2004; 400 MHz; 256 MB)
- o colibri XR4 (2005; 400 MHz; 512 MB)
- o colibri X5 (2006; 1,1 GHz; 512 MB)

Die Feldrechner der Firma Mettenmeier haben sich im Außendienst durch gut aufeinander abgestimmte Einzelkomponenten im Einsatz mit GRIBS seit mehreren Jahren bewährt. Insgesamt sind 42 Feldrechner landesweit im Einsatz. In diesem Jahr ist die Beschaffung weiterer Feldrechner der neuesten Generation geplant.

Auf den Feldrechnern ist eine im Funktionsumfang auf die benötigten Funktionen reduzierte Variante von GRIBS installiert. Ebenso wird auch nur der für die Außendiensttätigkeiten benötigte Teil des gesamten Datenbestandes auf die Feldrechner übertragen, so dass ein flüssiges Arbeiten im Außendienst gewährleistet ist.

GPS-Systeme werden in der Agrarverwaltung nur bei der Technischen Zentralstelle eingesetzt. Es handelt sich dabei um drei GPS-Systeme der Firma Trimble, die pro System aus einer Basisstation vom Typ 5700 und einem Rover vom Typ 5800 bestehen.



Abb. 2: GPS-System der Firma Trimble (5700 und 5800)

Die GPS-Systeme erlauben es dem Messtrup, in Kombination von Basis und Rover unabhängig GPS-Messungen durchzuführen. Mit Hilfe der Anbindung über ein Handy und dem Empfang von Korrekturdaten ist es aber auch möglich, allein mit dem Rover GPS-Messungen im SAPOS-Netz mit Anschluss an den geodätischen Raumbezug durchführen zu können. Die GPS-Systeme werden dabei in Verbindung mit einem Feldrechner direkt aus der Software GRIBS heraus gesteuert.

Neben den GPS-Systemen ist geplant, für weitere Außendienstanwendungen, die eine grobe Positionsbestimmung benötigen, kleine GPS-Empfänger beispielsweise von Garmin an den Feldrechner anzubinden.

Bei den einzelnen Abteilungen Landentwicklung der DLR werden insgesamt 35 Tachymeter verschiedener Hersteller in der Vermessung eingesetzt. Die Spanne reicht hier von den älteren Tachymetern der Elta-Reihe der Firma Zeiss über die S600-Modelle von Geodimeter bzw. 5600 von Trimble bis hin zu den aktuellen Tachymetern der Serie TPS1200 aus dem Hause Leica. Die Tachymeter werden, wie auch die GPS-Systeme, an einen Feldrechner angebunden und somit aus GRIBS heraus gesteuert.

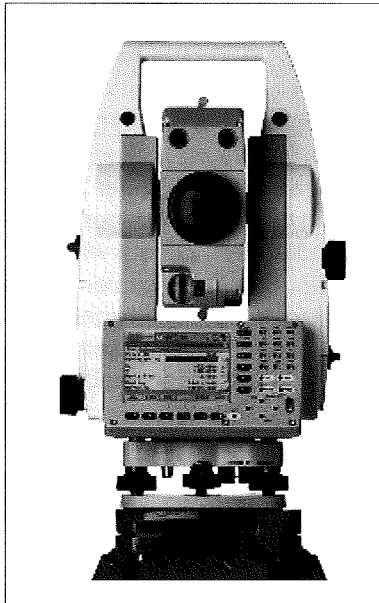


Abb. 3: Tachymeter von Leica

Anwendungsbereiche

Neben der Hardware zählt zu den Außendienstkomponenten auch die Softwareseite. Wie schon erwähnt kommt überall im Außendienst GRIBS zum Einsatz. Die Anwendungsbereiche von GRIBS sind in den vergangenen Jahren durch stetige Weiterentwicklung vielfältig geworden, wobei grundsätzlich bei jeder Entwicklung eine einheitliche Philosophie verfolgt wurde.

Diese Philosophie von GRIBS erstreckt sich zunächst auf die Erfassung der Daten. Sie sollen

- o in der Örtlichkeit
- o direkt und unmittelbar

- o ganzheitlich und umfassend
- o in einem einheitlichen System erfasst werden können.

Weiterhin soll ein lückenloser Datenfluss gewährleistet sein. Das bedeutet

- o die redundanzfreie Speicherung der Daten und
- o einen einfachen Datentransfer
- o in einem einheitlichen System.

Zur Philosophie in GRIBS zählt das Gleichheitsprinzip:

- o Es gibt einen Feldrechner, aber viele Module.
- o Es gibt eine Software, im Innen- wie im Außendienst.
- o Es gibt einheitliche Arbeitsabläufe für ähnliche Aufgaben.

Die Vorteile dieser Philosophie:

- o Die Feldrechner sind flexibel und in vielen Bereichen universell einsetzbar.
- o Schulungen von Fachschalen sind aufgrund der Vorkenntnisse (aus dem Innendienst und von anderen Außendienstfachschalen) mit geringem Aufwand durchführbar.
- o Analoge Hilfsmittel wie Karten und Risse sind weitgehend überflüssig.
- o Eine Doppelerfassung der Daten ist prinzipiell ausgeschlossen.
- o Die Effizienz der Außendiensttätigkeiten und die Akzeptanz der Komponenten werden gesteigert, da sich die Anwender in der Software durch tägliches Arbeiten im Innen- sowie im Außendienst zurechtfinden.

In GRIBS sind folgende einzelne Softwaremodule, so genannte Fachschalen, realisiert:

- o Landespflege
- o Vermessung
- o Signalisierungskarte

Die Landespflege wurde als erste Außendienstkomponente in Verbindung mit einem Feldrechner bereits 1998/1999 erstmalig in der Landeskulturverwaltung eingeführt. Hierbei werden die landespflegerischen Elemente im Außendienst vor Ort erfasst und bearbeitet.

Dies beinhaltet die Möglichkeit, die Objekte umfassend mit allen benötigten Attributen zu erfassen und lückenlos in den Innendienst zu übertragen, sodass dort im Prinzip keine Nachbearbeitung mehr durchzuführen ist.

Die softwaretechnische Unterstützung der vermessungstechnischen Arbeiten in Flurbereinigungsverfahren wurde im Jahr 2001 eingeführt. Diese beinhaltet nicht nur die Steuerung der Messköpfe (Tachymeter und GPS-Systeme) und die Entstehung der Daten durch vermessungstechnische Arbeiten, sondern auch die komplette, teilweise automatisierte Nachbearbeitung, insbesondere die katasterkonforme Attributierung der Punkte.

Mit der Einführung der Fachschale Signalisierungskarte im Rahmen der Befliegungsrunde 2006/2007 können nun auch die Signalisierungsarbeiten durchgängig softwareunterstützt durchgeführt werden.

Mit dieser Fachschale ist ein lückenloser Datentransfer in die Photogrammetrie möglich geworden, der bis in die Auswertesoftware hineingreift.

Beim Datentransfer zwischen Außendienst und Innendienst kommen überwiegend vordefinierte software-interne Schnittstellen zum Einsatz. Die Vektordaten werden bei allen Fachschalen im so genannten ODA-Format des GRIBS zugrunde

liegenden Geoinformationssystem DAVID ausgetauscht. Punktinformationen aus den Fachschalen Vermessung und Signalisierungskarte werden zusätzlich über das ODA-Format ausgetauscht. Daneben gibt es eigene fest definierte Schnittstellenformate für den Datenaustausch, z.B. einfache ASCII-Schnittstellen für den Datentransfer zwischen GRIBS und der Auswertesoftware der Photogrammetrie.

Ausblick

Geplant ist die Realisierung weiterer (Außendienst-) Fachschalen bis hin zu einer fast vollständigen Unterstützung und Bearbeitung aller Außendiensttätigkeiten im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren. Dazu zählen u.a.:

- o Feldvergleich
- o Wertermittlung

Durch die stetige Weiterentwicklung von Hardware und Software werden weitere, heute vielleicht noch nicht absehbare Lösungen im Bereich der außendienstlichen Bearbeitung von Flurbereinigungsverfahren realisiert werden können. Zudem wird sich die Effizienz der bestehenden Fachschalen durch konsequente Fortentwicklung weiter steigern lassen. So wird es auch in Zukunft möglich sein, Flurbereinigungsverfahren mit dem Einsatz modernster Technologie durchführen zu können.

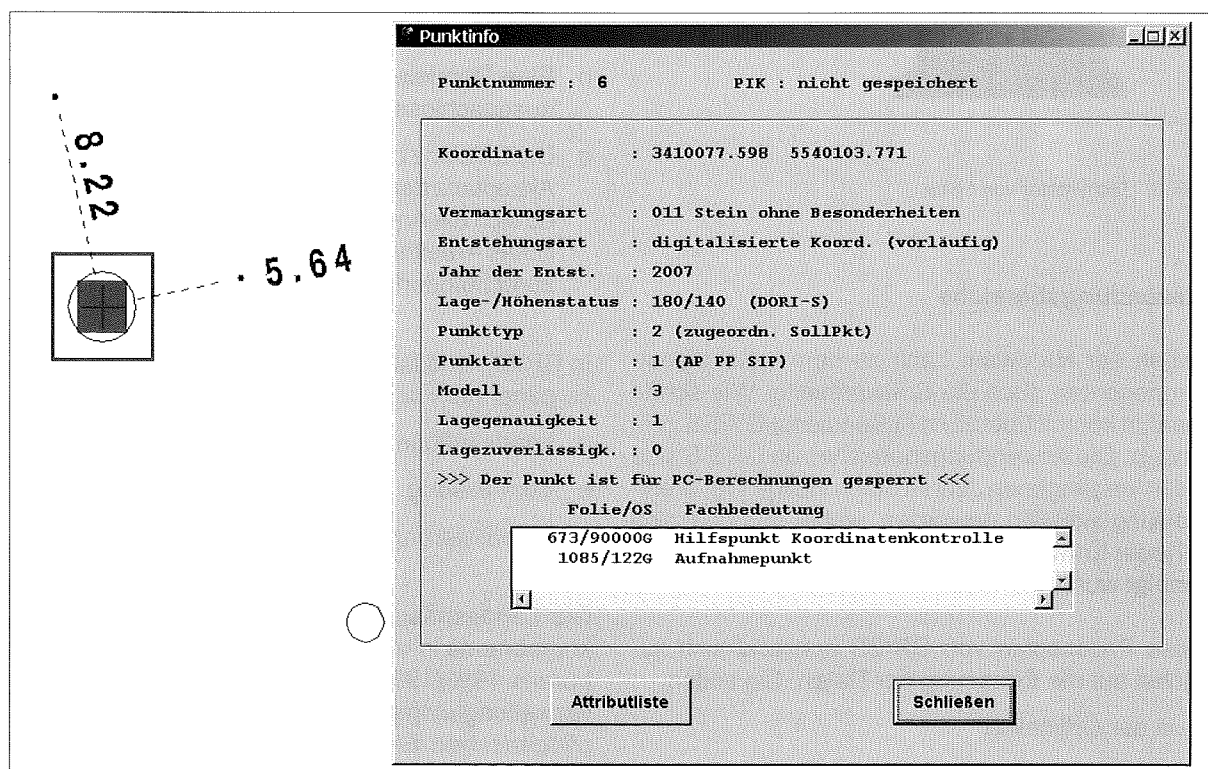


Abb. 4: Signalisierter Punkt mit Attributinformationen

Planung und Finanzierung von Bodenordnungsverfahren (PlaFi)

Christof Müller, DLR Rheinpfalz, Neustadt a.d.Wstr.

Im Rahmen der Fachtagung der Führungskräfte in der Landentwicklung über die technischen Neuerungen am 20.06.2007 bei der Technischen Zentralstelle in Bad Kreuznach wurde erstmalig das „neue“ PlaFi vorgestellt.

Das Programm wurde ebenso wie sein Vorgänger von der Fa. CPA Geo-Information in Siegburg entwickelt, verantwortlich für die Programmentwicklung ist Dr.-Ing. Ralf Stüber.

Die ursprünglich für den Freistaat Thüringen entwickelte Programmversion musste auf die in Rheinland-Pfalz erforderlichen Bedürfnisse umgestellt werden.

Die Anwendung basiert auf einer Citrix-Datenbanklösung. Die Anmeldung an den Citrix-Servern bei der TZ in Bad Kreuznach, auf denen die Datenbank zentral für alle Dienststellen verwaltet wird, erfolgt mit Hilfe der Clientsoftware „Citrix Program Neighborhood“. Eine Programminstallation von PlaFi am Einzelplatz an der Dienststelle entfällt.

Zur Erstellung von Ergebnisblättern ist die Verwendung von Microsoft Word und Excel nicht mehr erforderlich. Diese Datenblätter werden im html-Format erzeugt und können über den Microsoft Internet Explorer aufgerufen werden. Die weitere Verarbeitung der Daten kann nach einem Export nach Excel erfolgen.

Das Programm PlaFi ist in einzelne Registerblätter aufgliedert. Die Programmstruktur ist in Abb. 1 symbolisch dargestellt.

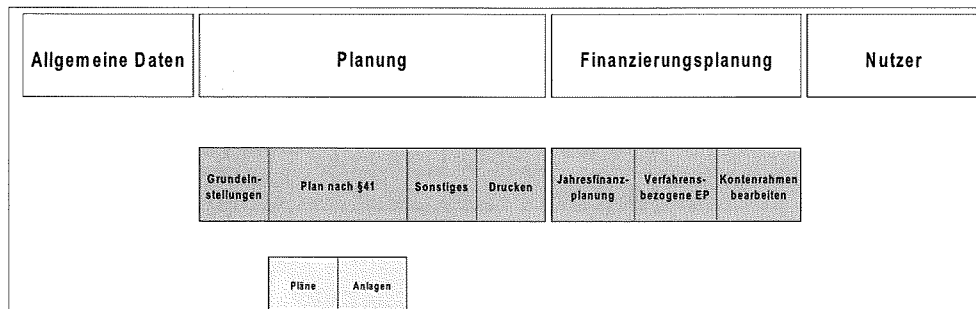


Abb. 1: Programmstruktur

PlaFi - Verfahren: 41132 - kein Plan/Änderung aktiv

1. Allgemeine Angaben

Flurbereinigungsbeschluss

1.1 Flurbereinigungsbeschluss von -----

Algemeine Daten

Verfahrensart: Vereinfachte Flurbereinigung

Flurbereinigung: Deicherhöhung Altrip

Produktnummer: 41132

Kreis: Rhein-Pfalz-Kreis

Verbandsgemeinde: Altrip

Aufsichtsbehörde: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ADD

Bezugsgebiet: -----

Benschlitztes Gebiet Fläche: 0 %

Ökologische Zielsetzung

ILEK oder ILEK gleichgestelltes Konzept

Gemeinde mit funktionaler Zuweisung L im regionalen Raumordnungsplan

Basisjahr: 2007

Umlage VTG: 0

Unternehmensnummer: -----

Fläche des Gebiets

Gebietbereich: <Gesamtverfahren>

| | | | |
|---------|--|----|----|
| 2 | Verfahrenfläche | 53 | ha |
| 2.1 | Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) | 40 | ha |
| 2.2 | Weinbergfläche | 0 | ha |
| 2.2.1 | Rebfläche | 0 | ha |
| 2.2.1.1 | Rebfläche nach Nr. 7.1* | 0 | ha |
| 2.2.1.2 | Rebfläche nach Nr. 7.2* (Steillagen) | 0 | ha |
| 2.3 | Forstwirtschaftliche Nutzfläche | 0 | ha |
| 2.3.1 | davon sollen flurbereinigt werden | 0 | ha |
| 2.4 | Ortslage insgesamt | 0 | ha |
| 2.4.1 | kostentragende Ortslage | 0 | ha |
| 3 | bearbeitete Fläche nach Nr. 4* | 0 | ha |
| 4 | Anrechenbare Landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt nach Nr. 5* davon: | 40 | ha |
| 4.1 | Bearbeitete Landwirtschaftliche Nutzfläche | 0 | ha |
| 4.2/3 | der bearbeiteten forstwirtschaftlichen Nutzfläche | 0 | ha |

*Ziffern in den Erläuterungen zur WILE

Datumangaben

| | | |
|---|---|------------|
| 5 | Wertmittlung beendet am | 12.01.2005 |
| 6 | Fachaufsichtliche Prüfung nach §41 FlurbG | 01.01.2010 |
| 7 | Planfeststellung oder -genehmigung am | 01.01.2010 |

Verfahren: Deicherhöhung Altrip - Produktnummer: 41132 - Flurbereinigungsbehörde: DLR Rheinpfalz

Abb. 2: Allgemeine Daten

In dem Registerblatt erfolgt die Erfassung sämtlicher verfahrensbezogener allgemeiner Daten (z.B. Verfahrensart und –flächen, statistische Angaben).

Diese Daten werden über einen Auswahlswitcher aus den Globalen Verfahrensangaben in REDAS importiert.

Abb. 3: Grundeinstellungen

Den Anlagentypen liegt ein fester Nummerierungsrahmen zugrunde, dadurch ist die Anlagennummer automatisch einem Anlagentyp zugeordnet (z.B. Anlage 1 kann nur dem Anlagentyp „Öffentliche Verkehrsanlagen“ zugeordnet sein). Der Anlagentyp „Wasser, Bodenverbesserung“ wurde um die Nummern 2000-2499 ergänzt.

Die Auswahl von Regelzeichnungen und freien Bezeichnungen wird durch die Zuordnung von Maßnahmen erleichtert, die nach Regelzeichnungstyp sortiert und in Dropdown-Menüs zusammengefasst sind.

Allgemeine Festsetzungen werden innerhalb des Registerblattes editiert, eine Erfassung in einem separaten Word-Dokument entfällt.

| Nr. | Anlagentyp | Anlagennummernbereich |
|-----|-----------------------------|-----------------------|
| 1 | Allgemeine Festsetzung | 0 |
| 2 | Öffentliche Verkehrsanlagen | 1-99 |
| 3 | Ländliche Wege | 100-399 |
| 4 | Wasser, Bodenverbesserung | 400-680; 2000-2499 |
| 5 | Landespflege | 700-1399 |
| 6 | Sonstiges | 681-699 |

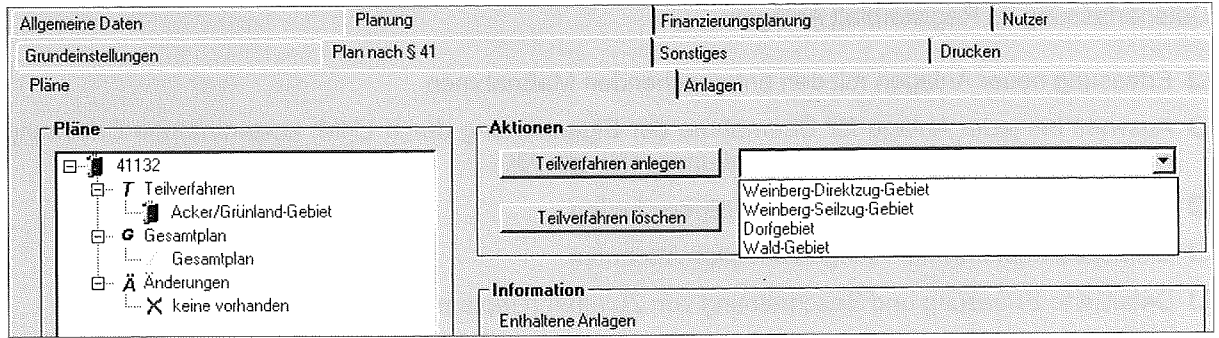


Abb. 4: Pläne

In diesem Registerblatt werden Teilverfahren angelegt und ausgewählt. Nachträge (Änderungen) können nach Sperrung des Gesamtplans angelegt werden.

Die Anlagen werden grundsätzlich innerhalb des ausgewählten Teilverfahrens (auch bei den Nachträgen) erfasst.

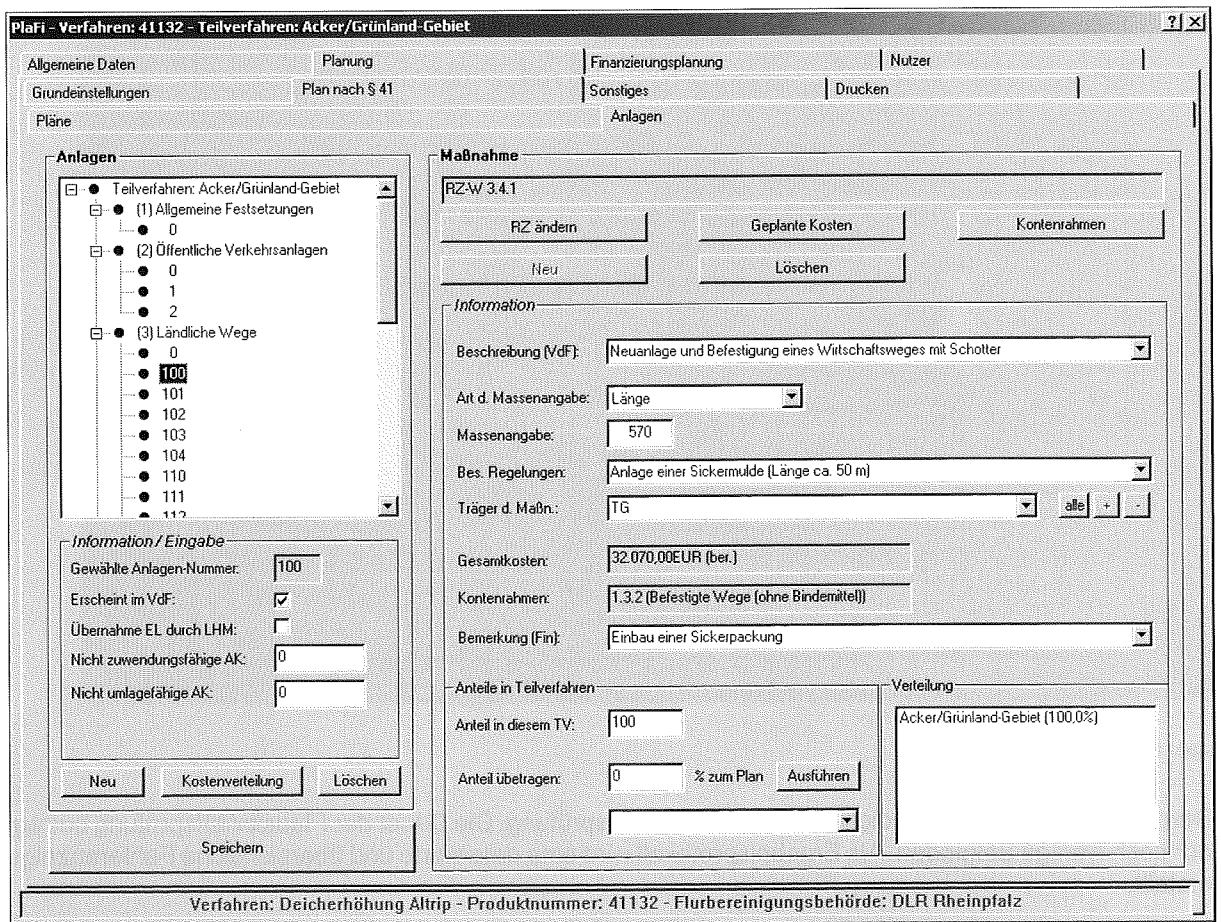


Abb. 5: Anlagen

Datenerfassung im Registerblatt Anlagen:

- Erfassung neuer Anlagen mit den entsprechenden Maßnahmen
- Auswahl bei jeder Anlage für Übernahme der Eigenleistung durch LHM, kostenmäßige Erfassung nicht zuwendungsfähiger AK und nicht umlagefähiger AK
- Kostenverteilung bei abweichenden Trägerschaften
- Einfaches Kopieren der Anlagen mit allen Attributen
- Detaillierte Erfassung und Beschreibung von Zulagen (Geplante Kosten)
- bei Bedarf manuelles Zuordnen von Anlagen zum Kontenrahmen
- Auswahl von Textbausteinen für „Beschreibung (VdF)“, „Besondere Regelungen“ und „Bemerkung (Fin)“ aus sich selbst fortschreibenden Dropdown-Menüs
- prozentuale Aufteilung der Kosten auf unterschiedliche Teilverfahren

The screenshot shows a software window with the following structure:

- Top Tabs:** 'Allgemeine Daten', 'Planung' (selected), 'Finanzierungs'.
- Sub-Tabs:** 'Grundeinstellungen', 'Plan nach § 41', 'Sonstiges'.
- Section: Prüfungen**
 - Thema:**
 - 1 Sind die beschreibenden Daten des Verfahrens vollständig ?
 - 2 Besitzen alle Anlagen eine Maßnahme ?
 - 3 Sind alle Maßnahmen den Teilverfahren zu 100% zugeordnet ?
 - 4 Sind alle Maßnahmen den Ausbaujahren zu 100% zugeordnet ?
 - 5 Lassen sich alle Maßnahmen über Richtwerte berechnen ?
 - 6 Sind alle Maßnahmen einer Kontenposition zugeordnet ?
 - 7 Sind alle Maßnahmen vollständig ?
 - Buttons:** 'Alle ein', 'Alle aus'.
 - Bottom Button:** 'Prüfung'.

Abb. 6: Sonstiges

Durchführung einer Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung. Die Dauer der Plausibilitätsprüfung beträgt nur noch wenige Sekunden. Als Ergebnisprotokoll wird eine detaillierte und übersichtliche Fehleranzeige erstellt.

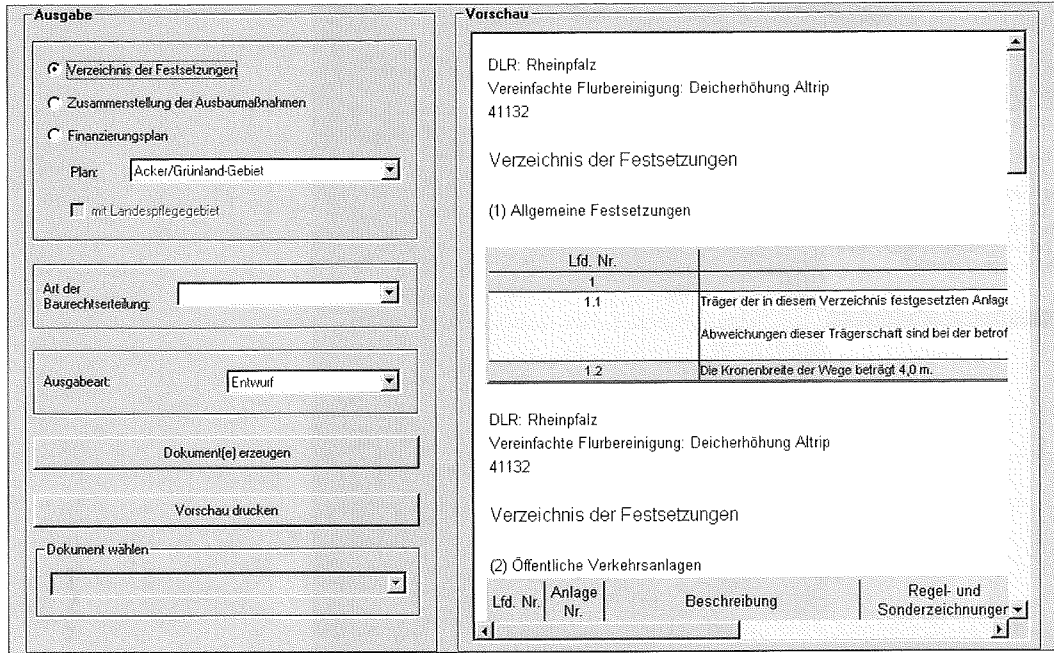


Abb. 7: Drucken

Erzeugen von VfF, Zusammenstellung der Ausbaumaßnahmen und Finanzierungsplänen mit entsprechender Druckvorschau. Die Dauer der Berechnungen beträgt nur noch wenige Sekunden.

| Allgemeine Daten | | | | Planung | | Finanzierungsplanung | | | | Nutzer |
|----------------------|------|-----------------------|------------|-----------------------|-----------|-------------------------|----------|------|------|-----------|
| Jahresfinanzplanung | | | | Verfahrensbezogene EP | | Kontenrahmen bearbeiten | | | | |
| Allgemeines | | | | | | | | | | |
| Basisjahr: | | 2007 | | Gruppierung: | | Kontenpositionen | | | | Drucken |
| Jahresfinanzplanung | | | | | | | | | | |
| KoPos. | Anl. | Art | Betrag | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | Offen |
| 1.2.2.2 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.3 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.4 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.5 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.2.6 | - | Kosten | 5.000,00 | 5.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.3 | - | Kosten | 3.000,00 | 3.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4.1 | - | Kosten | 400,00 | 400,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4.2 | - | Kosten | 2.000,00 | 1.000,00 | 500,00 | 500,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4.3 | - | Kosten | 14.120,37 | 11.748,60 | 1.651,77 | 360,00 | 360,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4.4 | - | Kosten | 4.000,00 | 2.000,00 | 1.500,00 | 500,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.2.4.5 | - | Kosten | 10.000,00 | 0,00 | 3.000,00 | 3.000,00 | 4.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.1 | - | Kosten | 13.680,00 | 13.680,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.2 | - | Kosten | 60.050,00 | 55.000,00 | 5.050,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | - | Bes. Deckungsm. | 19.242,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 19.242,00 |
| 1.3.4 | - | Kosten | 8.300,00 | 7.500,00 | 800,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.5 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.7 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.3.8 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.4.1 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.4.2 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.4.3 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.4.4 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.4.5 | - | Kosten | 23.503,00 | 20.000,00 | 3.503,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.5.1 | - | Kosten | 960,00 | 960,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 1.5.2 | - | Kosten | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Summe | | Kosten | 171.013,37 | 142.288,60 | 20.004,77 | 4.360,00 | 4.360,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| | | Bes. Deckungsm. | 19.242,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 19.242,00 |
| | | Landeshaushaltsmittel | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| Eingabe (EUR) | | | | | | | | | | |
| 1.4.5 | - | Kosten | 23.503,00 | 20000 | 3503 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0,00 |

Abb. 8: Jahresfinanzplanung

Die Aufteilung der Kosten auf die Jahre in den Kontenpositionen (nicht mehr Maßnahmenbezogen) erfolgt manuell, die VTG-Umlage wird automatisch berechnet.

Lokale Bestandteile von Regelzeichnungen:

- Aktion Mehr Grün durch Flurbereinigung / ohne RZ
- Grünlandansaat
- Grünlandansaat / ohne RZ
- Grünlandumbruch / ohne RZ
- Nutzungsänderung Grünland in Acker
- Planierung / ohne RZ
- Rekultivier. v. befest. Wirtschaftswegen mit Bindem. /
- Rekultivier. v. teilw. befest. Wirtschaftswegen / ohne F
- Rekultivierung von Erdwegen / ohne RZ
- RZ-V 7.4.2
- RZ-W 1.1.1
- RZ-W 16.3.1**
- RZ-W 16.4.1
- RZ-W 3.2.1
- RZ-W 3.3.1
- RZ-W 3.4.1

Festgelegte Richtwerte

| Jahr | Richtwert |
|------|-----------|
| 0 | 0,00 EUR |
| 2006 | 83,00 EUR |
| 2007 | 85,00 EUR |

Individuelle Erfassung

Jahr:

EUR: + % Zuschlag

Prozentuale Erfassung

% vom Jahr für das Jahr

Vorhandene Richtwerte der Dienststelle überschreiben

Abb. 9: Verfahrensbezogene EP

Die Richtwerte (EP) werden für die Dienststelle für das laufende Jahr festgesetzt. Die Aktualisierung der EP erfolgt am Jahresbeginn, die alten EP werden dabei überschrieben (hat keine Auswirkungen auf die Berechnung in Altverfahren).

Kontenstruktur

- Verfahren: 41132
 - 1.1 (Vermessung und Vermarkung)
 - 1.1.1 (Vermessung und Vermarkung (incl. Dorferneuerung))
 - 1.2 (Instandsetzung/Ausgleiche/Weitermittlung)
 - 1.2.1 (Instandsetzung zur Herstellung wertvoller Almweiden)**
 - 1.2.2 (Ausgleiche und Entschädigungen)
 - 1.2.2.1 (Mehrausgaben nach §44 Abs. 3)
 - 1.2.2.2 (Mehrausgaben nach §52)
 - 1.2.2.3 (Mehrausgaben beim Holzgleich §50)
 - 1.2.2.4 (Mehrausgaben beim Dblbaumausgleich §52)
 - 1.2.2.5 (Mehrausgaben für Ausgleiche §51)
 - 1.2.2.6 (Entschädigungen nach §36)
 - 1.2.3 (Unterhaltung gemeinschaftlicher Anlagen bis zur Übergabe)
 - 1.2.4 (Weitermittlung, Aufwandsentschädigung pp.)
 - 1.2.4.1 (Weitermittlung)
 - 1.2.4.2 (Verwaltungskosten und Aufwandsentschädigung)
 - 1.2.4.3 (VTG-Umlage und Leistungen für die TG)
 - 1.2.4.4 (Zuwendungsfähige Zinsen)
 - 1.2.4.5 (Sonstiges)
 - 1.3 (Ländliche Wege/Mauerbau)
 - 1.3.1 (Befestigte Wege (mit Bindemittel))
 - 1.3.2 (Befestigte Wege (ohne Bindemittel))
 - 1.3.4 (Unbefestigte Wege)
 - 1.3.5 (Stationäre Transporteinrichtungen)
 - 1.3.7 (Weinbergsmauern (Neubau))
 - 1.3.8 (Weinbergsmauern (Instandsetzung))
 - 1.4 (Wasser, Bodenverbesserung)
 - 1.4.1 (Räumung der Gewässer)
 - 1.4.2 (Ausbau der Gewässer)
 - 1.4.3 (Dränung und Untergrundlockerung)
 - 1.4.4 (Sonderbauten)
 - 1.4.5 (Planierung/Rodung und Kultivierung)
 - 1.5 (Landespflege)
 - 1.5.1 (Landespflege im gemeinschaftlichen Interesse)
 - 1.5.2 (Landespflege im ausschließlich oder überwiegend öffentlichen Interesse)

Hauptposition

Nummer:

Name:

Bes. Deckungsmittel (nicht maßnahmenbez.): EUR

Kontenposition

Nummer:

Name:

Manuell:

Kalkulationsbetrag: EUR

Berechnet: EUR

Bes. Deckungsmittel (nicht maßnahmenbez.): EUR

Abb. 10: Kontenrahmen bearbeiten

Die allgemeinen Kosten der Ziffern 1.1 bis 1.2.4.5 können manuell erfasst werden. Nicht Maßnahmenbezogene Besondere Deckungsmittel können in den Haupt-, bzw. Kontenpositionen eingetragen werden (ggf. mit Kostenverteilung).

Abb. 11: Nutzer

Im Registerblatt „Nutzer“ werden die Programm- und Dienststellenspezifischen Nutzerrechte und Verfahren zugewiesen. Dieses Registerblatt steht nur den Nutzern mit Administratorrechten zur Verfügung.

Anhang

- Die erzeugten Daten und Nachweise (VdF, Zusammenstellung der Ausbaumaßnahmen etc.) werden im html-Format in den entsprechenden PlaFi-definierten Verfahrens-ordnern abgelegt.
- Das Datenblatt „Zusammenstellung der Ausbaumaßnahmen“ wurde um 2 weitere Spalten erweitert (Zulagen zum EP und nicht zuwendungsfähige AK).
- Der Finanzierungsplan wurde entsprechend der gültigen VV angepasst. Die Besonderen Deckungsmittel werden in Tabellenform nach Kostenträger und Betrag getrennt aufgeschlüsselt. Die nicht zuwendungsfähigen AK und AK mit LHM werden separat dargestellt.
- Die Daten für die Aufteilung auf die Jahre mit Darstellung von Eigenleistung und Zuschüssen werden aus dem Registerblatt „Jahresfinanzplanung“ übernommen.

Eine ausführliche Programmbeschreibung und Hilfestellung wird bei Einführung des Programms zur Verfügung gestellt.

Määrchen-Naturwaldpfad am Holzmaar feierlich eröffnet

Carsten Neß, DLR Mosel, Bernkastel-Kues

Mit der feierlichen Eröffnung des „Määrchen-Naturwaldpfad“ am 26. April 2007 schließt sich der Kreis erfolgreicher Landespflegemaßnahmen in der Beschleunigten Zusammenlegung Gillenfeld. Im Zusammenspiel von Fachbehörden, Kommunen und örtlichen Verbänden wurde die Bachauenrenaturierung Sammetbach realisiert, die dem Naturschutz und der Fremdenverkehrsregion Vulkaneifel gleichermaßen weiterhilft.

Eine Exkursionsgruppe des von der UNESCO unterstützten europäischen Geopark-Netzwerkes bildete den internationalen Rahmen für die Eröffnungsfeier des Määrchen-Naturwaldpfades im NSG Holzmaar. Vor zahlreichen Vertretern von Umweltministerium, ADD, SGD Nord, Kreis- und Verbandsgemeindeverwaltungen sowie Funktionsträgern der örtlichen Kommunen, Schulen, Vereinen und der Teilnehnergemeinschaft Gillenfeld hob Friedrich Hubert (DLR Mosel) in seiner Begrüßungsrede die fruchtbare Zusammenarbeit der Beteiligten im Sammetbach-Projekt hervor: „Ich bin sehr froh, dass man hier zwischen Landespflege, Naturschutz und der Landwirtschaft solche guten Kooperations- und Verbundprojekte entwickelt hat.“ Dass nach den Naturschutzmaßnahmen mit dem neuen Themenweg auch der Fremdenverkehr gestärkt wurde, zeigt den umfassenden Arbeitansatz der modernen Flurbereinigung für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

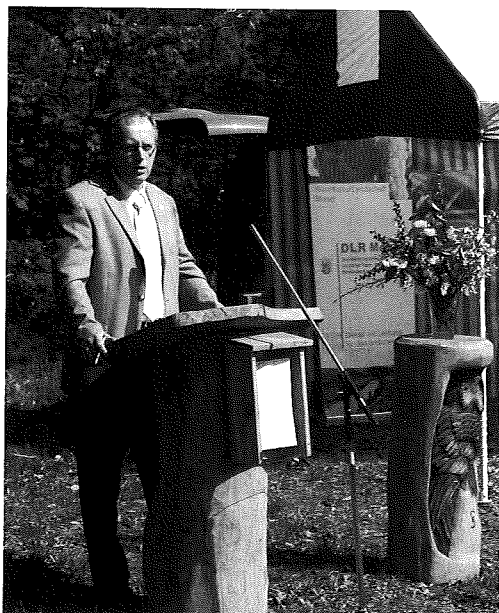


Abb. 1: Hubert Friedrich, Leiter DLR Mosel

In Englisch und Deutsch eröffnete Frau Dr. Margarete Patzak (UNESCO, Division of Ecological and Earth Sciences, Paris) den Määrchen-Naturwaldpfad. Sie wies in ihrer Rede auf die Bedeutung der Geoparks für die Entwicklung der geologischen und ökologisch bedeutsamen Gebiete für einen umfassenden Naturschutz hin. „Für uns Geologen ist ganz klar, dass auf der bestimmten Geologie nur eine bestimmte Biologie wachsen kann. Deshalb denke ich, es ist ein guter Ansatz, Geo und Bio zusammen zu bringen“, so Frau Dr. Patzak.

Der jetzt der Öffentlichkeit zugängliche Määrchen-Naturwaldpfad passt beispielhaft in die von der UNESCO vorgegebenen Richtlinien. Hier verpflichten sich ausgezeichnete Geoparks wie der Geopark Vulkaneifel zur Bewahrung des geologischen, naturräumlichen und kulturellen Erbes, zur Umwelterziehung und zur nachhaltigen geotouristischen Entwicklung ihrer Regionen.



Abb. 2: Dr. Margarete Patzak, UNESCO (Paris)

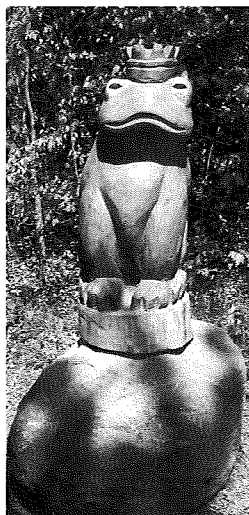
Anschließend enthüllten Frau Dr. Patzak und Landrat Onnertz die neue Informationstafel am Holzmaar-Parkplatz. In seinem Grußwort begrüßte Landrat Onnertz die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Akteuren bei der Planung der Bachrenaturierung und des Märchen-Naturwaldpfades. So kann auch mit geringen Mitteln ein Projekt verwirklicht werden, das von der Bevölkerung angenommen wird. Ein Erfolg, der auch den Präsidenten der ADD, Herrn Dr. Josef Peter Mertes, beeindruckte, der es sich nicht nehmen ließ, trotz Urlaub der Eröffnungsfeier beizuwohnen.



Abb. 3: Dr. Margarete Patzak und Landrat Onnertz

Das begleitende Veranstaltungsprogramm zur Eröffnungsfeier leitete Herr Dr. Andreas Lücke vom Forschungszentrum Jülich ein. In seinem Kurzvortrag zur Maarforschung am Holzmaar wies er auf die weit reichenden Ergebnisse aus mittlerweile 13 Jahren wissenschaftlicher Untersuchungen hin, die Erkenntnisse zum Klima und den Umweltverhältnissen vieler tausend Jahre geben. Nach dem Exkurs in die Welt des Wissens durften die Gäste den Weg in die Welt der Märchen und Sagen beschreiten. Herr Klaus-Josef Mark aus Eckfeld enthüllte in seiner Funktion als Produktleiter Umweltbildung, Walderlebnis und Tourismus des Forstamtes Daun eine weitere Attraktion: Die Hetschen-Königin als Leitfigur für den Märchen-Naturwaldpfad.

Die vom Motorsägenkünstler Konrad Scholzen angefertigte Holzstatue soll den Anfang für weitere mystische Wesen entlang des Themenweges bilden.



Dadurch soll der pädagogische Ansatz unterstützt werden, in dem Gästen, aber auch Schul- und Jugendgruppen die Bedeutsamkeit von Natur und Landschaft über die „Märchen vom Märchen“ auf die etwas andere Weise nahe gebracht wird.

Die praktische Umsetzung erfolgte unmittelbar durch die Führung einer Grundschulklasse aus Gillenfeld durch Herrn Mark, die den Tag der Eröffnung des Märchen-Naturwaldpfades als Wandertag ausgewählt hatte.

Zum Abschluss führte Carsten Neß (DLR Mosel) interessierte Teilnehmer auf einem kleinen Rundweg über die „Hetschen-Breck“ zum renaturierten Sammetbach.

Dabei zeigte sich u.a. Herr Thomas Schriever von der Zentralstelle der Forstverwaltung beeindruckt von der erfolgreichen Zusammenarbeit von Flurbereinigung, Waldpädagogik und örtlichen Akteuren:



Abb. 4: v.l.n.r.: Scholzen, Neß, Mark, Ostermann, Hermes, Mayer, Schmitz, Wagner, Rätlein (die Akteure des Arbeitskreises)

Zwischen den vielen Beiträgen zur Eröffnungsfeier konnten sich die Gäste bei kulinarischen Produkten aus der Region etwas erholen. Frischen Ziegenkäse gab es vom Vulkanhof aus Gillenfeld, herzhaftes Wurstwaren wurden vom Bauernladen Otten aus Strohn angeboten und verschiedene Geflügelprodukte bot der Geflügelhof Janshen aus Ellscheid an. Vom Angelverein Gillenfeld wurden vor Ort Bachforellen frisch geräuchert und bei einem leichten Riesling von der Staatsdomäne Avelsbach in Trier bildete sich so manches unterhaltsames und informatives Gespräch. Musikalisch eingerahmt wurde die ganze Veranstaltung von einer Bläsergruppe der Kreismusikschule Daun.

EHRUNGEN

Ministerialrat a. D. Dr. Franz-Hubert Spaetgens verstorben

Am 15. Oktober 2007 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit Dr. Franz-Hubert Spaetgens, langjähriger Referatsleiter im früheren Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zu Mainz, im Alter von 79 Jahren.

Herr Spaetgens wurde am 6. März 1928 in Wittlich geboren. Im August 1947 legte er am Realgymnasium in Trier die Reifeprüfung ab, nachdem seine Schulausbildung durch Kriegseinsatz als Luftwaffenhelfer und Soldat mit anschließender amerikanischer Kriegsgefangenschaft unterbrochen worden war. Nach der Landwirtschaftslehre auf staatlich anerkannten Lehrbetrieben absolvierte er ab Sommersemester 1950 an der Universität Bonn sein Studium der Agrarwissenschaften, das er im April 1953 mit „sehr gut“ abschloss. Es folgte seine Promotion zum Doktor der Landwirtschaft. Im Juli 1954 trat er als „Kulturamtsanwärter“ in die rheinland-pfälzische Landeskulturverwaltung ein und durchlief seine Vorbereitungszeiten bei den Kulturämtern Koblenz, Bernkastel-Kues und Simmern, bevor er im Oktober 1956 die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst ablegte.

Als Regierungsassessor wirkte er ab November 1956 zunächst beim Kulturamt Simmern. Dort ließ er sich für vier Monate beurlauben, um bis Frühjahr 1957 eine informatorische Beschäftigung bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in Bonn aufzunehmen, der sich wieder sein Dienst beim Kulturamt Simmern anschloss. Im Mai 1957 wurde er an das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten versetzt, wo er in der Abteilung 4 (Landeskultur) am 1. Juni 1960 zum Regierungskulturrat und am 1. Juni 1965 zum Oberkulturrat befördert wurde.

Nach über neunjähriger Ministerialtätigkeit wurde Dr. Franz-Hubert Spaetgens zum 1. September 1966 an das Kulturamt Prüm versetzt, wo er bis Dezember 1970 als Kulturamtsvorsteher erfolgreich wirkte, bevor er ab Januar 1971 wieder zur Abteilung 4 (Landeskultur) in das Ministerium berufen wurde. Zuvor war er am 1. September 1969 zum Regierungsdirektor ernannt worden. Im Ministerium war er sodann bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres im März 1993 vorwiegend im Sachgebiet „Finanzielle Förderung der Flurbereinigung und Bodenpolitik“ tätig, nachdem er am 1. September 1972 zum Ministerialrat befördert worden war.

Aufgrund seines vielfältigen Diensteinsatzes war Dr. Franz-Hubert Spaetgens auf dem Gebiet der Agrarstrukturverbesserung ein anerkannter Fachmann und kompetenter Ratgeber. Mit Weitsicht erkannte er die Aufgabenvielfalt der Politik für den ländlichen Raum im fortschreitenden Strukturwandel der Landwirtschaft. Er zeichnete sich dabei durch seine Hilfsbereitschaft, Kollegialität und nicht zuletzt durch seinen Humor aus. In Sach- und Fachfragen scheute er nie vor kritischen Anmerkungen zurück.

Zu seinen ehemaligen Kollegen und Mitarbeitern behielt Dr. Franz-Hubert Spaetgens rege Kontakte. Solange es seine Gesundheit erlaubte, kam er regelmäßig zu den monatlichen Treffen, bei denen er sich stets als sehr interessierter und auf der „Höhe der Zeit“ befindlicher Gesprächspartner erwies.

Wir werden Dr. Franz-Hubert Spaetgens als erfahrenen „Landeskulturmännchen“ und lieben Kollegen in ehrender Erinnerung behalten.

Felix Zillien

NACHRICHTEN UND PRESSEMELDUNGEN

Entwicklung des ländlichen Raumes / Veranstaltungen in Oberdreis und Bacharach - Grüne Woche Rheinland-Pfalz -

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Die Möglichkeiten der Landentwicklung, insbesondere für die Landwirtschaft, stehen im Mittelpunkt eines Besuchs des rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministers Hendrik Hering auf dem Sonnenhof in Oberdreis-Rodenbach (LK Neuwied).

„Die ländliche Bodenordnung spielt bei der Landentwicklung eine zentrale Rolle. Ihre Stärke liegt vor allem darin, die unterschiedlichen Flächenansprüche aufeinander abzustimmen und ein bestmögliches Ergebnis für die Allgemeinheit zu erreichen“, so der Minister. Neben der originären Aufgabe der Verbesserung der Agrarstruktur entwickelt die ländliche Bodenordnung auch die Infrastruktur weiter, unterstützt die regionale Wirtschaftsentwicklung, die Dorferneuerung, Naturschutz, Landschaftspflege, Wasserwirtschaft sowie den Tourismus. Das Verfahrensgebiet der Bodenordnung in Oberdreis hat eine Gesamtgröße von rund 1 144 Hektar, davon sind 766 Hektar landwirtschaftliche Nutz- und Forstflächen. Das Flurbereinigungsverfahren umfasst im Wesentlichen Flächen der Gemarkung Oberdreis, der Gemarkung Rodenbach und der Gemarkung Hilgert. Im Laufe des Verfahrens konnten die Besitzstücke von vorher durchschnittlich 7,6 auf 28 Hektar vergrößert und die Schlaglängen von vorher 300 auf jetzt 700 Meter verlängert werden. Speziell der Sonnenhof habe auch von der einzelbetrieblichen Investitionsförderung profitiert. So wurden die Errichtung eines Boxenlaufstalls und die Anschaffung eines automatischen Melksystems unterstützt.

Landwirtschafts-Staatssekretär Siegfried Englert informiert sich in Bacharach über das Kulturlandschaftsprojekt Bacharach-Stahleck. „Bacharach verkörpert die von Natur und Mensch geschaffene einzigartige Kulturlandschaft des Mittelrheintals. Steile Weinterrassen, schroffe Felsen, der Rhein, die Stadt mit ihren historischen Bauwerken und nicht zuletzt die Burg Stahleck spiegeln auf engem Raum den ganzen Charme des Mittelrheins wider“, so der Staatssekretär. Der Auftrag aller Beteiligten sei es, diese Kulturlandschaft nicht nur zu konservieren, sondern nachhaltig zu entwickeln. Im Kulturlandschaftsprojekt Bacharach-Stahleck seien in diesem Jahr bereits Baumaßnahmen in der Weinbergslage „Im Posten“ durchgeführt. Um diese Flächen für Touristen erlebbar zu machen, wurde der RheinBurgen-Wanderweg durch den Hang geführt. „Das touristische Potenzial solcher Wanderwege mit hohem Qualitätsanspruch kann entscheidend zur regionalen Entwicklung beitragen. Durch die Reaktivierung der Weinbergflächen, Entbuschungsmaßnahmen und eine umweltschonende Ausbauweise konnte auch das einzigartige Vorkommen des Orionfalters in dieser Lage gesichert werden“, erläuterte Englert.

„Mit der Grünen Woche Rheinland-Pfalz wollen wir auf die Vielfalt der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft aufmerksam machen. Wir besuchen erfolgreiche Betriebe und stellen zukunftsorientierte Konzepte vor“, fasste Landwirtschaftsminister Hendrik Hering die Zielsetzung der Themenwoche zusammen.

Strategiepapier für ländliche Räume in Rheinland-Pfalz

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

„Der ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen, hat aber auch ganz besondere Chancen und Stärken.“ Mit diesen Worten hat Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hendrik Hering in Stromberg ein Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz vorgestellt.

„Manche in Europa sind der Meinung, man müsse verstärkt Metropolregionen unterstützen, weil dort größere Wachstumspotenziale vorhanden seien. Ich halte diese Meinung für falsch. Wir brauchen beides: Metropolregionen benötigen ländliche Räume und ländliche Räume benötigen Metropolregionen.“

Das Strategiepapier sei ein Ergebnis der fünf Regionalkonferenzen des Forums Ländlicher Raum, die das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in diesem Jahr in der Grafschaft, in Zweibrücken, Boppard, Saarbürg und Bad Bergzabern veranstaltet habe. Es wolle die Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, ihre kreativen Ideen einzubringen und sich damit aktiv an der Gestaltung der Politik zu beteiligen. Ziel sei es, die ländlichen Räume als eigenständige Lebensräume zu entwickeln, Arbeitsplätze durch Stärkung der Wirtschaftskraft zu schaffen und die örtlichen Versorgungsstrukturen zu sichern und zu verbessern. In ländlichen Räumen seien es vor allem die kleineren Unternehmen aus Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus, die das Wirtschaftspotenzial bestimmten. Hering kündigte an, die Landesregierung werde das Angebot an innovativen Finanzierungsinstrumenten weiterentwickeln und das bestehende Beratungsangebot für Gründerinnen und Gründer besser verzahnen. Im Bereich der Nahversorgung werde man existierende Lösungsansätze wie mobile Versorgungsangebote oder Nahversorgungseinrichtungen mit ergänzendem Dienstleistungsangebot (Lotto, Post, Internet etc.) unterstützen.

Besondere Bedeutung bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze komme in den ländlichen Räumen dem Tourismus zu. Zur Erschließung der touristischen Infrastruktur (Radwege, Wanderwege etc.) werde man auch das Instrument der ländlichen Bodenordnung einsetzen. Durch zukunftsgerichtetes Energiemanagement könnten Landwirte außerdem zusätzliches Einkommen erwirtschaften und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das Kompetenznetzwerk Nachwachsende Rohstoffe werde die Energieerzeugung und -verwertung im ländlichen Raum fachlich begleiten.

Ein besonderer Schwerpunkt sei die Förderung schneller Internet-Zugänge in der Fläche. „Mit Hilfe eines neuen Förderprogramms des Bundes können wir künftig nicht nur Erschließungsmaßnahmen in Gewerbegebieten, sondern auch in landwirtschaftlichen Betrieben, Privathaushalten und Unternehmen im ländlichen Raum unterstützen. Ich freue mich, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium meine Anregungen aufgenommen und angekündigt hat, die Breitbanderschließung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ab 2008 mit insgesamt zehn Millionen Euro pro Jahr zu fördern“, erklärte Hering.

Nach dem Bevölkerungsschlüssel entfallen aus diesem Programm auf Rheinland-Pfalz rund 530 000 Euro pro Jahr. Das Land werde die Summe um weitere 350 000 Euro aus Landesmitteln ergänzen, kündigte der Minister an. Die konkrete Ausgestaltung des Programms werde aktuell zwischen den Bundesländern und dem Bund verhandelt.

Die wichtigsten Förderinstrumente für die ländlichen Räume seien das Programm Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung (PAUL) zur Umsetzung der ELER-Verordnung (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums), die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sowie die auch auf den ländlichen Raum ausgerichteten Förderungen des Programms „Wachstum durch Innovation“ zur Umsetzung des Europäischen Fonds zur regionalen Entwicklung (EFRE).

Die Entwicklung der ländlichen Räume sei ein zentrales politisches Anliegen der rheinland-pfälzischen Landesregierung. „Der ländliche Raum ist als Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum unverzichtbar. Wir wollen seine Wertigkeit und seine Funktion stärken“, unterstrich der Minister abschließend.

Infrastruktur in Dreis-Brück / Dockweiler durch Bodenordnung verbessert

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Als ein Beispiel für erfolgreiche Bodenordnung wertet der rheinland-pfälzische Verkehrs- und Landwirtschaftsminister Hendrik Hering das Verfahren Dreis-Brück/Dockweiler an der A 1 Anschlussstelle B 410. „Die Planungen für den Lückenschluss der Autobahn A 1 mit dem neuen Autobahnzubringer B 410 mit entsprechenden Auswirkungen auf das übrige Straßen- und Wegenetz waren bei diesem Verfahren zu berücksichtigen. Die A 1 ist eine herausragende Infrastrukturmaßnahme für den gesamten Eifelraum“, betonte der Minister.

„Durch den Bau der Autobahn mit Autobahnzubringer und die begleitenden Naturschutzmaßnahmen entstehen für die Landwirte ganz erhebliche Flächenverluste, aber auch Zerschneidungsschäden und Umwege. Diese landeskulturellen Nachteile werden durch das Bodenordnungsverfahren weitestgehend behoben“, so der Minister weiter.

Das Verfahren umfasst etwa 2 300 Hektar Land und besteht aus den Gemarkungen Dreis, Brück und Dockweiler. Durch die Bodenordnung werden größere Bewirtschaftungseinheiten auf den verbleibenden Flächen durch Arrondierung des zersplitterten Grundbesitzes geschaffen und das Wegenetz angepasst. Insbesondere wird in den Ausbau neuer und in die Erneuerung und Verstärkung vorhandener landwirtschaftlicher Wege investiert.

Das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum - Eifel - (DLR) führte ein umfangreiches Flächenmanagement zur Ausweisung aller im Zusammenhang mit dem Straßenprojekt stehenden landespflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durch. „Durch Erstellung eines abgestimmten Landnutzungskonzeptes konnten Nutzungskonflikte zukunftsorientiert gelöst werden“, führte der Minister aus. Neben einer Verbesserung des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes konnte eine Biotopvernetzung durch entsprechende Ausweisung von Flächen vorbildhaft erreicht werden.

Die Bauarbeiten laufen seit Juli 2007. Der Besitzübergang ist für Ende 2008 geplant. Die Ausführungskosten in Höhe von etwa eine Million Euro und ein Pauschalanteil von 409 Euro/Hektar an den Kosten der Behördenorganisation werden vom Bund als Straßenbauträger übernommen. „Durch ein Bodenordnungsverfahren kommt der Straßenbauträger erheblich schneller und kostengünstiger in den Besitz und an das Eigentum der für die Maßnahme erforderlichen Flächen“, erläuterte der Minister.

Dokumentation des Forums Ländlicher Raum erschienen

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

In diesem Jahr hat das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Rahmen des Forums Ländlicher Raum fünf Regionalkonferenzen veranstaltet, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Politik für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz zu konzipieren. „Die Veranstaltungen waren ein voller Erfolg. Auf den Regionalkonferenzen, die von insgesamt etwa 1 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden, sind viele Chancen, kreative Ideen, aber auch Herausforderungen und konkrete Probleme angesprochen worden. Die Wortprotokolle der fünf Konferenzen sind jetzt veröffentlicht worden“, teilte der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Hendrik Hering heute in Mainz mit.

„Manche in Europa sind der Meinung, man müsse verstärkt Metropolregionen unterstützen, weil dort größere Wachstumspotenziale vorhanden seien. Ich halte diese Auffassung für falsch. Wir brauchen beides: Metropolregionen benötigen ländliche Räume und ländliche Räume benötigen Metropolregionen“, betonte der Minister. Hering hatte auf der Abschlussveranstaltung des Forums Ländlicher Raum am 3. September 2007 in Stromberg ein Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Ziel ist es, die ländlichen Räume als eigenständige Lebensräume zu entwickeln, Arbeitsplätze durch Stärkung der Wirtschaftskraft zu schaffen und die örtlichen Versorgungsstrukturen zu sichern und zu verbessern.

Grünes Licht aus Brüssel für rheinland-pfälzisches Programm

Pressestelle des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Der Europäische Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums hat heute dem rheinland-pfälzischen Entwicklungsprogramm PAUL zugestimmt. Er folge damit einem Vorschlag der EU-Kommission. „Damit haben wir einen wichtigen Schritt zur Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume getan“, betonte Landwirtschaftsminister Hering in Mainz. „Der Dialog mit den betroffenen Verbänden, Organisationen und Regionen hat sich gelohnt.“

Nach den Worten von Minister Hering besteht nun Planungs- und Rechtssicherheit für die Förderperiode 2007-2013. Die positive Nachricht aus Brüssel bietet die Grundlage, den veränderten Zukunftsanforderungen Rechnung zu tragen, die die Landwirtschaft und der ländliche Raum in den nächsten Jahren zu bewältigen haben. Insgesamt stehen Rheinland-Pfalz für den Förderzeitraum rund 877 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung, also rund 125 Millionen Euro pro Jahr. Mit dem Entwicklungsprogramm PAUL setzt Rheinland-Pfalz in dem siebenjährigen Zeitraum die Vorgaben der Verordnung zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds“ (ELER) um. PAUL beinhaltet ein ausgewogenes Paket mit Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, zur Honorierung von Umweltleistungen und zur Förderung einer integrierten ländlichen Entwicklung. „Damit verfügen wir über ein attraktives und ausgewogenes Förderangebot zur Stärkung des gesamten ländlichen Raums“, so der Minister.

Das Fördergerüst bilden die vier Schwerpunktbereiche „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“, „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“, „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ sowie der neue Schwerpunktbereich „Leader“, der in der zurück liegenden Förderperiode außerhalb des ländlichen Entwicklungsprogramms ZIL im Zuge der Gemeinschaftsinitiative LEADER+ gefördert wurde. Leader hat dabei insofern eine Stärkung erfahren, als im neuen Förderzeitraum mit rd. 39 Millionen Euro, davon rund 21,5 Millionen Euro EU-Mitteln eine deutlich bessere Finanzausstattung als in der vorausgegangenen Förderperiode erreicht werden konnte und anstelle von bisher sieben nunmehr zwölf Lokale Leader-Aktionsgruppen als innovative Strategien-schmieden im ländlichen Raum operieren werden.

Der finanzielle Schwerpunkt des Programms liegt nach Aussage des Ministers auf dem Schwerpunkt 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“. Damit und auch mit der guten finanziellen Ausstattung in den anderen Schwerpunktbereichen bleibe Rheinland-Pfalz für die Zukunftsaufgaben des ländlichen Raums gut aufgestellt.



Ein hoher Abhang für einen guten Abgang: der Blick vom Calmont auf die Mosel

Traube, Liebe, Hoffnung

Der Calmont an der Mosel ist Europas steilster Weinberg. Eine Besteigung

Fährt man von Traben-Trarbach und Zell auf der linken Moselseite flussabwärts, dann steht man hinter dem Ort St. Aldegund vor einer himmelhohen Wand. Dem Calmont. Seit Jahrhunderten wird er von Winzern bewirtschaftet, die vor allem auch Bergsteiger sind.

In diesem Südhang steht die Sonne auch noch im Oktober im Winkel von fast neunzig Grad auf den Reben. Das bedeutet Weinqualitäten wie südlich der Alpen. Ein mediterraner Riesling fast an der Nordgrenze des Weinbaus in Europa. Flachlagen, Erntemaschinen, Massenweine, Bus- und Saufourismus sowie die Billigkonkurrenz aus Südeuropa haben dem Steillagenriesling an der Mosel und besonders am Calmont sonst den Garaus gemacht. Noch vor zehn Jahren waren die oberen Hänge fast vollständig verbuscht. Die Trockenmauern verfielen.

Bergstiefel, sagt der Winzer Ulrich Franzen, seien schon gut, wenn man hier arbeite. Sein Vater habe nur den Kopf geschüttelt, alle anderen im Dorf auch. Doch Franzen war dabei, als sich Winzer, Bürgermeister und rheinland-pfälzische Landesbehörden zusammaten unter dem Ruf: „Rettet den Calmont!“

Ein halbes Dutzend Männer, die jetzt auf dem Parkplatz unter der Eisenbahnbrücke von Ediger-Eller stehen und auf die Monorackbahn warten. Die Einschienenbahn mit mehrfacher Bremsicherung, gezogen von einem starken Dieselmotor, ist ein Patent aus Japan, dort ersann man es für die Reisterrassen. Die europäische Variante wird in der Schweiz gebaut. Ohne das Gefähr wäre die Arbeit im Steilhang kaum möglich.

Man steigt ein und versucht, ein gelassenes Gesicht zu machen. Es ist, als ob man sich auf einen Stuhl setzt, der mit der Rückenlehne am Boden liegt. Die Knie sind der höchste Teil des Körpers, die Kniekehlen klammern sich an der Sitzkante fest. Im Steilhang mit siebzig Prozent Steigung ist der Kopf wieder oben. Die Fahrt geht in den Weltraum jener Weinlagen, die vor Jahren noch als

verloren galten. Inzwischen wachsen am Calmont wieder einige der besten Rieslinge Europas heran. „Es war vor allem eine jahrelange Überzeugungsarbeit“, sagt Bernd Ternes, Geschäftsführer des Fördervereins Calmont-Region e. V.

Wir stehen an einem Aussichtspunkt, von dem aus man die Orte Ediger-Eller und Bremm und die gegenüberliegende Landzunge sehen kann. Man muss sich über den Abhang beugen, um den Fluss zu sehen, Hunderte von Metern unter uns. Es sei nicht einfach gewesen, erzählt Wolfgang Wabnitz, der ehemalige Leiter des Kulturamts, die Eigentümer dazu zu bringen, ihre zum Teil ungenutzten Mini-

ren Passagen zieht einen der Bürgermeister selbst mit einem kurzen Ruck nach oben. Der Deutsche Alpenverein hat am Calmont einen Klettersteig eingerichtet.

An einem sonnigen Tag Ende Oktober sind im Hang immer noch weit über zwanzig Grad, im Sommer seien es über fünfzig, erzählt Ulrich Franzen. Schwitzend erreicht man den nächsten Aussichtspunkt. Von hier hat man den Blick in eine Kaulle. So werden die Einschnitte genannt, die sich von Felsrippe zu Felsrippe schwingen und die Sonnenstrahlen bündeln. Die Reben stehen in Reihen quer zum Hang, ihre Wurzeln reichen bis zu zwanzig Meter in die Tiefe. Je län-

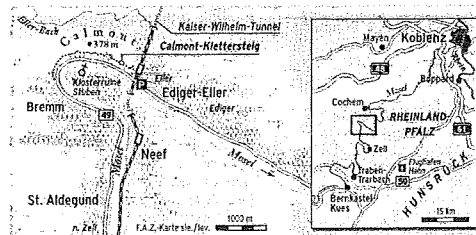
ger dann musste man die Wurzeln ausgraben. Von Hand. Der linke Fuß stand zwanzig Zentimeter tiefer als der rechte, als die Weinstöcke eingepflanzt und die Trockenmauern wieder aufgebaut wurden. Alles zuerst ohne Zahnradbahn. Natürlich hat Franzen auch Weine ab acht Euro, ebenfalls köstlich. In Zukunft sollen die Flaschenpreise um die zehn Euro pendeln. Weltqualität soll ihren Preis haben, mit Billigprodukten wollen sich die Winzer nicht mehr abgeben. Trotzdem hat sich Wolfgang Wabnitz mit vier Freunden einen eigenen Weinberg gekauft. „Was gibt es Besseres für einen künftigen Rentner, um fit zu bleiben“, sagt er und schwingt sich auf die Monorackbahn.

Später werden wir auf der anderen Flussseite im Inneren der engsten Moselschleife in der Klosterschleife Stuben sitzen. Und zwischen gotischen Rohmauern ohne Dach, durch offene Fenster und die fehlende Westfassade auf den Calmont schauen, der wie eine grüne Leinwand vor dem Gebäude hängt. „Der Calmont ist ein Beispiel für die Rettung einer Kulturlandschaft und einer Geschmacksnuance“, sagt Hubert Müllen von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, die das Projekt betreut.

Da kann man natürlich fragen, was das soll. Geschmack ist leichter auszulöschen als Sprache. Beides findet auf der Zunge statt. Einer industriellen Globalisierung des Geschmacks setzen Winzer ihre unbehaglichen Anbaumethoden entgegen, um unverkennbare Weine herzustellen. Es geht dabei nicht allein um Weinbau. Es ist ein Beispiel dafür, wie man regionale Vielfalt erhält. Wenn man so fragt, bekommt man, wenn noch genug Luft dazu bleibt, beim Klettern am Calmont eine Antwort.

MICHAEL WINTER

Unterkunft zum Beispiel in „Häckers Kurhotel Firschenhof“ in Bad Betrich (www.kurhotel-fuerstenhof.com) oder im „Mosel-Landhaus Hotel Oster“ (www.hotel-oster.de) in Ediger-Eller. Infos zum Wein gibt es beim „Weingut Reinhold Franzen“ unter www.weingut-franzen.de. Mehr über die Region um den Calmont unter Telefon 0 65 31/97 33 33 oder www.mosellandtouristik.de.



parzellen zugunsten des Weinbaus zu verkaufen. „Wir haben monatelang bei Winzerfamilien am Ofen gesessen und versucht, alle zu überzeugen“, erzählt Ternes. Schließlich verkauften 42 Eigentümer, 70 zusammenhängende Parzellen blieben übrig, die Grundlage für die Rettung des Calmont. „Jetzt geht's erst richtig los“, sagt Heinz Berg, der Bürgermeister von Bremm, selbst ein Winzer.

Wir stehen vor einer Felswand, die unbezwingbar erscheint. In den Schiefer sind Haken eingelassen, an denen Stahlseile hängen. Es geht über Leitern und Querwege, bei denen der Schuh nur zur Hälfte Boden hat. Bei besonders prekär-

ger die Wurzel, desto intensiver saugt die Pflanze Mineralien aus dem Schieferboden. Und das schmeckt man später im Wein, künstlich kann man diesen Rieslinggeschmack nicht erzeugen.

Auf einem Felsvorsprung mit Blick auf die Klosterschleife Stuben verkosten wir Franzens „Calidus Mons“ von 2005. „Was bleibt einem anderes übrig, als sich selbst einen Weinberg zu kaufen“, sagt Wolfgang Wabnitz, „wenn die Flaschen nicht mehr bezahlbar sind.“ Eine Flasche von Franzens Spitzenwein kostet 27 Euro. Franzen zeigt Fotos: Vor ein paar Jahren war hier Brombeergestrüpp. Da konnte man nur mit der Motorschere durch, und

Abb. 1: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. September 2007

Impressum

- Herausgeber: Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland - Pfalz, Mainz
- Schriftleitung: Ministerialrat Prof. A. Lorig,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz
E-Mail: Axel.Lorig@mwvlw.rlp.de
- Gestaltung: Kirsten Kaufmann
- Ständige Mitarbeiter: Hubert Müllen
Rolf Greib
Reinhard Lichtenthal
Johannes Pick
Gerd Kohlhaas
Gerd Hausmann
Gottfried Neumann
Klaus Wagner
Kirsten Kaufmann
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten
2. An Teilnehmergeinschaften (VTG)
3. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung
4. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken gegen Ersatz der Auslagen
- Gekennzeichnete Artikel: Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung des Verfassers dar, die nicht unbedingt mit der von Herausgeber und Schriftleitung bzw. den nachgeordneten Dienststellen vertretenen Meinung übereinstimmt
- Abdruck: Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse: www.landentwicklung.rlp.de
www.landschaft.rlp.de

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Mißbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Schrift wurde bis Heft 38 und Sonderheft 14 unter „Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung“ herausgegeben.